

**QUO VADIS**

zeitschrift für eine aktuelle  
romanistik

# **ROMANIA?**

**THEMA** sprachenpolitik in der romania

**AUTORINNEN  
AUTOREN** elvira arnoux  
roberto bein  
klaus bochmann  
anna diez  
ute heinemann  
georg kremnitz  
alain viaut

**VARIA** richard gross

**REZENSIONEN**

nummer 10/1997

QUO VADIS

zeitschrift für eine aktuelle  
romanistik

# ROMANIA?

**THEMA** sprachenpolitik in der romania

**AUTORINNEN** elvira arnoux  
**AUTOREN** roberto bein  
klaus bochmann  
anna diez  
ute heinemann  
georg kremnitz  
alain viaut

**VARIA** richard gross

**REZENSIONEN**

nummer 10/1997

*Herausgeber und Redaktion:* Peter Cichon, Anke Gladischefski, Karl Ille, Georg Kremnitz,  
Jacques Souy, Robert Tanzmeister

*Ehrenobmann:* Hermann Mayer

*Mitarbeiter an dieser Nummer:* Heinrich Stiehler

*Adresse (Redaktion und Bestellung):*

Quo vadis, Romania?  
Institut für Romanistik  
Universität Wien  
Universitätscampus AAKH  
Garnisongasse 13, Hof 8  
A-1090 Wien

*Jahresabonnement:* 200,- ÖS/Studenten 150,- ÖS (einschließl. Zustellung)

*Einzelheft:* 100,- ÖS (Selbstabholer 50,- ÖS)

*Bankverbindung:* Creditanstalt Wien, Kto.-Nr.: 0323-04941/00 (BLZ 11000)

*Layout:* Titelbild - Nicole Sauerzapf; Text - Robert Tanzmeister

Gedruckt mit Förderung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung in Wien

ISSN: 1022-3169

## Inhaltsverzeichnis

### Präsentation:

Robert TANZMEISTER, *Sprachenpolitik in der Romania* 4

### Artikel:

Georg KREMnitz, *Möglichkeiten und Grenzen von Sprachpolitik für Minderheiten. Annäherung an eine Typologie* 7

Ute HEINEMANN, *Sprachpolitik in Katalonien: Über die Probleme mit einer erfolgreichen Strategie* 24

Alain VIAUT, *L'Aquitaine et ses langues régionales : quelles pratiques institutionnelles?* 36

Elvira ARNOUX, Roberto BEIN, *Problemas político-lingüísticos en la Argentina contemporánea* 50

Georg KREMnitz, *Pigüé: le mythe de la langue. Occitan, français et espagnol dans une petite ville argentine* 66

Klaus BOCHMANN, *Der Name der Sprache und die wissenschaftliche Wahrheit. Ein sprachpolitischer Erlebnisbericht aus der Republik Moldava* 77

Anna DIEZ, *Aspecte ale bilingvismului româno-rus din Republica Moldava* 86

### Varia:

Richard GROSS, *Zur Übersetzung der deutschen Modalverben ins Spanische und Katalanische dargestellt am Beispiel „sollen“* 89

### Rezension:

Häntzschel, Hiltrud, Hadumod Bußmann, Hgg., 1997.  
*Bedrohlich gescheit: Ein Jahrhundert Frauen und Wissenschaft in Bayern.* München: C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. [Daniel Winkler]

## Sprachenpolitik in der Romania

Robert Tanzmeister, Wien

Sprachenpolitik betrifft so heterogene Fälle wie die Lösungsversuche von Mehrsprachigkeitskonflikten durch Rückgriff sei es auf die ehemalige Kolonialsprache oder durch Kooffizialisierung mehrerer Varietäten, die Wahl der Zahl und der Rangordnung der schulisch unterrichteten Fremdsprachen (vgl. die aktuelle Diskussion zur Ablösung der Nationalsprache Französisch als erste Fremdsprache durch Englisch in der deutschsprachigen Schweiz, die von den Romands als Gefährdung des Schweizer Sprachfriedens angesehen wird), die Regelung des öffentlichen Gebrauchs von Minderheitensprachen in Institutionen, in Presse, Rundfunk, Fernsehen unter Berücksichtigung der Problematik der Bevorzugung oder Benachteiligung der Sprecher der dominanten bzw. dominierten Sprachen als Konsequenz minderheitenfreundlicher Maßnahmen. Dabei erweisen sich Sprachenkonflikte als hochsensible Materie, deren Konfliktpotentiale selten zu generell akzeptiertem Interessenausgleich führen.

Die Französische Revolution hat mit ihrer konsequenten jakobinischen, zentralistischen Sprachpolitik der Durchsetzung einer Nationalsprache dem Nationalsprachkonzept zum Durchbruch verholfen, das durch den erzeugten Assimilationsdruck zur Diskriminierung und Verdrängung anderer Sprachen und Varietäten führt. Sprache wird instrumentalisiert als ein konstitutives Element bei der auf einer Einheitsideologie basierenden Konstruktion kollektiver nationaler Identität im Dienste des nationalsprachlichen Konzeptes für die politisch und wirtschaftlich angestrebte einheitliche, binnenstaatliche Kommunikation.

Wenn auch die inhaltliche Ausrichtung dieser Nummer sich schwerpunktmäßig auf die Sprachenpolitik in der Romania konzentriert, so scheint doch ein kurzer Blick auf aktuelle weltweite Entwicklungstrends äußerst sinnvoll. Die dramatischen Veränderungen der Weltwirtschaft durch Internationalisierung und Globalisierung mit zunehmender Wettbewerbs- und Effizienzsteigerung führen in letzter Konsequenz zur Durchsetzung einer einheitlichen internationalen Weltsprache im Sinne der Bedürfnisse und Interessen der Wirtschaft als neuer zentraler Aufgabe von Sprachenpolitik. Die vielfach realisierte Forderung der Wirtschaft nach binnenstaatlicher Kommunikation wird nun durch die nach weltweiter internationaler

Kommunikation abgelöst. Einer Kosten-Nutzen-Rechnung zufolge sieht es daher eher düster für die zahlreichen heute noch gesprochenen Minderheitensprachen, in ferner Zukunft aber auch für alle anderen Nationalsprachen aus. Die neue Alternative lautet, Fördern von Mehrsprachigkeit in Europa oder ökonomisch bedingter Sprachreduktionismus auf eine *lingua franca* bis hin zur Aufgabe der jeweiligen (noch) dominanten Nationalsprachen. In dieser Perspektive erscheint der weltweit propagierte Englisch-Unterricht als Symbol wirtschaftlicher und politischer Dominanz.

Diesem eher sprachreduktionistischem Modell wurde in den letzten Jahren als dekonstruktivistische Reaktion vor allem für große internationale Sprachen ein liberaleres, plurizentrisches Modell mit der Bereitschaft zur Anerkennung staatsnationaler Varietäten sowie zur stärkeren Akzeptanz innersprachlicher Variation gegenübergestellt. Für die innerstaatliche Sprachenvielfalt hingegen wird von offizieller, zentraler Stelle wenig getan, außer unter Druck, meist als Konsequenz internationaler Abkommen. Vielfach bleibt jedoch das Problem der Anerkennung innerstaatlicher autochthoner Minderheitensprachen weiter bestehen. Dennoch ermöglicht eine liberalere Regionalpolitik einen größeren Handlungsspielraum für eine minderheitenfreundlichere Sprachenpolitik zugunsten autochthoner Minderheiten, zum Teil werden diese auch von der Wirtschaft als Ausdruck ihres regionalen Selbstbewußtseins unterstützt. Außerdem ist eine Schwächung des Nationalstaats vielfach von ökonomischen Interesse. Zentrales Ziel einer engagierten Sprachenpolitik für autochthone Sprachminderheiten ist ihr Ausbau für aktuelle und zukünftige gesellschaftliche Kommunikationsbedürfnisse sowie die Sicherung des Fortbestands der sprachlichen und kulturellen Vielfalt. Im freien Wettbewerb nach den Spielregeln der Marktmechanismen von institutionell geförderten, einheitsideologisch konzipierten Nationalsprachen und dominierten Minderheitensprachen haben letztere praktisch keine Chance. Daher fordert die Ökoluquistik bei dieser demokratiepolitischen Wertediskussion Chancengleichheit zur Wahrung von Diversität und Differenz durch das Engagement für die sozial und zahlenmäßig schwächeren Minderheitensprachen bei gleichzeitiger Einschränkung der Rechte der stärkeren Sprache, um den Verlust der sprachlichen und kulturellen Vielfalt zu verhindern. Den neuen Sprachminderheiten der Immigranten und Flüchtlinge hingegen werden sprachpolitisch weiterhin weitgehend jegliche Unterstützung und Förderung versagt.

Sprache als Symbol und als wesentlicher Bestandteil eines einheitsideologischen gesellschaftlichen Identitätskonstrukts wird vielfach von zum Teil irrationalen, diffusen, individuellen und kollektiven Ängsten bedroht, gleich ob es sich um die Bedrohung durch die Weltsprache Englisch, durch die Integration von Fremdwörtern, insbesondere Anglizismen, durch die Sprachen von autochthonen Minderheiten mit ihren Autonomie- oder gar Sezessionsbestrebungen, oder von Migranten - trotz ihrer prozentanteilig meist irrelevanten Zahl - handelt. Mehrsprachigkeit innerhalb eines Nationalstaats wird je nachdem als Normalität oder Bedrohung, als Chance oder Gefahr gesehen. So gilt schulische Mehrsprachigkeit, wenn es sich um internationale Prestigesprachen handelt, weitgehend als gesellschaftlich akzeptiert, wenn es hingegen Migrantensprachen betrifft, weitgehend als Bedrohung.

Anliegen dieser Nummer ist eine Bestandsaufnahme und Überprüfung sprachpolitischer Maßnahmen auf ihre Konsequenzen bezüglich ihres Erfolgs und Mißerfolgs etwa hinsichtlich der schulischen Verwendung von Minderheitensprachen, ihres möglichen Zugangs und Einsatzes in Massenmedien (Presse, Rundfunk, Fernsehen). Der weit gesteckte Rahmen der hier diskutierten voluntaristischen Sprachenpolitik in der Romania und ihrer Lösungsmöglichkeiten reicht von der Republik Moldava bis nach Lateinamerika und führt uns ins Baskenland, nach Katalonien, in die Regionen Languedoc-Roussillon und Aquitanien, auf die Kanalinseln bis nach Argentinien.

## Möglichkeiten und Grenzen von Sprachenpolitik für Minderheiten Annäherung an eine Typologie<sup>1</sup>

Georg KREMnitz, Wien

### 1. Vorbemerkungen

Wenn ich im folgenden von Sprach(en)politik<sup>2</sup> spreche, beschränke ich mich auf die Formen, welche dem Schutz und der Stärkung einheimischer (autochthoner) Minderheitensprachen dienen. Und insgesamt betrachte ich nur die jeweilige *offizielle* Sprachenpolitik. Dabei ist völlig klar, daß diese nur einen Teil des Gesamtkomplexes darstellt, der Terminus "Sprachenpolitik" umfaßt aus meiner Sicht letztlich jegliche soziale Praxis, welche - explizit oder implizit - Konsequenzen für die Sprachen in einem Territorium hat. Sprachenpolitik insgesamt kann in diesem weiteren Sinne nur die Resultante der Gesamtheit der (sprach-) politischen Praxen sein. Es wird wohl in jedem betroffenen Gebiet soziale Gruppen geben, welche eine *andere* als die offizielle Sprachenpolitik vertreten; sie können indes die offizielle Politik so lange nur indirekt beeinflussen, bis sie selbst die politische Mehrheit erringen und ihre Politik zur offiziellen machen können. Allerdings kommt der offiziellen Sprachenpolitik von Regierungen und Verwaltungen eine besondere Bedeutung zu, denn in einer demokratischen Gesellschaft sollte sie selbst der erwähnten Resultante zumindest nahekommen, allerdings unter der Voraussetzung, daß dabei Minderheitengruppen nicht in ihren Erhaltungs- und Entfaltungsrechten beeinträchtigt werden<sup>3</sup>, mit anderen Worten nicht von der Mehrheit brutal oder stillschweigend assimiliert werden; wir wissen, daß die Realitäten oft auch in solchen Staaten anders liegen, deren demokratische Grundhaltung

<sup>1</sup> Eine erste kürzere Variante dieses Textes wurde am 25. November 1997 auf dem Kongreß für Sprachenpolitik in Lateinamerika vorgetragen, der von der Universität Buenos Aires veranstaltet wurde.

<sup>2</sup> Zur Unterscheidung der Termini vgl. Helmut Glück, Hg., 1993. *Metzler Lexikon Sprache*, Stuttgart/Weimar: Metzler, unter den jeweiligen Stichwörtern, sowie unter "Sprachenlenkung". Ich werde allerdings im vorliegenden Text die Bezeichnung "Sprachenpolitik" als Oberbegriff verwenden.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Heinz Kloss, 1969. *Grundfragen der Ethnopolitik im 20. Jahrhundert*, Wien / Bad Godesberg: Braumüller / Wissenschaftliches Archiv, bes. 117-131.

(bisweilen vielleicht zu Unrecht) von niemandem in Frage gestellt wird. Das läßt sich weitgehend damit erklären, daß zwischen zwei Gruppen (Völkern) - oder auch nur Teilen von ihnen - so tiefgreifende Meinungsunterschiede über die jeweils eigene und andere kollektive Identität bestehen, daß diese sich letztlich nicht so auflösen lassen, daß dabei *die elementaren Rechte aller betroffenen Gruppen* in genügendem Maße berücksichtigt werden. Es genügt, die Augen zu öffnen, um genügend Beispiele dafür zu sehen. Doch sind diese Details für eine erste typologische Annäherung weniger bedeutend. Auf sie wird dann zurückzukommen sein, wenn man die Methoden und Möglichkeiten von Sprachpolitik im einzelnen verfolgt.

Kriterien der hier vorgelegten typologischen Skizze sind vor allem die *Ziele*, welche die verschiedenen Formen von Sprachpolitik für Minderheiten sich vornehmen können. Im Hinblick auf diese Ziele kann man eine Sequenz mit graduellen Unterschieden erkennen. Man muß indes auch die Implikationen berücksichtigen, welche die jeweiligen Ziele enthalten. Und umgekehrt muß die Formulierung von Zielen den Ausgangspunkt berücksichtigen, d.h. die linguistische, soziolinguistische und soziale Situation der (Minderheiten-) Sprachen, welche von einer fördernden Sprachpolitik betroffen sein sollen. Sie kann, soll sie erfolgreich sein, diese Sprachen "nur dort abholen, wo sie sich befinden". Zu den entsprechenden Daten gehören die Zahl der Sprecher, der Grad der Normativierung und der Normalisierung<sup>4</sup>, Zustand der betroffenen Gesellschaft usw. Erst dann wird man auch abschätzen können, bis zu welchem Grade die angestrebten Ziele auch erreichbar sind, bzw. welche Maßnahmen möglicherweise kontraproduktiv sein könnten (außer wenn sie durch andere, vorbereitende Maßnahmen in die Wege geleitet werden). Häufig wird auch die Frage zu klären sein, ob es Unterschiede zwischen der *erklärten* und der *tatsächlich durchgeführten* Sprachpolitik gibt. Die ganze Diskussion muß sich jedoch auf der Grundlage der *kommunikativen Funktionen* bewegen, welche den betroffenen Sprachen in der jeweiligen Gesellschaft zukommen und denen, die ihnen zukommen sollen; eine komplementäre Rolle spielen die *symbolischen Bedeutungen*, welche die Sprachen besitzen (können).

<sup>4</sup> Ich verwende hier die Terminologie, die sich in der katalanischen Soziolinguistik eingebürgert hat. Zur genaueren Begriffsklärung vgl. etwa Georg Kremnitz, 1997. *Die Durchsetzung der Nationalsprachen in Europa*, Münster: Waxmann, 26-27.

Die Beschränkung auf autochthone Minderheiten ist eine rein praktisch begründete. Zur Zeit genießen nahezu überall in Europa die autochthonen Minderheiten die Gunst der Gesetzgeber (wenigstens auf dem Papier), die Anerkennung ihrer kulturellen Rechte stellen nur noch wenige Staaten explizit (wie Frankreich) oder implizit (wie Griechenland und vor allem die Türkei) in Frage; erstaunlicherweise geht die explizite Politik Frankreichs mit einer zwar zögernden und widersprüchlichen aber dennoch in zunehmendem Maße minderheitenfreundlichen Politik Hand in Hand<sup>5</sup>. Es wird in der Folge notwendig sein zu ergründen, welche Modifikationen für die Betrachtung von zugewanderten Minderheiten sinnvoll sind. Dabei ist zunächst vermutlich zu klären, ob es überhaupt Unterschiede gibt, d. h. ob die Dauer der Anwesenheit einer Gruppe in einem Staatsgebiet relevant sein kann. Und welche Zeitgrenzen wären dann zu ziehen, will man nicht der Lächerlichkeit anheimfallen? Welche Minderheiten verdienen Schutz? Muß man fünfhundert Jahre im Lande leben, genügen einhundert, oder sollten die europäischen Staaten ihre Kriterien vielleicht in den klassischen Einwanderungsländern des 19. und 20. Jahrhunderts suchen?

Die vorliegende Darstellung kann nur eine erste Skizze bilden, welche in vieler Hinsicht zu verfeinern wäre; dazu wird allerdings noch viel Detailarbeit notwendig sein. Es wäre allerdings auch politisch nützlich, wenn man in Zukunft die Erfolgsaussichten sprachpolitischer Maßnahmen genauer abschätzen und damit viel nutzlose Polemik sich ersparen könnte. In dieser Hinsicht könnte eine sich als Gesellschaftswissenschaft verstehende Sprachwissenschaft einiges leisten. Das Ziel ist also letztlich ein doppeltes: die Erstellung der Typologie sollte Hand in Hand gehen mit einer Einschätzung konkreter Formen von Politik.

<sup>5</sup> Offensichtlich ist im derzeitigen Frankreich eine heftige Auseinandersetzung zwischen zentralistischen Kräften und solchen, welche kulturell und politisch offener sind, im Gange. Sie wird allerdings durch mehrere andere gekreuzt. Dazu gehört jene zwischen Anhängern und Gegnern des *Front National* (welche jedes Thema, das der FN besetzt, *nur noch* als Teil der Auseinandersetzung mit diesem wahrnimmt, dadurch aber letztlich die eigene Politik weithin von Le Pen bestimmen läßt; eine ähnliche Praxis hat sich seit Jahren in Österreich eingebürgert, wo die sogenannte Freiheitliche Partei bzw. ihr Vorsitzender in zunehmendem Maße die Themen der Regierungspolitik vorgibt, noch eindeutiger war sie in den letzten Jahren der Weimarer Republik in Deutschland), dazu gehört aber auch jene zwischen proeuropäischen (die sich in Wirtschafts- und Kultureuropäer aufgliedern ließen) und antieuropäischen Kräften, so daß die Resultanten immer wieder völlig widersprüchlich und unklar sind. Die französische Politik hat dadurch in ihrer Gesamtheit stark an Berechenbarkeit verloren: ein Symptom von Krise.

## 2. Vier Fallskizzen

Die vier vorgestellten Gebiete sollen für vier Grade der minderheitenfreundlichen Sprachpolitik stehen. Sie scheinen mir für bestimmte Situationen und für bestimmte Formen von Sprachpolitik typisch. Dabei ist es klar, daß die Analyse feiner werden könnte, wenn man die Zahl der vorgestellten Fälle vergrößerte; für eine erste Annäherung mag die hier vorgeschlagene Reihe genügen.

2.1. Der *Principat de Catalunya*<sup>6</sup>. Die katalanische Sprachpolitik strebt seit der Gründung der autonomen Region eine möglichst weitgehende Rolle des Katalanischen an. So liest man bereits im Autonomiestatut von 1980 "la lengua propia de Catalunya es el catalán" (Art. 3,1), obwohl doch das Kastilische im Gesamtstaat offiziell ist (Art. 3,2). Das Sprachnormalisierungsgesetz vom 18. April 1983 versucht die Interpretation zu stärken, daß das Katalanische die *erste* offizielle Sprache im *Principat* sei, und diese Tendenzen verstärken sich in dem Ende Dezember 1997 vom katalanischen Parlament verabschiedeten neuerlichen Sprachgesetz<sup>7</sup>. Man muß dieses neuerliche Gesetz mindestens zum Teil als Antwort auf die Strategie der verschiedenen spanischen Zentralregierungen verstehen, welche immer wieder mit der Umsetzung der Verpflichtungen zögern, welche sie mit der Verfassung von 1978 bzw. dem Autonomiestatut übernommen haben, vor allem im Hinblick auf den Transfer von Kompetenzen. Damit vergiften sie unnötig ein politisches Klima, das an seinem Ausgangspunkt nicht schlecht war. Andere Belastungen der Situation kommen hinzu: etwa die Aktivitäten von manchen Gruppierungen, die mehr oder weniger mit gesamtspanischen

<sup>6</sup> Zum katalanischen Sprachgebiet gehören außerdem: die Balearen und Pitiusen (*Les Illes*), die *Comunitat Valenciana*, *Andorra*, das zu Frankreich (*Région Languedoc-Roussillon*) gehörende Nordkatalonien (*Rosselló* und *Cerdanya*), ein Streifen von Aragón (*la Franja*) und die Stadt *Alguer/Alghero* auf Sardinien. *Alguer* ist von dem Ende 1997 verabschiedeten sardischen Sprachgesetz betroffen, dessen Details mir noch nicht bekannt sind.

<sup>7</sup> Das Gesetz, es wurde am 30. Dezember 1997 verabschiedet und am 7. Januar 1998 im Gesetzblatt veröffentlicht, wurde gegen die Stimmen der Abgeordneten des *Partido Popular* und der *Esquerra Republicana de Catalunya* - aus entgegengesetzten Gründen - von allen anderen Parteien unterstützt. Mit Verfassungsklagen gegen einzelne Artikel ist zu rechnen, obwohl das Gesetz, nach einer summarischen Lektüre der vorliegenden Presseberichte, in den Grundpositionen wenig über seinen Vorgänger hinausgeht und vor allem einige "Lücken" schließt. Es sucht allerdings generell die Auffassung zu stärken, das Katalanische sei die "erste offizielle Sprache" im *Principat*.

politischen Parteien verbunden sind und grundsätzlich die Rechtmäßigkeit der autonomen Gesetzgebung in Frage stellen<sup>8</sup>. Schließlich erachten zahlreiche Gruppen der katalanischen Gesellschaft die Errungenschaften der bisherigen Politik für unzureichend<sup>9</sup>. Das mag verwundern, da das Katalanische im *Principat* heute allgemein als die Minderheitensprache<sup>10</sup> mit der besten Ausgangsposition in Westeuropa angesehen wird. Darüber darf man jedoch nicht aus dem Auge verlieren, daß es in Katalonien eine öffentliche Diskussion gibt, die mit der Veröffentlichung des Manifestes "Una nació sense estat, un poble sense llengua" in der Zeitschrift *Els Marges* Ende 1979 beginnt<sup>11</sup> und die die Furcht ausdrückt, die damalige, relativ günstige Situation des Katalanischen (es war der Augenblick, in dem die Inhalte des Autonomiestatutes bekannt wurden) bilde nur das Vorspiel zum unwiderruflichen Verfall der Sprache. Diese Furcht war zum Teil darauf zurückzuführen, daß auch das Statut, wie schon die Spanische Verfassung, einen Kompromiß darstellt und nicht alle Forderungen der Katalanen erfüllt worden waren. Diese Diskussion flammt seither immer wieder auf, besonders dann, wenn neue Sprachstatistiken veröffentlicht werden<sup>12</sup>. Das bedeutet, daß die Überlebenschancen der Minderheitensprache in Westeuropa, welche über den besten Status, das höchste Prestige und die vollständigsten Infrastrukturen verfügt, völlig unterschiedlich interpretiert werden. Damit wird, jenseits des konkreten Falles, deutlich, *wie wenig man allgemein über die Möglichkeiten und Wirkungen von Sprachpolitik wirklich weiß*, wie notwendig mit anderen Worten Forschung auf diesem Gebiet wird.

<sup>8</sup> Diese Gruppen werden gewöhnlich im Vorfeld von Wahlen besonders aktiv.

<sup>9</sup> Es ist klar, daß sich zwischen dem Zögern der spanischen Regierungen, den hispanistischen Pressionsgruppen (die von Teilen der Presse unterstützt werden) und den extremen Verteidigern des Katalanischen eine subtile Dialektik der gegenseitigen Aufwertung entwickelt hat; ihre Erfolge bedingen sich sozusagen wechselseitig. Eine solche Konfiguration kann in Krisen leicht außer Kontrolle geraten.

<sup>10</sup> Ich verwende den Terminus *Minderheitensprache* rein soziologisch, ohne irgendwelche Konnotationen.

<sup>11</sup> *Els Marges* (Barcelona), no. 15, 1979, 3-13.

<sup>12</sup> Zum Teil resultiert die Diskussion daraus, daß das Objekt der Betrachtung nie sauber geklärt wird: betrachtet man das Katalanische im *Principat* oder faßt man die Gesamtheit der *Katalanischen Länder* ins Auge? Die Situation in *València* zeigt, daß auch mit einer wohlausgebauten Sprachgesetzgebung die Substitution der schwächeren Sprache sich fortsetzen kann (ich müßte genauer formulieren: fortgesetzt werden kann). Allerdings sollte man zur genaueren Analyse die Objektfelder trennen (wenn natürlich auch die jeweiligen Außenwirkungen zu berücksichtigen sind).

Ich kann im folgenden nicht eine Darstellung der Situation des Katalanischen im *Principat* geben, sondern will nur einige wichtige Elemente herausgreifen<sup>13</sup>. Der *Status* des Katalanischen ist klar, es gilt das Prinzip der Kooffizialität. Allerdings sind die Einzelheiten etwas komplexer. Die von Madrid abhängigen Verwaltungen und ihre Angestellten erfüllen das Gesetz nicht immer (d.h. sie antworten nicht notwendig auf Katalanisch, wenn Bürger sich in dieser Sprache an sie richten<sup>14</sup>, eigene Erfahrung), während die autonomen Verwaltungen (meist) die Rolle des Katalanischen auszubauen suchen. Die gesetzlich vorgesehene *Normalisierung* ist somit nicht in allen Bereichen Realität. Wenn der Bürger jedoch ausschließlich *auf Katalanisch leben möchte*, ist das im allgemeinen möglich, solange er den *Principat* (oder sogar die Katalanischen Länder) nicht verläßt<sup>15</sup>. Das *Prestige* des Katalanischen im *Principat* ist höher als das des Kastilischen; das gilt für nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen und erklärt sich einmal mit historischen Gründen (der Geschichte der Sprache) aber auch mit gegenwärtigen (die wirtschaftlich entscheidenden Gruppen sprechen katalanisch). Das impliziert auch eine *hohe symbolische Bedeutung* des Katalanischen, die von den meisten Gruppen der Bevölkerung (auch vielen Zuwanderern) akzeptiert wird. Die *Normativierung*, die Erarbeitung von referentiellen Formen des Katalanischen, ist nahezu vollständig; im Vergleich zu europäischen Staatssprachen mit ähnlicher Sprecherzahl zeigen sich fast keine Lücken<sup>16</sup>. Es gibt Tageszeitungen und Zeitschriften auf Katalanisch sowie Radio- und Fernsehsender; die Sprache ist in den modernen Medien deutlich präsent. Wir wissen auch, daß die Sprache allgemein verstanden und gesprochen wird (nach der letzten Zählung verstehen sie mehr als 90 % der im *Principat* Lebenden). Diese Daten bewegen sich nach oben: jede Volkszählung gibt günstigere Resultate als die vorhergehende. Wenn auch die Lese- und Schreibfähigkeiten noch deutlich weniger verbreitet sind, nehmen auch sie kontinuierlich zu. Das erklärt sich

<sup>13</sup> Eine neuere Synthese der Situation, welche die Unterschiede in den einzelnen Teilgebieten herausarbeitet, fehlt derzeit und wäre ein dringendes Desiderat.

<sup>14</sup> Gegen diese Praxis versucht das neue Sprachgesetz u.a. einzuschreiten.

<sup>15</sup> In diesem Satz liegt eine der grundsätzlicheren Asymmetrien der derzeitigen Situation.

<sup>16</sup> Diese Normativierung wurde während der ersten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts erarbeitet, vor allem durch Pompeu Fabra, und konnte daher bereits während der Zweiten Spanischen Republik zur Anwendung kommen. Im Prinzip wird sie in allen Katalanischen Ländern anerkannt, wenn es auch vor allem in der Region *València* eine Opposition dagegen gibt, welche soweit geht, die Einheit der Sprache in Frage zu stellen und das *Valencianische* zu einer vom *Katalanischen* verschiedenen Sprache zu erklären (linguistisch hat diese Ansicht keine Grundlage, über ihre Akzeptanz durch die betroffene Bevölkerung gibt es kaum verlässliche Unterlagen).

weitgehend aus der *Erziehungspolitik*, welche seit etwa 1980 eine ausreichende Kompetenz der Schüler in beiden offiziellen Sprachen zu erzielen sucht. Zwar gibt es gelegentlich Versuche, das Kastilische zur fakultativen Sprache herunterzustufen (und damit teilweise aus dem Curriculum auszuschalten), da sie jedoch dem Wortlaut der Spanischen Verfassung widersprechen, haben sie keine Aussicht auf Erfolg<sup>17</sup>. Das einzige beunruhigende Element in dieser Erfolgsbilanz - sie ließe sich verkürzt so formulieren: die öffentliche Verwendung des Katalanischen ist allgemein - ist die Frage, ob der *private Gebrauch* des Katalanischen ebenfalls zunimmt<sup>18</sup>, und das heißt, ob die Weitergabe der Sprache an die nächste(n) Generation(en) sich in zufriedenstellender Weise vollzieht. Die Frage muß derzeit ohne klare Antwort bleiben.

Man kann feststellen, daß die katalanische Regierung viel unternimmt, damit das Katalanische tatsächlich die Position einnimmt, welche ihm im Autonomiestatut vorgegeben ist (dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man zum Vergleich die Sprachpolitik der Balearen oder gar von *València* heranzieht). Das erklärt sich teilweise mit historischen Gründen, aber auch mit der symbolischen Bedeutung, welche der Sprache in den Augen des katalanischen Volkes nach und nach zugewachsen ist. Aus diesen Gründen hat die Regierung zahlreiche neue *kommunikative Funktionen* für die Sprache schaffen können. Dennoch scheint ihre Zukunft nicht notwendig gesichert. Um das zu verstehen, muß man auch sehen, mit welcher Sprache sie sich in Konkurrenz befindet: das Kastilische ist eine der am meisten gesprochenen Sprachen der Erde, welche an vielen Stellen Fortschritte macht. Man muß auch die Internationalisierung unserer Gesellschaften in Betracht ziehen, die mit dem Ausbau der *Europäischen Gemeinschaft* bzw. *Union* auch die Karten im Hinblick auf sprachliche Auseinandersetzungen neu verteilt und zwar, mindestens im Augenblick, zugunsten der sogenannten großen Sprachen. Wenn auch heute die Funktionen des Katalanischen im Inneren gesichert scheinen, ist ungewiß, ob es mehr als ein symbolischer Teilhaber an europäischen oder weltweiten Kommunikationsprozessen sein kann (und diese Karenz könnte in weiterer Folge auch die Position des Katalanischen im Inneren beeinträchtigen).

<sup>17</sup> Das Sprachgesetz von 1997 versucht auch in diesem Punkt, die Rolle des Katalanischen zu stärken.

<sup>18</sup> Vgl. Emili Boix, 1993. *Triar no és traïr*, Barcelona: Ed. 62.

2.2. *Euskadi*<sup>19</sup>. Auch die Regierungen von *Euskadi* haben versucht, eine aktive und voluntaristische Sprachpolitik zu treiben. Indes ist die Situation des Baskischen bei weitem schwieriger als die des Katalanischen: es besitzt keine schriftsprachliche Vergangenheit, daher fehlt ihm auch das entsprechende Prestige. Im Jahre 1980 besaß es noch keine vollständige Normativierung. Vor allem wird das Baskische in seinem eigenen Sprachgebiet seit langem nur noch von einer Minderheit gesprochen (vor allem aufgrund der Immigration im Zuge der Industrialisierung des vergangenen Jahrhunderts). Dennoch sieht der Text des Autonomiestatuts von 1979 eine wichtige Rolle für die Sprache vor. Im Art. 6,1 steht: "El euskera, lengua propia del Pueblo Vasco, tendrá, como el castellano, carácter oficial en Euskadi, y todos sus habitantes tienen el derecho a conocer y usar ambas lenguas." Auch in *Euskadi* gibt es ein Gesetz über die Normalisierung des Gebrauchs des Baskischen (vom 24. November 1982), aber sein Inhalt unterscheidet sich in manchen Einzelheiten von dem des *Principat*, da die Prioritäten andere sein mußten. Am Ende der franquistischen Diktatur wurde die Zahl der Baskischsprecher auf 23 % der Bevölkerung geschätzt. Die Zählung von 1986 stellte 24,6 % Baskischsprecher fest, zu denen 17,5 % "casi-euskaldunak" kamen, also Menschen, die eine bestimmte, allerdings nicht definierte Kompetenz (gewöhnlich als Zweitsprache) besaßen; 57,9 % jedoch gaben an, keinerlei Baskischkenntnisse zu besitzen<sup>20</sup>. Diese Angaben bedeuten, daß die Weitergabe der Sprache an die folgenden Generationen schon stark beeinträchtigt war. Daher konnte das Ziel der baskischen Sprachpolitik zunächst nur in einer symbolischen Kooffizialität bestehen und in einer konsequenten Verbesserung der kollektiven sprachlichen Kompetenz. Eine Politik, welche dem Baskischen die führende Rolle in der Region hätte geben wollen (wie im *Principat*), war damals nicht denkbar. Die baskischen Regierungen mußten in ihren Bemühungen *weiter unten* ansetzen, wenn man auch als Fernziel ihrer Bestrebungen eine Situation ansehen darf, in der das Baskische mindestens eine ähnliche Rolle spielt wie das Katalanische heute.

Eine der ersten Sorgen mußte die Erarbeitung einer *Referenzsprache* sein. Deren Grundlagen waren seit 1968 im Umfeld der baskischen Akademie erarbeitet worden, aber 1979/80 gab es weder eine vollständige Grammatik

<sup>19</sup> Zum baskischen Sprachgebiet gehören außerdem die autonome Region *Navarra* und das französische Nordbaskenland (*Iparralde*).

<sup>20</sup> Xabier Aizpurua, ed., 1995. *Euskararen jarraipena / La continuidad del euskera / La continuité de la langue basque*, Vitoria-Gasteiz: Gobierno Vasco, gibt noch niedrigere Zahlen an.

des *Euskera batua*, noch einen wirklichen Konsens über ihre Grundlagen, und noch weniger eine ausreichende Verbreitung dieser Prinzipien. Die Regierung unterstützte die vorgeschlagene Referenzform und verwendete sie für ihre Texte ebenso wie für das Schulwesen, das trotz der Existenz baskischer Privatschulen, der *Ikastolak*, seit dem Ende der fünfziger Jahre<sup>21</sup>, auf einem sehr niedrigen Niveau beginnen mußte. Es gab weder genügend kompetente Lehrer im Primar- oder Sekundarschulbereich, noch gab es Schulbücher, und es fehlte auch an pädagogischer Erfahrung. Die Erfolge dieser Politik sind beträchtlich: bereits im Schuljahr 1989/90 nahmen 98% bis 99 % der Schüler in irgendeiner Form am Baskischunterricht teil<sup>22</sup>, und dieses Niveau hat sich stabilisiert<sup>23</sup>. Man wird daher annehmen können, daß das Problem der Referenzsprache im Zeitraum von etwa einer Generation gelöst sein wird. Die kollektive Sprachkompetenz dürfte auch in absehbarer Zukunft noch zunehmen. Der *Status* des Baskischen ist hoch und sein *symbolischer Wert* nimmt ebenfalls zu; der offizielle Sprachgebrauch dürfte dazu viel beitragen, wenn er auch (noch) vielfach auf *symbolische Akte* beschränkt ist. All das trägt dazu bei, auch das *Prestige* der Sprache zu heben. Dazu tragen auch die baskischen Rundfunksender und das Fernsehen bei, eine teilweise baskische Presse<sup>24</sup> und eine beträchtliche literarische Produktion<sup>25</sup>.

All diese Erfolge können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die baskische Sprachgemeinschaft sehr klein ist (sie umfaßt nach günstigeren Schätzungen vielleicht 700 000 Sprecher) und daß die überwiegende Mehrzahl der Baskischsprecher heute zweisprachig sind (heute werden nur noch 1 % der Baskischsprecher als mehr oder weniger einsprachig angesehen; sie gehören alle den höheren Altersklassen an). Es ist auch nicht sicher, ob die Kompetenzen, welche die Kinder heute in der Schule erwerben, in eine ausreichende Sprachverwendung in der Zukunft einmünden. Das Baskische

<sup>21</sup> Vorläufer gab es schon früher: bereits 1896 hatte der berühmte Linguist Azkue die erste *Ikastola* in Bilbao gegründet.

<sup>22</sup> Vgl. Georg Kremnitz, 1991. "Aktuelle Probleme der Sprachpolitik in *Euskadi*", in: *Europa Ethnica*, III, 10-23.

<sup>23</sup> Vgl. jetzt Michael Kasper, 1997. *Baskische Geschichte in Grundzügen*, Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft, v.a. 205-208.

<sup>24</sup> Es gibt nur eine einzige baskische Tageszeitung, *Euskaldunon Egunkaria* ("die Tageszeitung der Basken"), seit 1990; ihre Bedeutung scheint vor allem symbolisch zu sein. Andere Blätter wie *Egin* und *Deia* veröffentlichen einzelne Beiträge auf Baskisch.

<sup>25</sup> Der nach außen bekannteste jüngere Autor dürfte Bernardo Atxaga geworden sein; wirkliche Verbreitung erhalten seine Werke allerdings durch die kastilischen Übersetzungen bzw. Versionen.

hat weite Bereiche der privaten und halböffentlichen Verwendung wie etwa die Betriebe und Unternehmen (noch?) kaum erreicht, und das trotz beträchtlicher Bemühungen der zuständigen Stellen. Das bedeutet, daß die *kommunikativen Funktionen* des Baskischen bescheiden sind und daß diese Funktionen - anders als im Falle des Katalanischen - sich nicht leicht und vor allem nicht beliebig ausweiten lassen. Es scheint folglich, daß zwar die Regierung alles tut, was möglich ist, daß aber dennoch die Zukunft der Sprache nicht gesichert ist, wenn wir von einer symbolischen und testimonialen Präsenz absehen. Sind damit die Grenzen von Sprachpolitik erreicht oder können die Fortschritte der Gegenwart die Grundlagen für eine neue Sprachpolitik morgen oder übermorgen legen? Zwar begünstigen die modernen Kommunikationsmedien global weiter verbreitete Sprachen, manche ihrer Möglichkeiten könn(t)en aber auch den kleinen Sprachen und ihren Sprechern nützen.

2.3. *Languedoc-Roussillon* ist die einzige dreisprachige Region<sup>26</sup> in Frankreich, da neben dem Französischen (als importierter Sprache, vor allem seit dem 16. Jh.) dort Okzitanisch und Katalanisch gesprochen werden<sup>27</sup>. Bekanntlich wird die Annahme der Existenz von sprachlichen und kulturellen Minderheiten auf dem Boden der Französischen Republik als verfassungswidrig betrachtet (d.h. die französische Verfassungsfiktion geht davon aus, daß es solche Minderheiten in Frankreich nicht gibt<sup>28</sup>), daher sieht sich die Republik auch nicht in der Lage, die entsprechenden europäischen Konventionen zu unterzeichnen. In der Praxis jedoch wird seit der Verkündung der *Loi Deixonne* von 1951<sup>29</sup> die Existenz solcher Gruppen stillschweigend zugegeben. Ihre Lage hat sich zuletzt mit einigen Detailmaßnahmen der sozialistischen

<sup>26</sup> Die Angabe ist zu revidieren, wenn man das *Gallo* in der Haute-Bretagne als eine vom Französischen verschiedene Sprache und nicht als eine Varietät des Französischen ansieht.

<sup>27</sup> Zum Sprachgebiet des Okzitanischen vgl. Pierre Bec, 1995. *La langue occitane*, Paris: PUF (*Que sais-je?*), 8-12; für das Katalanische, vgl. oben Fn. 5.

<sup>28</sup> Daher mußte auch ein Gesetz vom Anfang der neunziger Jahre, das zur Regelung des korsischen Problems die Existenz eines korsischen Volkes im Rahmen der französischen Nation annahm, aufgrund eines Urteils des *Conseil d'Etat*, der diese Bestimmung als verfassungswidrig ansah, entsprechend geändert werden.

<sup>29</sup> Dieses Gesetz sieht den freiwilligen Unterricht einiger (nicht aller) Minderheitensprachen in bescheidenem Rahmen vor. Das Okzitanische und das Katalanische werden vom Gesetz erfaßt, das verschiedentlich durch Erlasse erweitert wurde und nach wie vor der einzige Text von Gesetzesrang bleibt, der einige der Sprachen nennt.

Regierung von 1982 verbessert (*Circulaire Savary*), vor allem jedoch mit der Regionalreform von 1982/83, die als Defferre-Reform in die Geschichte eingegangen ist und den ersten (bescheidenen) Versuch einer weitergehenden Territorialreform in Frankreich seit der französischen Revolution darstellt. Diese Reform wies den Regionen als eine ihrer Aufgaben die Kulturpolitik zu, nicht jedoch das Schulwesen. Einige der Regionen, in denen auch Minderheitensprachen gesprochen werden, versuchen mit diesen beschränkten Möglichkeiten, Ansätze einer eigenen Sprachpolitik aufzubauen. Zu denen, die es bislang am konsequentesten getan haben, gehört *Languedoc-Roussillon*<sup>30</sup>. Allerdings gibt es keinen legislativen Text, der die sprachpolitischen Ziele der Region fixieren würde. Das bedeutet, daß diese Politik nicht eindeutig definiert ist. Daher fürchten viele Verteidiger der beiden Minderheitensprachen den Wahlgang vom Frühjahr 1998, da neue politische Mehrheiten in der Region auch die bislang mehr oder weniger stillschweigend akzeptierten grundsätzlichen Optionen in Frage stellen könnten. Der einzige Versuch einer Synthese ist der Arbeitsbericht des Beamten, der seit 1985 für die Kulturpolitik der beiden Sprachminderheiten zuständig ist<sup>31</sup>. Da eine politisch definierte regionale Kulturpolitik nicht existiert (das gilt im übrigen für fast alle betroffenen Regionen in Frankreich), kommt der Verwaltung - und im konkreten Falle dem Beamten selbst - eine erhebliche praktische Bedeutung zu. Das bedeutet natürlich auch, daß die jeweilige Politik in starkem Maße von bestimmten Personen abhängig wird: wo diese klare Kriterien und Vorstellungen der umzusetzenden Politik haben, kann sie ein erhebliches Maß an Kontinuität bekommen. Wo beides fehlt, kommt es zu Entscheidungen aus augenblicklichen Opportunitätsgründen, die die Entwicklung einer sprachpolitischen Strategie kaum erlauben. Gerade im Hinblick auf das Okzitanische, das in sieben verschiedenen Regionen Minderheitensprache ist, lassen sich diese Unterschiede und die daraus resultierenden Entwicklungen für den Zustand der Sprache recht deutlich erkennen<sup>32</sup>. Für alle Regionen gilt indes paradoxerweise, daß das Fehlen von

<sup>30</sup> Eine andere Region, die gegen viele Widerstände versucht, eine kohärente Sprachpolitik aufzubauen, ist das Elsaß, vgl. dazu jetzt: Hellmut Lösch, 1997. *Zweisprachigkeit in Elsaß und Lothringen - gestern, heute und auch morgen?* Versuch einer Bilanz, Wien: Ed. Praesens, und Pierre Klein, [1998]. *La question linguistique alsacienne de 1945 à nos jours*, [Strasbourg:] SALDE.

<sup>31</sup> Etienne Hammel, 1996. *Aide-mémoire. Langues et cultures régionales et Région Languedoc-Roussillon 1985-1996*. Perpinyà / Perpignan: El Trabucaire.

<sup>32</sup> Eine vergleichende Untersuchung wäre mittlerweile lohnend. Erste Ansätze finden sich bei Daniela Colleoni, 1994. *Neuere Entwicklungen der regionalen Minderheitenpolitik in*

sprachpolitischen Konzeptionen auf der Ebene der gewählten Politiker die Möglichkeiten sprachpolitischer Bemühungen der Verwaltung einschränkt. Denn ein Beamter kann allemal nur Entscheidungen von begrenzter Reichweite in eigener Regie treffen und verantworten und er ist an die - nicht immer sachlich kompetenten - Weisungen der politischen Ebene gebunden. Das Fehlen von Konzepten auf der politischen Ebene läßt die Einleitung einer voluntaristischen Sprachpolitik durch die Verwaltung nicht zu; diese kann allenfalls den *status quo* verwalten und marginal verbessern. Hinzu kommt, daß eine solche Sprachpolitik in hohem Maße auf private Teilhaber angewiesen ist, da sie über die Mittel einer Umsetzung kaum verfügt (schon personell nicht). Auch dadurch wird ihre mögliche Kohärenz beeinträchtigt. Angesichts des Umstandes, daß kaum ein Regionalpolitiker in der Lage ist, dieses Feld mit seinen Möglichkeiten wahrzunehmen, verblaßt der Umstand, daß die Kompetenzen der Regionen im Hinblick auf die Kultur- und Sprachpolitik der Minoritäten begrenzt sind. Selbst diese Möglichkeiten werden in der Regel nicht ausgeschöpft. Eine Ausdehnung der Kompetenzen (das heißt, eine neue Aushandlung der Spielregeln zwischen Zentralstaat und Peripherien) wird vermutlich erst dann realistisch, wenn die Regionen den ihnen bis dahin zur Verfügung stehenden Spielraum maximal ausgeschöpft und "Übergriffe" auf strittiges Terrain unternommen haben.

Angesichts dieser Vorüberlegungen scheint mir, daß die Sprachpolitik der Region *Languedoc-Roussillon* den verfügbaren Rahmen zu weiten Teilen ausschöpft. Dabei ist ihre Rolle in bezug auf die beiden betroffenen Sprachen unterschiedlich, da der Languedoc immer eine der Kernlandschaften des okzitanischen Sprachraumes und der Sprachrenaissance gewesen ist, während Nordkatalonien nur ein relativ kleines und geographisch exzentrisches Gebiet des katalanischen Sprachraumes ist, das dazuhin in jüngerer Vergangenheit stark von der Entfaltung des Katalanischen im *Principat* beeinflusst wird, aber auch von den dortigen Entwicklungen in hohem Maße abhängig ist. Die relativ günstige Situation des Katalanischen im Norden verdankt sich weitgehend der zunehmenden Attraktivität des Südens, der somit letztlich auch die sprachpolitisch wichtigen Entscheidungen trifft.

Die Region verschafft den beiden Sprachen im Rahmen des Möglichen eine *symbolische öffentliche Präsenz*, indem sie Kongresse und Kolloquien (mit-

*Okzitanien am Beispiel der Regionen Midi-Pyrénées und Limousin*, Wien (unveröffentl. Diplomarbeit).

organisiert, andere Manifestationen unterstützt, Publikationen subventioniert und häufig erst ermöglicht und nahezu alle privaten Initiativen fördert, die sich zeigen. Die öffentliche Präsenz geht bis zu der 1984 verkündeten Kooffizialität der beiden Minderheitensprachen in der Region, die ihnen zwar einen relativ hohen *Status* verleiht, der jedoch dadurch relativiert wird, daß die Kooffizialität rein symbolisch bleibt und nicht in politische oder kommunikative Praxis umgesetzt wird<sup>33</sup>. Das bedeutet zugleich, daß die symbolische Kooffizialität nicht im geringsten in eine sprachliche *Normalisierung* umgesetzt wird: die Minderheitensprachen werden - abgesehen von seltenen Ausnahmen - nicht im offiziellen Gebrauch verwendet. Auch ihre Präsenz in den *Massenmedien* bleibt mehr oder weniger testimonial: einige Radio- und Fernsehsendungen, gelegentliche Aufsätze oder (heute nur noch selten) Kolumnen in Tageszeitungen. Dabei ist gewöhnlich aus den erwähnten Gründen die Präsenz des Katalanischen etwas massiver als die des Okzitanischen. Die Region Languedoc-Roussillon kann praktisch zur Lösung eines der gravierendsten Probleme des heutigen Okzitanisch nichts beitragen, nämlich dem Fehlen eines Konsenses der Sprecher über die Referenzsprache. Die Existenz zweier konkurrierender Systeme der *Normativierung* - dem von Roumanille/Mistral und dem von Alibert (zu denen lateral noch andere kommen) - beeinträchtigt die Erfolgsmöglichkeiten der Renaissance nach wie vor, denn sie liefert ein - scheinbares - Argument für die mangelnde kommunikative Eignung des Okzitanischen und sie macht den "Sprachausbau" im Sinne von Heinz Kloss schwieriger, der die Fähigkeit der Sprache zur Teilhabe an den heutigen Kommunikationsformen erhöhen soll<sup>34</sup>. Auch im Hinblick auf die *Erziehungspolitik* kann die Region nur eine bescheidene Rolle spielen: das staatliche Erziehungswesen liegt in der Kompetenz der Zentralregierung<sup>35</sup>, die Region kann nur im Bereich der (baulichen) Ausstattung aktiv werden<sup>36</sup>. Die Möglichkeiten zur

<sup>33</sup> Wäre das der Fall, könnte es zum Verfassungskonflikt kommen, da die französische Verfassung heute im Artikel 2 die Exklusivität des Französischen ausdrücklich festlegt.

<sup>34</sup> Dazu gehört neben der Erarbeitung moderner Terminologien vor allem auch die Schaffung neuer Textsorten in der Sprache.

<sup>35</sup> Allerdings hat es auch auf dieser Ebene gewisse Verbesserungen gegeben, wie die Schaffung eines okzitanischen und katalanischen CAPES (Lehramtsprüfung) Anfang der neunziger Jahre und davor die Einrichtung entsprechender Studiengänge in den Universitäten.

<sup>36</sup> Es gibt heute eine bemerkenswerte Ausnahme, nämlich ein Abkommen zwischen der Region Midi-Pyrénées und dem französischen Erziehungsministerium (vertreten durch das Rektorat von Toulouse), das die Situation des Okzitanischen in dieser Region

Unterstützung der okzitanischen und katalanischen Privatschulen (*Calandretas* bzw. *Bressoles*) sind etwas größer, fallen allerdings bei einer Schülerzahl, die für die *Calandretas* gerade die Zahl 1000 überschritten hat, soziologisch wenig ins Gewicht. Auch hier liegt die Bedeutung vor allem auf der symbolischen Ebene. Immerhin konnte die Region für beide Sprachen eine sehr wichtige Initiative in die Wege leiten, nämlich einen Zensus der Sprecher (es handelt sich in beiden Fällen um repräsentative Befragungen), der zum ersten Male seit mehr als einem Jahrhundert eine etwas klarere Vorstellung von den Sprecherzahlen und der Sprachpraxis bietet<sup>37</sup>.

Dennoch kann die Sprachpolitik von *Languedoc-Roussillon* nicht für eine nennenswerte Ausweitung der *Kommunikationsfunktionen* der Minderheitensprache sorgen; damit ist auch eine Ausweitung des privaten Gebrauches nicht zu erwarten. Diese Politik verlangsamt zweifellos die Substitutionsbewegung und schafft durch die Zunahme der Zahl der sekundären Sprecher in gewissem Umfang ein neues Sprecherpotential, sie kann jedoch weder den Trend umkehren und eine absolute Zunahme der Sprecherzahlen erreichen, noch einen hinreichenden öffentlichen und privaten Sprachgebrauch sichern (das gilt für beide Sprachen, Okzitanisch wie Katalanisch, wenn auch aufgrund der schon erwähnten Unterschiede nicht in gleichem Maße), beides erklärte Absichten der Region(en). Sollten diese eines Tages wirklich zu einer erneuerten politischen Praxis führen, so wäre sehr sorgfältig zu überlegen, welche Prioritäten auf lange Sicht erfolversprechend sein könnten; im Prinzip ist das Okzitanische ebenso wenig eine "kleine" Sprache wie das Katalanische, eine beträchtliche Ausweitung der kommunikativen Funktionen ist daher nicht undenkbar, der Weg dorthin wäre jedoch lang, dornig und würde ein erhebliches politisches Beharrungsvermögen voraussetzen. Inzwischen gibt es Sprachsoziologen, die

verbessern soll. Diese Initiative hat jedoch keine Nachahmer gefunden, möglicherweise ist sie nur aufgrund persönlicher Konstellationen zustande gekommen.

<sup>37</sup> Vgl. dazu: Média Pluriel Méditerranée, *Occitan. Pratiques et représentations dans la Région Languedoc-Roussillon*, Montpellier: Média Pluriel, 1991 und 1992 (2 Bände); id., *Catalan. Pratiques et représentations dans les Pyrénées Orientales*, Montpellier: Média Pluriel, 1993, sowie die Analyse von Etienne Hammel / Philippe Gardy, 1994. *L'occitan en Languedoc-Roussillon 1991*, Perpignan / Perpinyà: El Trabucaire. 1995 hat ein Kolloquium über die Ergebnisse dieser ähnlicher Arbeiten in Montpellier stattgefunden, dessen Resultate in eine neuerliche Umfrage von Languedoc-Roussillon einfließen sollen. Inzwischen hat auch das Département Pyrénées Atlantiques ähnliche Umfragen für das Baskische und das Okzitanische vorgelegt, eine weitere der Region Aquitaine ist (noch?) nicht veröffentlicht worden.

sich Gedanken über die Rolle des Okzitanischen in dem Moment machen, in dem es nur noch über eine geringe Zahl von Primärsprechern verfügt, und mithin die generationelle Weitergabe, die heute schon stark beeinträchtigt ist, völlig zum Verschwinden gekommen ist<sup>38</sup>.

2.4. Die *Kanalinseln*<sup>39</sup>. Wie man weiß, gehören die Kanalinseln, also Jersey, Guernsey, Alderney und Sark, nicht zum Vereinigten Königreich, sondern sind direkt von der Krone abhängig. Diese Inseln, die heute zusammen ca. 145.000 Einwohner zählen, sprachen seit der normanischen Eroberung eine anglo-normannische Varietät des Französischen und verwendeten lange Zeit das Französische als Schriftsprache. Noch heute sind Englisch und Französisch kooffizielle Sprachen. Aber es gibt nur noch relativ wenige, gewöhnlich ältere Personen, welche das Französische beherrschen und es mitunter auch verwenden. Eine der Volkshochschulen bietet einen Kurs in Anglonormannisch an. Der einzige Bereich, in dem sich das Französische heute noch halten kann, ist der des Grundstücksmarktes, da die örtlichen Anwälte und Notare sich auf diese Weise die Konkurrenz der Kollegen von den Britischen Inseln vom Halse schaffen können. Es ist bekannt, daß noch im vorigen Jahrhundert das Französische (in beiden Varietäten) das übliche Verständigungsmittel auf den Inseln war; Englisch war mehr oder weniger eine Fremdsprache. Heute scheint mir, daß ohne (nicht zu erwartende) grundlegende Veränderungen in den Kommunikationsbedingungen das Französische bereits in naher Zukunft keine gesprochene Sprache mehr sein wird. Das Fehlen jeglicher sprachbewahrender Politik läßt unter den heutigen Kommunikationsbedingungen Minderheiten binnen weniger Generationen völlig verschwinden, wenn dem nicht gewichtige andere Motivationen entgegenstehen.

<sup>38</sup> Vgl. Georg Kremnitz, 1995. "Literarische und gesprochene Sprache im Okzitanischen. Betrachtungen zur Vergangenheit und Fragen an die Zukunft", in: id., *Sprachen in Gesellschaften*, Wien: Braumüller, 174-181 (zuerst veröffentlicht 1992), und Philippe Gardy, 1996. *L'écriture occitane contemporaine. Une quête des mots*. Paris: L'Harmattan, vor allem im ersten Teil.

<sup>39</sup> Die meisten aktuellen Informationen über die Kanalinseln verdanke ich Herrn DDr. Hellmut Löscher, der im Sommer 1997 eine erste "Ortsbesichtigung" vorgenommen hat. Vgl. auch Eric Marie, 1995. "Quel avenir pour la langue normande dans les îles anglo-normandes?", in: *Langues d'oil transfrontalières. Actes du colloque organisé à Nivelles les 30 et 31 octobre 1993*, Bruxelles: MicRomania, 63-68.

## 3. Schlußfolgerungen

Ohne bewahrende und fördernde Sprachpolitik haben die Sprachen von Minderheiten in den heutigen entwickelten Gesellschaften, zum Beispiel in denen Westeuropas, keinerlei Aussichten, sich auf längere Sicht zu halten, denn es genügt für die soziale Fortexistenz einer Sprache nicht, in "residuellen Winkeln" ohne wirkliche kommunikative Bedeutung zu überdauern. Aber auch die Existenz einer solchen Politik scheint nicht notwendig zu genügen. Die *Zukunft* dieser Sprachen hängt in erster Linie davon ab, ob und in welchem Maße sie alle - oder möglichst viele - Bereiche der modernen Kommunikation abdecken können, und zwar sowohl im Hinblick auf die Kommunikationsmedien (Presse, Rundfunk, Fernsehen, aber auch die modernen elektronischen Medien<sup>40</sup>) als auch in Bezug auf die Pragmatik und - nicht zuletzt - auf die Inhalte. Das bedeutet unter anderem, daß eine wirkliche *Normalisierung* von einer funktionierenden *Normativierung* abhängt: der konsensuellen Existenz einer referentiellen Sprachform für ein Sprachgebiet, der Existenz der Werke, die zu ihrer Verbreitung in der betroffenen Gesellschaft notwendig sind (Grammatiken, Wörterbücher usw.), und schließlich dem Personal, das diese Sprachform benützt und in der Gesellschaft propagiert. Sicher sind der symbolische Wert und Gebrauch einer Sprache wichtige Elemente ihrer Bewahrung, aber sie genügen nicht. Darüber hinaus müssen diese Sprachen neue kommunikative Funktionen bekommen (wenn sie sie nicht schon besitzen), d.h. Gelegenheiten, Anlässe sie zu verwenden. Unglücklicherweise stoßen voluntaristische sprachpolitische Modelle an dieser Stelle relativ rasch an ihre Grenzen: der kommunikative "Wert"<sup>41</sup> einer Sprache läßt sich nur bis zu einem gewissen Grade positiv beeinflussen, und auch das nur während einer gewissen Zeit und in einem bestimmten Territorium. Setzt eine Sprachpolitik ihre Ziele zu hoch und ohne Augenmaß an, dann kann gerade das zu ihrem Scheitern beitragen. In diesem Zusammenhang kann die weitgehende Erfolglosigkeit der irischen Sprachpolitik ein Beispiel sein. Der Versuch, das Gaelische zur (möglichst

<sup>40</sup> In denen zunächst das (amerikanische) Englische seine Position sprachlich wie inhaltlich erheblich verstärkt.

<sup>41</sup> Vgl. Ferruccio Rossi-Landi, 1968. *Il linguaggio come lavoro e come mercato*, Milano: Bompiani, Robert Lafont, 1978. *Le travail et la langue*, Paris: Flammarion, (deutsch: *Sprache als Arbeit*, Wien: Braumüller, 1992); Pierre Bourdieu, 1977. "L'économie des échanges linguistiques", *Langue Française*, no.34, 17-34; id., 1982. *Ce que parler veut dire. L'économie des échanges linguistiques*, Paris: Fayard, (deutsch: *Was heißt sprechen?*, Wien: Braumüller, 1990); Jesús Royo, 1991. *Una llengua és un mercat*, Barcelona: Ed. 62.

ersten) offiziellen Sprache zu machen, scheiterte zum einen an der wenig geschickten Verbreitungspolitik, welche zu meinen schien, Gesetze allein genügen zur Veränderung sozialen Verhaltens, am Fehlen attraktiver Multiplikatoren<sup>42</sup>, vor allem jedoch an der fortdauernden Notwendigkeit zur Emigration für sehr viele Iren, wenn sie Arbeit finden wollten. In den Aufnahmeländern (vor allem Großbritannien und die USA) hatte das Irische keinerlei funktionale Nützlichkeit (und seine symbolische Bedeutung konnte nur in geringem Maße belebt werden - eben aufgrund der damit verbundenen gesellschaftlichen und kulturellen Konnotationen). Eine entschlossene Sprachpolitik hätte sich mit größter Energie der Schaffung von Arbeitsplätzen *im Lande* zuwenden müssen; vielleicht wären die Resultate dann günstiger geworden.

Sollen Minderheitensprachen als Kommunikationsmittel überleben - was mir aus sprachökologischen Gründen wichtig scheint -, so bedarf es dazu vermutlich der parallelen Existenz wichtiger kommunikativer Funktionen und eines starken kollektiven Bewußtseins. Voluntarische Sprachpolitik kann in beiden Bereichen eingreifen, da beide gegenseitig aufeinander einwirken (und man in beiden schrittweise vorgehen muß, vom Niveau, das eines bestimmten Moments erreicht ist, das nächste anstrebt); ungenaue Analysen der Ist-Situationen können jedoch ebenso leicht zu einer kontraproduktiven Politik führen wie Unklarheit über die Zielvorstellungen überhaupt und über ihre relative Hierarchie. In diesem Sinne kann eine Typologie sprachpolitischer Situationen eine praktische Bedeutung bekommen.

Wien, 27.I.1998

<sup>42</sup> Sicher auch an einer repressiven Kulturpolitik, welche vom reaktionärsten Teil der katholischen Kirche bestimmt wurde und Irland zu einem der Staaten mit sehr restriktiver Zensur werden ließ, vgl. Kieran Woodman, 1985. *Media Control in Ireland 1923-1983*, Southern Illinois Univ. Press; Julia Carlson, 1990. *Banned in Ireland: Censorship and the Irish Writer*, London: Routledge.

## Sprachpolitik in Katalonien: Über die Probleme mit einer erfolgreichen Strategie

Ute HEINEMANN, Frankfurt am Main

Vergleicht man die Situation der Sprachen im heutigen Spanien mit der in anderen Ländern Europas, so zeigt sich zunächst ein sehr positives Bild. Es handelt sich um einen der wenigen europäischen Staaten mit Sprechern verschiedener Muttersprachen, in dem fast alle diese Sprachen auch Amtssprachen sind.<sup>1</sup> Katalonien, d.h. der *Principat de Catalunya*, gilt zudem als das Gebiet, in dem in den letzten Jahren stärker als in jedem anderen Sprachgebiet Westeuropas eine stark voluntaristische Sprachpolitik umgesetzt wurde, die auch zu großen Erfolgen geführt hat.<sup>2</sup> Im Folgenden wird einerseits skizziert, aus welchen Schritten diese Sprachpolitik besteht und worin ihre Erfolge begründet sind, und andererseits auf die alten und neuen Konflikte hingewiesen, die die Kontaktsituation zwischen Katalanisch und Spanisch mit sich bringt. Dabei soll auch die Frage gestellt werden, inwieweit der Konflikt durch den Erfolg dieser pro-katalanischen Sprachpolitik und das Wiedererstarken des Katalanischen entschärft oder zugespitzt wurde.

Die Maßnahmen zur Unterdrückung des Katalanischen während des Franco-Regimes und ihre Folgen sind hinlänglich bekannt und sollen daher nicht mehr im einzelnen erörtert werden.<sup>3</sup> Wichtig ist jedoch, darauf hinzuweisen, daß bereits während dieser Phase der Repression die Grundlagen für die heute zu konstatierende Wiedergewinnung der Sprache gelegt wurden. Katala-

<sup>1</sup> Vgl. die Tabelle bei Haarmann 1993:95-100. Laut Bochmann 1989:139 beträgt in Spanien die Zahl derjenigen, deren Muttersprache nicht Kastilisch ist, 44%. Nicht offiziell sind bspw. die Zigeunersprachen oder das Aranesische.

<sup>2</sup> Unter "Katalonien" wird hier der *Principat de Catalunya* verstanden. Auf diesen beziehe ich mich auch in meinen folgenden Ausführungen, die übrigen katalanischen Sprachgebiete innerhalb der spanischen Staatsgrenzen - *País Valencià* und *Illes Balears* - unterscheiden sich davon in Bezug auf ihre Sprachsituation und Sprachpolitik grundlegend und müßten in einem eigenen Aufsatz behandelt werden. Siehe dazu die entsprechenden Beiträge in Alemany Ferrer, Hg., 1988 sowie Koppelberg 1991.

<sup>3</sup> Zur Vertiefung siehe u.a. Benet 1979, Ferrer i Gironès 1985, Kremnitz 1990, Boix / Payrató / Vila, Hg., 1997.

nische Soziolinguisten erarbeiteten Ende der 60er Jahre das Konzept der "sprachlichen Normalisierung" (*Normalització lingüística*). Dieses beruht auf der Annahme, daß ein Sprachkonflikt nicht von Dauer sein kann, sondern früher oder später mit dem Verschwinden einer der beiden Sprachen enden wird. Aus der Sicht der autochthonen Sprache stellt sich dies als "Substitution" versus "Normalisierung" (*substitució vs. normalització*) dar. Ersteres bedeutet die Durchsetzung der dominanten und das völlige Verschwinden der autochthonen Sprache. Unter "Normalisierung" dagegen versteht man das Vordringen der autochthonen Sprache in alle gesellschaftlich relevanten Bereiche und damit letztendlich die Verdrängung der bis dahin dominanten Sprache, in diesem Falle des Kastilischen.<sup>4</sup> Auf diesem Konzept gründeten die Maßnahmen zur Wiedergewinnung der katalanischen Sprache, die in Katalonien nach dem Tod Francos eingeleitet wurden.

Die Umsetzung einer selbstbestimmten katalanischen Sprachpolitik wurde erst dadurch möglich, daß Spanien nach dem Ende der Diktatur eine grundlegende politische Neuordnung erfuhr. Der bis dahin stark zentralistisch organisierte Staat wurde in 17 autonome Gemeinschaften gegliedert, die über eigene regionale Regierungen verfügen.<sup>5</sup> Deren Kompetenzen gehen allerdings unterschiedlich weit. So haben jene historisch gewachsenen Regionen, die aufgrund ihrer geschichtlichen und kulturellen Besonderheiten im Laufe der Jahrhunderte und Jahrzehnte immer mehr Eigenständigkeit verlangt hatten, heute mehr Kompetenzen als jene, die über ein weniger ausgeprägtes regionales bzw. nationales Bewußtsein verfügen. Die katalanischen Sprachgebiete und insbesondere Katalonien gehören neben dem Baskenland zu den selbst- und nationalbewußtesten Gebieten Spaniens. Katalonien hat seit der demokratischen Neugestaltung des Staates mit der *Generalitat de Catalunya* eine eigene Regierung. Sie wird seit den Anfängen von der bürgerlich-konservativen Partei *Convergència i Unió* unter Vorsitz von Jordi Pujol gebildet.

Den Rahmen für die Umsetzung der sprachlichen Normalisierung steckten jedoch zunächst nicht die katalanischen Gesetze, sondern die spanische Verfassung von 1978. Sie legt fest, daß das Kastilische offizielle Sprache in ganz Spanien ist, erlegt allen Staatsbürgern die Pflicht auf, es zu kennen und gibt ihnen das Recht, es zu sprechen. Diese Vorgabe wird allerdings von vielen

<sup>4</sup> Zur "sprachlichen Normalisierung" siehe Aracil 1966, Ninyoles<sup>2</sup> 1978 und 1971 sowie die deutschen Übersetzungen einiger Texte zur katalanischen Soziolinguistik in Kremnitz, Hg., 1979.

<sup>5</sup> Nähere Informationen bei Nohlen / González Encinar, Hg., 1992.

Katalanen als zu eng angesehen. Insbesondere die Festlegung eines asymmetrischen Bilinguismus, der nur die Katalanischsprecher, nicht aber die Kastilischsprecher<sup>6</sup> zur Zweisprachigkeit verpflichtet, ist hier auf massive Kritik gestoßen. Denn als Folge dieser Bestimmung hat ein Kastilischsprecher das Recht, in Katalonien zu leben, ohne die autochthone Sprache zu sprechen, wohingegen Katalanischsprecher nie darauf bestehen können, in ihrer Muttersprache angesprochen zu werden.

Aber nicht nur an dieser Sonderstellung des Kastilischen wurde auf katalanischer Seite Anstoß genommen. Auch die Tatsache, daß die "anderen" Sprachen im Verfassungstext nicht namentlich verankert wurden<sup>7</sup> und daß es den katalanischen Sprachgebieten untersagt wurde, eine gemeinsame Politik und damit auch eine gemeinsame Sprachpolitik zu betreiben, wurde bemängelt. Die katalanischen Gesetzestexte versuchten nun, den verbleibenden Spielraum weitestmöglich auszunutzen.<sup>8</sup> Dies sind vor allem das katalanische Autonomiestatut (*Estatut d'Autonomia*) vom Dezember 1979 und das im April 1983 verabschiedete "Gesetz zur sprachlichen Normalisierung" (*Llei de la normalització lingüística*).<sup>9</sup>

Im Autonomiestatut wird die Vorrangstellung des Katalanischen vor dem Kastilischen insbesondere dadurch manifestiert, daß es als die einzige "eigene" Sprache (*llengua pròpia*) Kataloniens bezeichnet wird. Damit wird die Basis für eine besondere Förderung, d.h. eine "positive Diskriminierung" des Katalanischen als nationaler Sprache geschaffen. Der katalanischen Landesregierung wurde die Aufgabe übertragen, für die Verbreitung und Gleichstellung beider Sprachen zu sorgen. Zu diesem Zweck wurde 1980 die *Direcció General de*

<sup>6</sup> Aufgrund der Ungenauigkeit von Bezeichnungen wie "Spanier" und "Katalanen" verwende ich hier weitgehend die Unterscheidung in "Kastilischsprecher" und "Katalanischsprecher". Diese entbehrt nicht einer gewissen Einseitigkeit, denn sie nimmt eine deutlich katalanische Perspektive ein: die Spanier außerhalb Kataloniens würden sich selbst sicherlich nicht vorrangig als "Kastilischsprecher" definieren. Jedoch ist das Kriterium der Sprache nicht nur in Katalonien zentral, sondern auch im vorgegebenen Kontext weitaus sinnvoller als regionale Zugehörigkeit, Geburtsort o.ä. Die Bezeichnungen "spanisch" und "kastilisch" werden hier synonym gebraucht.

<sup>7</sup> In der Verfassung werden sie als "die übrigen spanischen Sprachen" (*las demás lenguas españolas*) bezeichnet.

<sup>8</sup> Zur Geschichte der Sprachpolitik in Katalonien, den Maßnahmen der katalanischen Institutionen seit 1975 und der Normalisierungskampagne siehe Moll 1988, Reixach 1988, Barrera i Vidal 1996.

<sup>9</sup> Eine Novellierung dieses Gesetzes ist momentan in Arbeit und steht unmittelbar vor ihrer Verabschiedung.

*Política Lingüística* gegründet, die zahlreiche Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die aktiven Gebrauch der katalanischen Sprache initiierte. Sie legte Anfang der 80er Jahre das Gesetz zur sprachlichen Normalisierung vor, das die rechtliche Grundlage für die Durchsetzung des Katalanischen in allen Domänen schuf, wobei besonderes Gewicht auf seine Einführung in den Medien und als Unterrichtssprache in Schulen gelegt wurde.

Diese Initiativen konnten relativ schnell erste Erfolge verzeichnen. Sie stießen u.a. deshalb auf fruchtbaren Boden, weil das Sprachbewußtsein der Bevölkerung in Katalonien deutlich zugunsten des Katalanischen ausgebildet war.<sup>10</sup> Die autochthone Sprache war trotz der 40jährigen Repression nie ganz aufgegeben worden und hatte sich ein hohes Prestige erhalten.

Als Folge der pro-katalanischen Sprachpolitik ist die katalanische Sprachkompetenz in den letzten Jahren sowohl auf Seiten der katalanischen wie auf Seiten kastilischer Muttersprachler kontinuierlich gestiegen: Nach einer Erhebung im Jahr 1991 gaben 93,8% der Bevölkerung Kataloniens an, Katalanisch zu verstehen, im Jahr 1986 waren es erst 90,6% gewesen. Katalanisch sprechen konnten diesen Angaben zufolge im Jahr 1991 68,3% (1986: 64,2%). Die Zahl derjenigen, die Katalanisch lesen können lagen mit 67,6% (1986: 60,7%) in ähnlicher Höhe, die Schreibkompetenz lag bei 39,9% (1986: 31,6%). Und schließlich gaben 1991 nur noch 6,2% der Bevölkerung an, Katalanisch gar nicht zu verstehen, während es 1986 noch 9,4% gewesen waren.<sup>11</sup> Dabei muß man insbesondere in der Gruppe derjenigen, die Katalanisch lesen und schreiben können, berücksichtigen, daß gerade die älteren Generationen, die noch vor dem Bürgerkrieg eine Schule besuchen konnten, Fähigkeiten in diesen Bereichen hatten. Daß sie nun nach und nach sterben, mindert den Prozentsatz in diesen Kategorien und es wird verschleiert, daß andererseits in den jüngeren Generationen große Fortschritte erzielt worden sind. Denn unter den kastilischen Muttersprachlern finden sich gerade in der Gruppe der 15- bis 19jährigen diejenigen mit den besten Katalanischkenntnissen.<sup>12</sup>

<sup>10</sup> Siehe dazu Kremnitz 1989.

<sup>11</sup> Die Ergebnisse dieser Erhebung sind veröffentlicht in *Avui*, 4. 5. 1993, S. 39.

Zahlen über den Sprachgebrauch des Katalanischen in den gesamten katalanischen Ländern von 1930 bis 1986 finden sich in Vallverdú 1990:130-131. Tendenzen nach 1991 sowie ein detaillierteres Eingehen auf Sprachkompetenz und Einstellungen der Sprecher in Vallverdú 1995. Weitere Details zum Sprachverhalten bei Subirats 1992:37-48.

<sup>12</sup> Boix 1993:127.

Die genannten Zahlen zur Sprachkenntnis sagen ihrerseits jedoch relativ wenig über den Grad der jeweiligen Kompetenz aus sowie auch darüber, welcher Sprechergruppe die Befragten sich zugehörig fühlen. Darum gilt es, parallel dazu eine andere Statistik zu betrachten, die fragt, welche der beiden Sprachen von den Sprechern als ihre Hauptsprache angesehen wird.<sup>13</sup> Im Jahr 1990 betrug im Großraum Barcelona die Zahl derjenigen, die bei dieser Frage das Katalanische angaben, 36%. Betrachtet man nur das eigentliche Stadtgebiet, so halten sich diejenigen, die Katalanisch und diejenigen, die Kastilisch als ihre Hauptsprache ansehen, die Waage.<sup>14</sup> Jedoch wird in einem Vergleich zwischen den Jahren 1985/86 und 1990 deutlich, daß sich der Anteil der Zweisprachigen stetig auf Kosten der einsprachig Kastilischsprechenden erhöht: Der Prozentsatz der Zweisprachigen, d.h. derjenigen, die beide Sprachen als Hauptsprachen angeben, stieg in diesem Zeitraum von 2,5% auf 10%, während der der Kastilischsprecher von 60,8% auf 54,5% sank. Die Zahl der Katalanischsprecher betrug gleichbleibend 34,2%.<sup>15</sup> Es ist also eine deutliche Tendenz zur Bilingualisierung bei gleichzeitiger Abnahme der Kastilischsprecher auszumachen.

Diese Fortschritte sind vor allem der konsequenten voluntaristischen Sprachpolitik von Seiten der katalanischen Landesregierung zu verdanken, die oft genug auch gegen den Widerstand von Kastilischsprechern oder von der Zentralregierung erfolgt, der bis zur Verfassungsklage gegen das Gesetz zur sprachlichen Normalisierung ging. Ein besonders wichtiger Baustein im Rahmen dieser Politik ist das Programm der *immersió lingüística*, nach dem insbesondere in Grundschulen mit einem sehr hohen Anteil kastilischsprachiger Kinder ausschließlich auf katalanisch unterrichtet wird. Die (freiwilligen) Immersionsprogramme sehen vor, daß Kinder mit kastilischer Muttersprache vom ersten

<sup>13</sup> Dabei geht es nicht darum, welche Sprache zuerst erlernt wurde, sondern welches die Sprache ist, mit der die Sprecher sich hauptsächlich identifizieren; die Interviewfrage lautete: «Quina és la seva llengua?» (Welches ist ihre Sprache?); vgl. Subirats 1992:38.

<sup>14</sup> Subirats 1992:38-39. Die Zahlen dieser Erhebung beziehen sich nur auf Personen die älter als 18 Jahre sind. Vermutlich wären die Ergebnisse für das Katalanische höher, wenn auch jüngere befragt worden wären.

<sup>15</sup> Subirats 1992:39. Nach dem Zahlenmaterial aus den Jahren 1985/86 schien außerdem der Rückgang der Katalanischsprecher in der Generation der 18-25jährigen erstmals seit dem Ende des Bürgerkrieges gestoppt (siehe Vallverdú 1990:132-133). Diese Tendenz hat sich jedoch nach der Erhebung von 1990 in der darauffolgenden Generation nicht bestätigt. Dies könnte aber auf ein demographisches Phänomen zurückzuführen sein, denn gerade in dieser Generation lag die Geburtenrate bei den Einwanderern sehr hoch, bei den autochthonen Katalanen dagegen niedrig. Vgl. Subirats 1992:39-40.

Schuljahr an auf katalanisch unterrichtet werden.<sup>16</sup> Erstmals angewendet im Schuljahr 1983/84 in 19 Schulen, kam es im Schuljahr 1992/93 bereits in mehr als 700 Schulen des Großraums Barcelona zum Einsatz.<sup>17</sup> Im Schuljahr 1989/1990 verwendeten 36% der Grundschulen Katalanisch als Unterrichtssprache und weitere 40% waren dabei, es als solche einzuführen. 24% unterrichteten in beiden Sprachen und bei nur 1% wurde Katalanisch gar nicht als Unterrichtssprache verwendet<sup>18</sup> - gleichwohl besteht natürlich auch hier die Pflicht, es als Fach zu unterrichten. Das Programm gründet auf der Erkenntnis, daß das Unterrichtswesen einer der wichtigsten Ansatzpunkte zur Durchführung der Normalisierung ist, und als solcher ist es auch im Gesetz zur sprachlichen Normalisierung aus dem Jahr 1983 verankert.

Besonders erwähnenswert ist dabei, daß die *immersió lingüística* in Katalonien auf die Initiative kastilischsprachiger, zugewanderter Eltern zurückgeht, die die Unterrichtung ihrer Kinder auf katalanisch verlangten, um damit die Chancen für deren beruflichen Werdegang zu verbessern. Einer Umfrage aus dem Jahr 1994 zufolge wünschen 98,6% der Einwohner Kataloniens, daß ihre Kinder in der Schule Katalanisch lernen. Schlüsselte man diese Zahl nach Sprechergruppen auf, zeigen sich dabei kaum Unterschiede: 99,4% der Katalanischsprecher und 98% der Kastilischsprecher sprechen sich dafür aus.<sup>19</sup>

Daß das Katalanische auch auf der Seite der Einwanderer als Zielsprache - wenn nicht für sie selbst, so doch für ihre Kinder - angesehen wird, zeigt, wie wichtig es im öffentlichen Leben und insbesondere für das berufliche Fortkommen ist. Denn neben diesen sprachpolitischen Maßnahmen, die auf einen veränderten Status des Katalanischen abzielten, spielt das Prestige der Sprache eine enorme Rolle. In Katalonien ist in den höheren Gesellschaftsschichten der Anteil der Katalanischsprecher auch heute noch deutlich größer als in den niedrigeren; die Zahl der Katalanischsprecher ist hier doppelt so hoch wie die der Kastilischsprecher.<sup>20</sup> Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, daß die Kastilischspre-

<sup>16</sup> Zum Konzept der sprachlichen Immersion siehe Genesee 1991.

<sup>17</sup> Travesset 1995.

<sup>18</sup> Boix / Payrató / Vila 1997:1299.

<sup>19</sup> Vgl. *Avui* vom 6. 2. 1994, S. 8. Diese Umfrage wurde durchgeführt, nachdem eine Gruppe kastilischsprachiger Eltern den Rechtsweg beschritten hatte, um durchzusetzen, daß ihre Kinder in Katalonien einsprachig auf kastilisch unterrichtet werden dürfen. Die Klage wurde abgewiesen und das Gesetz zur sprachlichen Normalisierung damit als verfassungskonform bestätigt. Vgl. dazu auch Arnau 1994. Zu den Einstellungen von Gegnern der Normalisierung siehe auch Boix 1996.

<sup>20</sup> Subirats 1992:40.

cher, die in den 60er Jahren zahlreich aus anderen Landesteilen nach Katalonien kamen, vor allem den unteren Gesellschaftsschichten angehörten. Zu einem sehr großen Teil haben sie sich bis heute nicht sprachlich assimiliert.<sup>21</sup> Erst die Kinder und Enkel dieser Einwanderer sind heute weitestgehend zweisprachig und wechseln meist ohne Vorbehalte zwischen beiden, je nachdem, welches Idiom in der jeweiligen Situation gefordert ist.<sup>22</sup> Die Gruppe der Zweisprachigen ist in allen Schichten etwa gleich groß, was bedeutet, daß es durchaus kein "Privileg" ist, beide Sprachen zu erlernen, sondern daß der Erwerb des Katalanischen allen Schichten zugänglich ist.

Trotz dieser positiven Entwicklung ist jedoch der historische Konflikt zwischen den beiden Sprechergruppen sowie auch zwischen Zentrum und Peripherie nicht beigelegt. In mancher Hinsicht scheint sich die Stimmung zwischen den beiden Gruppen sogar verschlechtert zu haben.

Der Konflikt zwischen Katalanisch- und Kastilischsprechern in Spanien verläuft vor allem auf zwei verschiedenen Ebenen. Einerseits besteht eine Konfrontation auf Staatsebene. Hier stellen die Kastilischsprecher nicht nur die Mehrheit dar, sondern ihre Muttersprache ist auch die einzige Staatssprache und genießt zudem das Prestige einer Weltsprache. Die Katalanischsprecher befinden sich ihnen gegenüber in der Minderheit und ihre Sprache erfährt nicht die staatliche Unterstützung, die sie für wünschenswert halten. In Katalonien steht diese Beziehung jedoch unter veränderten Vorzeichen. Die Katalanischsprecher bilden hier die Mehrheit und durch die "positive Diskriminierung" des Katalanischen sehen sich manche Kastilischsprecher benachteiligt. Auf beiden Seiten kann so die jeweils andere Sprache, je nachdem auf welcher Ebene man sie betrachtet, als Macht- und potentiell Unterdrückungselement angesehen werden. Beide Seiten versuchen dann, die eigene Machtposition zu festigen, indem sie u.a. ihre Sprache, das zentrale Symbol ihrer kulturellen Identität, stärken.

<sup>21</sup> Die Förderung dieser Einwanderung unter Franco muß als Mittel impliziter Sprachpolitik betrachtet werden, denn zusammen mit dem Verbot der Sprache sorgte sie dafür, daß das Katalanische weiter zurückgedrängt wurde. Daß die Zuwanderer hauptsächlich mittellose Landarbeiter waren und den ärmeren Schichten angehörten, nutzte der Staat außerdem dazu, die Klassengegensätze insofern zu instrumentalisieren, als Katalanisch zum Luxus des wohlhabenden Bürgertums hochstilisiert wurde.

<sup>22</sup> Vgl. Boix 1993, der das Sprachverhalten und die Einstellungen von Jugendlichen in Barcelona zu den beiden Sprachen untersucht.

Zudem ist die wirtschaftliche Kraft Kataloniens immer wieder ein Reibungspunkt, an dem sich Konflikte entzünden. Der relative Reichtum Kataloniens wird in anderen Landesteilen gelegentlich nicht ohne Neid betrachtet und es wird den Katalanen immer wieder Eigennutz vorgeworfen, wenn sie sich angeblich nicht genügend an der Finanzierung des Staatshaushaltes beteiligen oder Gelder zur Förderung der regionalen Wirtschaft und Kultur einsetzen.

Folglich werden auch die rechtlichen Grundlagen und die praktische Umsetzung der seit 1975 betriebenen Sprachpolitik je nach Blickwinkel sehr unterschiedlich interpretiert. Für viele, und zwar auf beiden Seiten, bedeuten die seit 1975 geschaffenen Gesetze Kompromisse, die an die Grenzen des Akzeptablen stoßen. Der katalanischen Regierung ist es gelungen, durch weitestmögliche Auslegung des gesetzlichen Rahmens einen relativ großen Freiraum für das Katalanische zu schaffen, so daß die heutige Situation als Beispiel dafür gelten kann, was mit der derzeitigen Verfassung bei günstigsten Voraussetzungen für die regionalen Sprachen möglich ist.<sup>23</sup> Vielen Katalanen geht dies aber nicht weit genug, zumal das Erreichte von Madrid aus immer wieder in Frage gestellt wird. Die Zentralregierung verhält sich oft noch immer so, als seien die in Katalonien durchgesetzten sprachlichen Veränderungen nicht Rechte, die den Sprechern laut Verfassung zustehen, sondern unverhältnismäßige Forderungen oder aber Zugeständnisse die man ihnen gewährt. Dementsprechend begegnen auch viele Spanier in anderen Landesteilen den Neuerungen mit Unverständnis oder Ablehnung.

Beim Gespräch mit Kastilischsprechern aus anderen Landesteilen kann man sogar den Eindruck gewinnen, daß der Unmut gegenüber den Katalanen in den letzten Jahren noch gewachsen ist. Die Vermutung liegt nahe, daß dies u.a. auf die Fortschritte bei der Wiedergewinnung katalanischer Sprache und Kultur, aber auch auf den gestiegenen Einfluß der Katalanen durch ihre Regierungsbeteiligung in Madrid zurückzuführen ist. Die sozialdemokratische Partei PSOE hatte in ihrer letzten Amtszeit unter Felipe González ihre absolute Mehrheit verloren und war auf die Unterstützung der nationalen katalanischen Regierungspartei CiU angewiesen. Nach dem Regierungswechsel 1996 konnte die konservative Volkspartei *Partido Popular* unter José María Aznar ebenfalls keine Regierung ohne die Zusammenarbeit mit CiU bilden. Im Zuge dessen mußten den Katalanen in den letzten Jahren von der Zentralregierung einige

<sup>23</sup> So Kremnitz in Bochmann u.a. 1993:449.

Zugeständnisse gemacht werden, die viele Spanier wiederum als zu weitgehend ansahen.

Daß diese Konfrontation zwischen Katalanisch- und Spanischsprechern bis heute fort dauert, liegt auch daran, daß die politische Neuordnung nach Franco angesichts der zentralistischen spanischen Tradition eine radikale Veränderung und den Bruch mit einer jahrhundertealten Geschichte bedeutete. Dieser Schritt aber war nur deshalb möglich, weil das Land sich am Ende der Diktatur in einer Ausnahmesituation befand und gleichzeitig die Autonomiebewegungen der Peripherien so stark geworden waren, daß sie massiven Druck auf den Zentralstaat ausüben konnten, denn eine Loslösung dieser Gebiete sollte auf jeden Fall verhindert werden. Auf diese Weise erzwangen die Peripherien bei der post-franquistischen politischen Neuordnung eine stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen als viele Spanier außerhalb dieser Gebiete und vor allem Vertreter des Zentralstaates zulassen wollten. Auf katalanischer Seite dagegen hatten sich viele mehr erhofft. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß man die Verfassung von 1978 auch als dreifache Negation lesen kann: die katalanischsprachigen Regionen dürfen keine gemeinsame (Sprach-)Politik betreiben, die regionalen Sprachen sind nicht offiziell, sondern nur kooffiziell und sie sind zudem mit ihren Positionen nicht namentlich und geographisch im Verfassungstext abgesichert.<sup>24</sup>

Das hier dargelegte Beispiel zeigt also, wie Spannungen zwischen "Minderheit" und "Mehrheit"<sup>25</sup> trotz oder gerade wegen einer erfolgreichen Sprachpolitik für die "Minderheitensprache" zunehmen können, bzw. sich schlicht verlagern. Während es früher die Katalanischsprecher waren, die sich, berechtigterweise, ungerecht behandelt fühlten, so meinen heute viele Kastilischsprecher, daß die Zugeständnisse an die Katalanen zu weit gingen und sie selbst in ihren Rechten angetastet würden.

Das Zusammenleben ist also nach wie vor von vielerlei Schwierigkeiten geprägt. Der gesetzliche und verfassungsmäßige Rahmen bietet die Möglichkeit, dieses Miteinander einigermaßen demokratisch und gleichberechtigt zu gestalten. Ob dies aber gelingt, wird die Zukunft erst noch zeigen müssen:

<sup>24</sup> So Kremnitz in Bochmann u.a. 1993:447-448.

<sup>25</sup> Katalanischsprecher bilden aufgrund ihrer relativ großen Zahl und ihrer Überzahl im eigenen Sprachgebiet keine klassische Minderheit; wenn der Begriff hier dennoch verwendet wird, so um die Beziehung auf Staatsebene zu verdeutlichen.

Erst wenn die Katalanen, Basken und Galizier im Bewußtsein der Kastilischsprachigen [...] keine eigenbrötlerischen Spinner mehr sind und wenn andererseits das Kastilische und die Kastilier von Basken und Katalanen nicht mehr als Träger der Unterdrückung und Entfremdung angesehen werden, wird man das Experiment als geglückt betrachten können.<sup>26</sup>

Daß man von einer solchen Akzeptanz heute noch ein gutes Stück entfernt zu sein scheint, liegt vor allem daran, daß das Katalanische, die katalanische Kultur, Sprache und Sprachgemeinschaft noch immer nicht als Teil einer pluri-kulturellen Realität im spanischen Staat, sondern weiterhin als Störfaktor angesehen werden. Die Katalanen gelten als Egoisten, die ihre wirtschaftliche und politische Macht ausnutzen, um sich Vorteile auf Kosten des restlichen Spaniens zu verschaffen.

So zeigt sich in Spanien deutlich, daß Sprachkonflikte immer Symptome für tieferliegende gesellschaftliche Konflikte sind. Auch wenn der Sprachkonflikt in Katalonien seit dem Ende der Diktatur deutlich entschärft wurde, bestehen die Rivalitäten und Antipathien zwischen Barcelona und Madrid - zwei Städte als Ausdruck zweier Mentalitäten und Kulturen - weiter. Dem spanischen Staat ist es bis heute noch nicht wirklich gelungen, seine Identität als sprachlich und kulturell heterogene Nation anzunehmen. Entgegen mancher Hoffnungen aus den 70er und 80er Jahren scheint es heute, als würde der Nationalstaat sich wieder verschließen, sich nicht nur gegen Zuwanderung von außen, sondern auch gegen die Vielfalt innerhalb seiner eigenen Grenzen weiter abschotten - und diese Tendenz findet sich bekanntermaßen durchaus nicht nur in Spanien.

Die pro-katalanische Sprachpolitik hat außergewöhnliche Fortschritte bei der Wiedergewinnung der autochthonen Sprache in Katalonien möglich gemacht. Die Konfrontation jedoch, die dem Sprachkonflikt zugrunde liegt, ist bis heute nicht gelöst. Hier sind beide Seiten gefordert. Katalonien hat die schwierige Aufgabe, sich innerhalb des Staatsverbandes sowie in den Grenzen seines eigenen Gebietes die eigene sprachliche und kulturelle Identität zu bewahren, ohne dabei jedoch die Anderssprachigen ganz auszugrenzen. Der Zentralstaat als ganzer aber, ebenso wie jeder einzelne Kastilischsprecher, müßte sich zu mehr Offenheit und Toleranz gegenüber seinen "anderen" Sprachen durchringen.<sup>27</sup>

<sup>26</sup> Kremnitz in Bochmann u.a. 1993:453-454.

<sup>27</sup> Zur Vertiefung dieser Problematik des Umgangs mit dem jeweils anderen siehe auch Heinemann im Druck.

## Literaturhinweise:

- Alemany Ferrer, Hg., 1988. *Els processos de normalització lingüística a l'Estat espanyol actual*, Benidorm / Alacant: Ayuntamiento de Benidorm.
- Aracil, Lluís V., 1966. "Un dilema valencià", in: *Identity Magazine*, 24, 17-29.
- Barrera i Vidal, Albert, 1996. "Observations amicales mais critiques sur l'actuelle politique linguistique en Catalogne", in: Marti, Roland, Hg., 1996. *Sprachenpolitik in Grenzregionen*. Saarbrücken: Saarbrücker Druckerei und Verlag, 163-182.
- Benet, Josep, 1979. *Catalunya sota el règim franquista*. Informe sobre la persecució de la llengua i la cultura de Catalunya pel règim del general Franco (1ª part), Barcelona: Blume [1973].
- Bochmann, Klaus, 1989. *Regional- und Nationalitätensprachen in Frankreich, Italien und Spanien*, Leipzig: Enzyklopädie.
- Bochmann, Klaus, u.a., 1993. *Sprachpolitik in der Romania*. Zur Geschichte sprachpolitischen Denkens und Handelns von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. Berlin / New York: de Gruyter.
- Boix, Emili, 1993. *Triar no és trair*. Identitat i llengua en els joves de Barcelona, Barcelona: Edicions 62.
- Boix, Emili / Payrató, Lluís / Vila, F. Xavier, 1997. "Espagnol - catalan", in: Goebel, Hans / Nelde, Peter H. / Sary, Zdeněk / Wölck, Wolfgang, Hgg., *Kontaktlinguistik*. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung, 2. Halbband, Berlin / New York: de Gruyter, 1296-1302.
- Ferrer i Gironès, Francesc, 1985. *La persecució política de la llengua catalana*. Història de les mesures preses contra el seu ús des de la Nova Planta fins avui, Barcelona: Edicions 62.
- Genesee, Fred, 1991. "Second Language Learning in School Settings: Lessons from Immersion", in: Reynolds, Allan G., Hgg., *Bilingualism, Multiculturalism, and Second Language Learning*. The McGill Conference in Honour of Wallace E. Lambert, Hillsdale/London: Lawrence Erlbaum Associates, 183-201.
- Heinemann, Ute, im Druck. *Schriftsteller als sprachliche Grenzgänger*. Literarische Verarbeitung von Mehrsprachigkeit, Sprachkontakt und Sprachkonflikt in Barcelona, Wien: Praesens.
- Koppelberg, Stephan, 1991. "Galegisch, Euskara und Katalanisch. Sprachen und Sprachpolitik im spanischen Staat", in: Bernecker, Walther L. / Oehrlein,

- Josef, Hgg., *Spanien heute*. Politik, Wirtschaft, Kultur, Frankfurt am Main: Vervuert, 387-426.
- Kremnitz, Georg, 1989. "Zur Rolle der Sprache bei der Konstitution des kollektiven Bewußtseins in den Katalanischen Ländern", in: *Semiotische Berichte*, 13, 4, 349-371.
- Kremnitz, Georg, 1990. "Wirkungsweisen repressiver Sprachpolitik, dargestellt am Beispiel der Franco-Zeit", in: *Zeitschrift für Katalanistik*, 3, 90-102.
- Kremnitz, Georg, Hg., 1979. *Sprachen im Konflikt*. Theorie und Praxis der katalanischen Soziolinguisten, Tübingen: Narr.
- Moll, Aina, 1988. "Les accions institucionals per a la normalització lingüística a Catalunya", in: Alemany Ferrer, Hg., 1988, 111-129.
- Ninyoles, Rafael Lluís, 1971. *Idioma i prejudici*, Palma de Mallorca: Moll.
- Ninyoles, Rafael Lluís, 1978. *Conflicte lingüístic valencià: substitució lingüística i ideologies diglòssiques*, València: L'Ham [1969].
- Nohlen, Dieter / González Encinar, José Juan, Hg., 1992. *Der Staat der autonomen Gemeinschaften in Spanien*, Opladen: Leske und Budrich, 9-43.
- Reixach, Modest, 1988. "Consideracions sobre la normalització lingüística a Catalunya", in: Alemany Ferrer, Hg., 1988, 131-152.
- Subirats, Marina, 1992. *Enquesta de la Regió Metropolitana de Barcelona 1990*. Condicions de vida i hàbits de població, vol. 4 de l'Informe General, Bellaterra: Institut d'Estudis Metropolitans.
- Travesset, Enric, 1995. *Normalització lingüística a Catalunya: entre l'optimisme i el pessimisme*, unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, gehalten auf dem XIII. Kolloquium der Deutsch-Katalanischen Gesellschaft vom 12.-14. Mai 1995 in Mannheim.
- Vallverdú, Francesc, 1990. *L'ús del català: Un futur controvertit*. Questions de normalització lingüística al llindar del segle XXI, Barcelona: Edicions 62.
- Vallverdú, Francesc, 1995. "Bilingüisme i normalització lingüística a Catalunya", in: Cichon, Peter / Ille, Karl / Tanzmeister, Robert, Hgg., *Lo Gai Saber*. Zum Umgang mit sprachlicher Vielfalt. Georg Kremnitz zum 50. Geburtstag, Wien: Braumüller, 105-114.

## L'Aquitaine et ses langues régionales : quelles pratiques institutionnelles?

Alain VIAUT, Bordeaux

L'Aquitaine antique correspondait à une réalité linguistique et culturelle spécifique délimitée en gros par les Pyrénées et le cours de la Garonne, différente de la Gaule celtique. Les peuples qui la composaient se mobilisèrent un temps contre le conquérant romain avant d'accepter la loi du vainqueur et de se laisser latiniser pour sa plus grande partie. Par la suite, l'Aquitaine recouvrit des territoires aux contours variables au gré des découpages administratifs, depuis la période de l'empire romain jusqu'à aboutir de nos jours, après une éclipse de quelques siècles, à la région administrative Aquitaine. Ayant Bordeaux pour capitale, celle-ci occupe la partie occidentale du quart sud-ouest de la France. Limitée au nord-ouest par l'estuaire de la Gironde et au sud par les Pyrénées et la frontière franco-espagnole, elle est confrontée à l'est par la région Midi-Pyrénées, au nord par la région Poitou-Charentes et au nord-est par celle du Limousin. Elle est peuplée d'environ deux millions sept cent mille habitants répartis sur les cinq départements suivants : Dordogne, Gironde, Landes, Lot-et-Garonne et Pyrénées-Atlantiques. Pas plus que les autres régions administratives françaises elle ne correspond à une réalité historico-culturelle. Elle est néanmoins concernée, avec les régions voisines de France et d'Espagne par des langues régionales qui sont le basque, l'occitan et le français d'oïl poitevin-saintongeais, dialecte du français ou langue en cours d'individuation pour certains de ses promoteurs.

Ainsi, le territoire de la langue basque est présent au sud-ouest de l'Aquitaine, il se prolonge d'ailleurs dans les communautés autonomes espagnoles d'Euskadi et de Navarre, ces trois régions formant d'ailleurs une euro-région. Le poitevin-saintongeais comme variante géographique d'oïl est principalement présent en Gironde dans les zones des Grande et Petite Gavacheries (cantons voisins du département de la Charente-Maritime et enclave située à l'est de l'Entre-Deux-Mers). A côté de ces deux entités linguistiques, l'occitan occupe la plus grande partie de l'Aquitaine à travers ses trois grandes variétés : le gascon d'abord et les complexus dialectaux nord-occitan (partie nord de la Dordogne) et occitan méridional (parties sud de la

Dordogne et nord-est du Lot-et-Garonne). On comprendra que toute pratique institutionnelle visant à intervenir sur ces langues ne peut se passer, à un moment ou à un autre, d'une concertation, ou tout au moins de références aux actions menées dans les collectivités territoriales voisines, françaises ou espagnoles, au moins en ce qui concerne le basque.

### Langues d'Aquitaine

Si nous choisissons d'évoquer globalement la situation des langues minoritaires propres à l'Aquitaine plutôt que celle plus précisément de l'occitan c'est essentiellement en raison du fait que des influences réciproques entre les pratiques développées pour l'occitan et le basque existent nécessairement, au moins que du fait de la commune gestion par les instances administratives concernées de ces deux langues, le poitevin-saintongeais n'apparaissant pas, de fait, à ce niveau jusqu'à présent. En choisissant de faire le point sur les pratiques institutionnelles en matière de langues régionales, occitane et basque, dans cette région, on aura tout d'abord voulu mettre l'accent sur le rôle d'organismes ou services dépendant de l'Etat comme de collectivités territoriales. Nous serons cependant amenés à tenir également compte de l'activité d'entités à gestion privée de type associatif qui, sans relever de l'administration nationale, régionale ou locale, s'exerce souvent en partenariat avec ces instances publiques.

Il est banal de dire que ces langues régionales sont dans une situation précaire et défavorable par rapport au français commun. En dehors même du fait qu'une diglossie, déjà ancienne, a débouché depuis plusieurs décennies sur une phase de substitution que seule une politique linguistique déterminée pourrait enrayer ou au moins ralentir, le manque de prestige et de loyauté attachés à l'occitan notamment a pu jouer contre lui. L'identification de cette langue n'est pas encore évidente et le désignant "béarnais", par exemple, dans le département des Pyrénées-Atlantiques représentait 45% des réponses dans l'enquête sociolinguistique *Pratiques et représentations de l'occitan*, réalisée dans ce département en 1994 à l'initiative du Conseil général. Si ce désignant peut être revêtu de quelque prestige par les personnes interrogées qui l'employèrent, il n'en demeure pas moins localiste. Il peut cependant être perçu comme le concurrent direct de "patois", utilisé par plus du quart des personnes interrogées lors de ce sondage. En comparaison, dans le département limitrophe des Hautes-Pyrénées, où le désignant identitaire de pays qu'est "Bigorre" est certainement moins valorisé que celui de "Béarn",

l'enquête sociolinguistique menée en 1995 à l'initiative du Conseil général indiquait que 80% des personnes consultées disaient "patois" pour désigner leur langue traditionnelle. Par rapport à cela, l'euskara est directement identifié sous le désignant "basque" par les personnes interrogées.

Ce que l'on sait des pratiques linguistiques en basque et en occitan dans cette région, toujours à travers les résultats d'enquêtes dont nous disposons et qui ne sont que partiels pour l'occitan, montre une différence sensible entre ces deux langues. Ainsi, la dernière enquête réalisée sur le basque en 1996 suggère qu'il y aurait 25,7% de bilingues basque-français en Pays basque nord. Par rapport à cela, l'enquête des Pyrénées-Atlantiques signalait que 14% des personnes interrogées disaient savoir bien parler. Quant aux attitudes des sondés à l'égard de ces langues, 40% d'entre eux dans les Pyrénées-Atlantiques disaient en 1994 être "assez ou très attachés" à l'occitan ; en Pays basque nord, les réponses à cette question (attitudes (très) favorables et favorables), tant dans l'enquête de 1991 que dans celle, récente, de 1996, donnent environ 50% de réponses positives.

#### Entendre les langues d'Aquitaine

L'évocation de la pratique et des attitudes face aux langues régionales implique la question de l'existence de ces langues comme codes vivants de communication, sachant que ceux-ci peuvent être réellement présents mais que la situation post-diglossique dont ils pâtissent ne doit pas laisser ignorer l'existence de potentialités à travers de nombreuses compétences en jachère. Les occasions traditionnelles d'entendre parler la langue - l'occitan plus que le basque - continuent de diminuer sans être suffisamment relayées par de nouveaux espaces d'audition tels que la radio ou la télévision. Seules, il est vrai, des radios locales privées en Pays basque (Gure Irratia, Irulegiko Irratia et Xiberoko Botza) et dans le sud du domaine gascon (Radio País qui émet au-delà du Béarn et du sud des Landes également en Bigorre et dans le Gers) offrent un son en langue régionale.

L'offre télévisuelle demeure symbolique pour l'occitan puisque seule la partie orientale de l'Aquitaine peut être couverte par l'émetteur de France 3 Sud qui diffuse un magazine hebdomadaire (75% du temps global d'antenne en occitan et 25% en catalan) de quarante-cinq minutes le dimanche à partir de 12 H. France 3 Aquitaine ne procède même pas à la rediffusion de cette émission. On mentionnera simplement que de l'automne 1991 à septembre 1992 FR3

Aquitaine avait rediffusé des séquences des émissions en occitan réalisées par France 3 Sud à raison de six minutes trente hebdomadaires. L'offre télévisuelle de basque a en revanche atteint un meilleur niveau depuis l'accord intervenu il y a un an entre Euskalnet S.A. qui dépend de la Communauté autonome basque, par l'intermédiaire du Syndicat intercommunal pour le soutien à la culture basque et la société de Télédiffusion de France (TDF) le 30 octobre 1995. L'installation des réémetteurs devait être effective à partir de janvier 1997, cela permettant la diffusion côté français de la chaîne publique en basque Euskal Telebista. Par rapport à cette offre prise en charge par les institutions publiques basques du sud, un journal quotidien d'information, en français surtout et en basque, de six minutes, France 3 Euskal Herri, rattaché à la station régionale France 3 Aquitaine de Bordeaux, est réalisé à Bayonne depuis la fin de l'année 1992<sup>1</sup>.

#### Le rôle de l'état<sup>2</sup>

En dehors de cette possibilité d'acquisition "contextuelle" de ces langues régionales, une offre d'apprentissage réglé provient principalement de l'Etat, ou est tout au moins coordonnée par lui, en vertu de la loi Deixonne du 11 janvier 1951 relative à l'enseignement des langues et dialectes locaux. La situation de l'enseignement des langues régionales dans l'académie de Bordeaux est une illustration de ce qui se passe en France dans ce domaine, sachant que la faiblesse de la demande s'explique au moins par le manque d'information, sans parler même de sensibilisation. L'inexistence de centres pilotes par exemple aussi est de nature à accentuer cette méconnaissance des possibilités offertes par un enseignement de la langue régionale à travers les différentes formules qui existent, depuis l'immersion en *ikastola* ou *calandreta* ou le bilinguisme dans le public jusqu'aux cours d'initiation. Sinon, comme ailleurs, la situation s'est néanmoins améliorée sur un plan qualitatif depuis la création

<sup>1</sup> pour plus de détails concernant l'histoire des émissions en occitan et en basque sur l'antenne aquitaine de FR3, cf. : Cheval, J. J. "Médias audiovisuels français et langues régionales minorisées". In : *Langues d'Aquitaine : dynamiques institutionnelles et patrimoine linguistique*, sous la direction de A. Viaut. Bordeaux : Editions de la Maison des Sciences de l'Homme d'Aquitaine, 1996, p. 197-242, ainsi que : Grosclaude, D. "La télévision en occitan : histoire d'un public sans service public". Ibidem, p. 243-257.

<sup>2</sup> Nous tenons à remercier M. J.M. Sarpoulet, chargé de mission d'inspection en langues régionales au rectorat de l'académie de Bordeaux, d'avoir bien voulu nous communiquer les chiffres qu'il a rassemblés sur l'enseignement des langues régionales auxquels nous nous référons dans le développement qui suit avec son accord.

en 1991 des CAPES de langue régionale. L'occitan bénéficie ainsi dans l'enseignement public en Aquitaine de douze professeurs certifiés avec seulement cinq certifiés sur postes définitifs, trois en Gironde, un en Lot-et-Garonne et un dans les Pyrénées-Atlantiques (chiffres de 1997). Seize professeurs certifiés exercent pour le basque dont six sur postes définitifs. Nous noterons que, en application des circulaires Savary de 1982 et Bayrou-Darcos de 1995, un enseignement bilingue dans le public a commencé à s'implanter avec huit sites pour l'occitan, trois en Lot-et-Garonne, quatre dans les Pyrénées-Atlantiques et un en Dordogne (chiffres de 1997) et trente-quatre (chiffres de 1995) pour le basque.

Afin de coordonner cette activité d'enseignement, il existe pour l'occitan un Chargé de mission d'inspection en langues régionales à temps plein auprès du recteur de l'académie de Bordeaux. Il existait également un demi-poste de même nature pour le basque mais ce dernier vient d'être supprimé, un mois après la rentrée scolaire de 1997. Nous noterons, par rapport à cela, l'existence de seize *ikastolas* (chiffres de 1995), écoles privées en basque pratiquant la méthode de l'immersion linguistique, et de quatre écoles du même type, des *calandretas*, pour l'occitan. Au-delà de l'évocation de ces quelques chiffres, on notera que l'offre d'enseignement demeure faible et le nombre d'élèves ayant reçu une initiation ou une formation en langue régionale reste globalement faible, avec toutefois une différence pour le basque qui attire plus que l'occitan, principalement en collège où six fois et demi plus d'élèves sont concernés par cette langue dans le département des Pyrénées-Atlantiques. On remarquera d'ailleurs que le nombre de candidats ayant choisi l'épreuve d'occitan au baccalauréat dans l'académie de Bordeaux, après avoir tourné autour de mille de 1971 à 1994, est subitement descendu à la moitié en 1997, avec toutefois une montée significative et nouvelle du nombre des candidats ayant choisi cette matière à l'oral obligatoire, de 146 en 1995 et 1996 à 185 en 1997. N'oublions pas, en outre, que la baisse des chiffres pour l'épreuve au baccalauréat est également due à la suppression des ateliers de pratique ainsi qu'à la baisse du coefficient de l'option facultative<sup>3</sup>. Il est non

<sup>3</sup> Nous reprenons ce que nous avons dit à ce sujet il y a un an et demi in "Gérer le plurilinguisme : regards croisés sur des réponses (France-Espagne)" (*Lengas*, 39 1996, p. 11-12) : "[...], le risque pris de faire considérer la langue régionale comme étrangère, avec la suppression des ateliers de pratique prévue à partir de la rentrée 1995, s'écarte du principe de sensibilisation de l'élève, qui est un pendant positif du caractère facultatif des activités dirigées ou d'éveil de la loi Deixonne (1951) et de la circulaire Savary (1982). Ce stade "intermédiaire", faisant en réalité fonction d'information diffuse en milieu scolaire,

moins vrai, et c'est une tendance générale en France, que l'intérêt affiché pour les langues régionales dans l'enseignement s'est diversifié, depuis le début des années 1970, en se cantonnant moins au deuxième degré des lycées. Nous relèverons que l'offre d'enseignement est réelle même s'il faut la relativiser. Il apparaît, par exemple, qu'environ 13,5% des collèges et 41% des lycées de l'académie de Bordeaux proposent un enseignement d'occitan (chiffres de 1997). S'il apparaît bien sûr que le nombre d'enseignants est très bas, 0,27% pour l'occitan en 1997 dans le deuxième degré, chiffre passant à 0,40% en ajoutant les enseignants de basque, il est également évident que le nombre d'élèves concernés par les langues occitane et basque confondues, est encore très faible puisqu'il ne représentait en 1996-97 qu'un total de 5,19% pour le premier degré, de 2% pour les collèges et de 1,4% pour les lycées, soit environ 16 000 élèves. Nous comprendrons après cela, même dans le cas du Pays basque nord, où la demande est plus forte et où il put y avoir une action plus volontaire et mieux organisée de la part du secteur public, que l'on ne puisse pas encore dire que l'enseignement contribue à une stabilisation ou à une remontée de la courbe de compétence active et passive de la langue propre au regard des résultats d'enquêtes sociolinguistiques qui, il est vrai, ne concernent que les tranches d'âge situées au-delà de 15 ans.

Nous compléterons ce tableau en évoquant la situation dans l'enseignement supérieur en signalant qu'il existe un cursus complet d'études, du Diplôme d'Etudes Universitaires Générales (DEUG) au troisième cycle pour le basque à Bordeaux-Bayonne, et un DEUG Lettres-occitan à Bordeaux et à Pau. L'encadrement en postes, satisfaisant à Pau pour l'occitan et à Bordeaux et Bayonne pour le basque demeure toutefois notoirement déficitaire pour l'occitan à Bordeaux. Enfin, L'Institut Universitaire de Formation des Maîtres (IUFM) de l'académie de Bordeaux n'assure aucune formation en langues régionales, basque ou occitane.

L'offre étatique existe également à un autre niveau, celui du ministère de la culture qui, conjointement au Conseil régional d'Aquitaine, au Conseil général des Pyrénées-Atlantiques et à un syndicat intercommunal pour le soutien à la culture basque, apporte sa quote-part de subvention à l'Institut Culturel Basque (ICB) créé en 1990. Parallèlement pourtant, la Direction

peut alors faire défaut. Or, il pouvait être aménagé en vue d'en améliorer l'adaptation à la réalité sociolinguistique des langues minoritaires françaises ; l'expérience de services académiques et de groupes d'enseignants pouvaient faciliter cette démarche".

Régionale des Affaires Culturelles (DRAC) en Aquitaine, au fait des questions de culture et de langue régionale comme membre de droit du conseil d'administration de l'ICB, refusa récemment de répondre favorablement à une demande d'aide à l'édition d'un dictionnaire occitan sous prétexte qu'en vertu du nouvel article 2 de la constitution<sup>4</sup> les aides du ministère de la culture devaient être réservées aux productions en langue française. Cette réponse, motivée par l'interprétation du ministère lui-même<sup>5</sup>, montre les limites de l'intervention de l'administration d'Etat en faveur des langues régionales. Interrogée sur une éventuelle inégalité de traitement entre le basque et l'occitan, la direction de la DRAC d'Aquitaine admettait que sa participation au financement de l'ICB était globale et non spécifiquement destinée à la langue à proprement parler<sup>6</sup>.

Plus ou moins directement, d'autres organes déconcentrés de l'administration d'Etat peuvent être amenés, en Aquitaine comme dans d'autres régions, à intervenir. De fait, les Directions Départementales de l'Équipement (DDE) répondent parfois à des demandes communales censées exprimer des attentes de la société civile en matière de signalisation routière ou de voirie municipale bilingues. Ces pratiques mettant en contact plusieurs types de partenaires, privés, associatifs, territoriaux (communes, départements) et administration et DDE, ont déjà produit des effets visibles en Pays basque, où le département des Pyrénées-Atlantiques s'est le plus engagé<sup>7</sup>, et commencent à poindre pour l'occitan dans le reste de la Région Aquitaine<sup>8</sup>.

#### Les collectivités territoriales

Les Conseils généraux peuvent ainsi être sollicités par des associations dans des actions de partenariat avec l'Etat comme c'est aussi le cas

<sup>4</sup> Cet article, depuis la loi constitutionnelle du 25 juin 1992, contient la mention suivante : "la langue de la République est le français".

<sup>5</sup> In : "Las ayudas deu ministèri de la cultura e l'article 2". *La Setmana*, n°111, 10/7/1997, p.3.

<sup>6</sup> Ibidem.

<sup>7</sup> Cf. les deux brochures diffusées par l'ICB : *Euskara agerian. La langue basque dans la vie publique : herrien izenak eta bide seinaleak : noms de communes et signalisation publique*. Ustaritz : Institut Culturel Basque, 1991 ; et : *Euskara agerian. La langue basque dans la vie publique : seinalakuntza zerbitzu publiko eta pribatueta : signalisation relative aux services publics et privés*. Ustaritz : Institut Culturel Basque, 1994.

<sup>8</sup> Cf. par exemple : "Panèus per las lanas". *La Setmana*, n° 111, 10/7/1997, p.4.

actuellement en Gironde à l'initiative du Comité girondin de la langue occitane et de la culture gasconne en vue de rendre bilingues occitan/français les panneaux d'entrées des agglomérations<sup>9</sup>. De façon plus engagée le département des Pyrénées-Atlantiques, après s'être engagé en faveur de la signalisation bilingue en Pays basque (cf. *supra*), vient également de décider de faire installer une signalisation bilingue occitan-français le long du sentier de grande randonnée (GR10) qui va de Hendaye à Port-Bou.

Cela s'est produit de façon plus significative encore durant les premières années de préfiguration de l'Institut Occitan (IO) de Pau. Cet institut, à vocation panoccitane, créé sous forme d'association en octobre 1996, allait toutefois dépendre en 1997, après avoir reçu un soutien de la part de l'Etat, de l'aide apportée par le Conseil général des Pyrénées-Atlantiques. Annonçant l'ouverture de plusieurs services, un centre de ressources, un service de la langue occitane, un observatoire de la langue occitane et un centre de rencontres, l'IO a pour mission de fournir les outils nécessaires à la création, à la communication, à l'enseignement, la diffusion et la valorisation de la langue et de la culture. Dans le cadre du soutien que lui a assuré le Conseil général, l'IO bénéficie de deux postes à temps complet, un de responsable scientifique et un de responsable de la communication. Cette aide représente une mise de fond destinée à être complétée par l'apport de l'Etat et d'autres collectivités territoriales pour une activité qui ne concerne pas seulement la partie occitane du département des Pyrénées-Atlantiques. En particulier, les différents Conseils régionaux concernés par la communauté linguistique occitane sont donc théoriquement attendus sur ce terrain. Nous nous trouvons placés devant le cas d'une institution qui est en position, dans ce domaine des langues régionales de France, de devoir dépasser ses propres limites géographiques et d'ouvrir à l'avenir un projet à d'autres partenaires territoriaux.

Au-delà de ce niveau départemental, celui de la Région - nous l'avons déjà évoqué au sujet de l'ICB - est également amené à intervenir. Intervenant de façon programmée en faveur de cet organisme, la Région Aquitaine répond plus ponctuellement à certaines demandes émanant du côté occitan. Globalement, pourtant, son Service de la promotion et de l'action culturelle dispose d'une ligne budgétaire intitulée "Traditions et cultures régionales" (2,3 M.F. en 1997), soit 3,4% du budget culture de la Région qui était de 67 M.F.

<sup>9</sup> Cf. "Panèus Gironda". *La Setmana*, n° 122, 2/10/1997, p.4.

pour cette année<sup>10</sup>. Par conséquent, c'est dans le cadre de cette ligne "Traditions et cultures régionales" que se placent les interventions de l'organisme régional en faveur des langues basque et occitane.

A l'intérieur de cette institution d'autres niveaux d'action existent. Du côté des élus, la Commission "Identité régionale, Traditions, Patrimoine, Vie quotidienne" a joué un rôle d'information des élus en faisant intervenir des spécialistes des langues régionales, essentiellement, en l'occurrence, pour l'occitan. Du côté de l'administration, trois instances paraissent également concernées. Le Centre Régional des Lettres (CRL) d'Aquitaine, institution rattachée au Conseil Régional, a pris l'habitude depuis sa création d'examiner les demandes d'aide à la publication concernant les langues régionales au sens large en demandant leur avis à des spécialistes de cette question, écrivains, enseignants, chercheurs, éditeurs, membres de la commission édition. Répondant encore à ce souci d'organisation, le CRL a par exemple publié en 1991 un *Catalogue des éditeurs occitans en Aquitaine*<sup>11</sup>.

Le Comité Consultatif Régional de la Recherche et du Développement Technologique (CCRRDT) a également à connaître les dossiers ayant trait à la recherche sur les questions touchant les langues basque et occitane. Il en va de même pour le fonds commun Aquitaine Euskadi Navarre pour le basque et l'occitan (cf. Programme "Las arts e las leis"). Nous signalerons le rôle que peut aussi être amené à jouer la nouvelle "Mission régionale d'aménagement et de protection de l'espace aquitain" à qui l'on doit la récente initiative d'une enquête téléphonique auprès de 1300 personnes sur les *Pratiques et représentations de la langue occitane dans la région Aquitaine*. Cette enquête, dont les résultats doivent être rendus publics prochainement, pourrait être le départ d'une politique linguistique planifiée à cette échelle.

Il conviendra, pour finir, d'évoquer les cas de communes qui se sont engagées dans des actions programmées en faveur des langues régionales. Nous retiendrons là, tout d'abord, l'action exemplaire du Syndicat Intercommunal pour le Soutien à la Culture Basque qui vit le jour en même temps que l'ICB

<sup>10</sup> Par rapport à cela, en 1996, la Région Languedoc-Roussillon, pionnier dans l'aide à l'occitan, sur un budget culturel global de 80 millions de francs, consacrait 8,5 millions de francs aux langues et cultures occitanes et catalanes, soit 10,6%.

<sup>11</sup> Centre Régional des Lettres d'Aquitaine. *Catalogue des éditeurs occitans en Aquitaine*. Bordeaux : CRL, 1991, 104 p.

en 1990. Une très grande majorité de communes basques font partie de ce syndicat, elles versent ainsi chacune une subvention équivalente à environ deux francs par habitant en faveur de la culture basque, soit donc destinée à l'ICB et complétant ainsi les apports qu'il reçoit de l'Etat et des autres collectivités territoriales. Cette implication exemplaire ne connaît pas d'équivalent en domaine occitan aquitain et ce n'est que de façon isolée que telle ou telle commune aide la langue d'oc à travers des aides ponctuelles versées à des associations locales. Le type d'aide régulière existe aussi, quoique plus rarement, et là nous retiendrons le cas de Pau qui subvient depuis 1981 au fonctionnement de l'Ostau biarnés, structure et bâtiment regroupant diverses associations s'occupant de langue et culture d'oc en Béarn et dans cette ville. En dehors de cela, nous ne devons pas oublier l'implication régulière assurée par les communes, tant des communautés linguistiques occitane que basque, dans l'enseignement primaire aux *calandretas*, *ikastolas* et sections bilingues de l'enseignement public.

#### Options

En bref, ces différents types d'action vont dans la direction d'un certain aménagement linguistique, ici favorable à des langues en perte de vitesse, en fait en danger de disparition. Dans tous les cas, directement ou indirectement, les collectivités territoriales sont donc amenées à intervenir dans ce domaine. En outre, nous remarquerons que les Régions sont attendues sur ce terrain par les Français si l'on en juge par les résultats du sondage IFOP réalisé en 1994 à l'initiative du Haut Conseil National des Langues Régionales de France où la moitié de l'échantillon estimait que la protection des langues minoritaires était d'abord l'affaire des Régions concernées.

Sachant que le niveau étatique demeure incontournable dans la mesure où les compétences essentielles en matière d'enseignement notamment relèvent de lui, qu'attendre par rapport à ce que nous venons d'évoquer, en particulier de collectivités territoriales telles que les régions, qui voudraient s'engager de façon plus consciente dans cette voie? A savoir dans celle d'une réelle planification linguistique<sup>12</sup>. La Région Aquitaine et certains des départements qui la composent - cela a déjà été mentionné - possèdent un début d'expérience dans la gestion de l'aide aux langues régionales. Leur

<sup>12</sup> En domaine occitan, il existe deux missions pour la langue et la culture occitanes dans les Régions Languedoc-Roussillon et Midi-Pyrénées.

participation aux destinées de l'Institut Culturel basque, la politique d'aide à l'édition en occitan et en basque développée par le Centre Régional des Lettres, l'expérience acquise par le CRRDT dans le traitement de dossiers de recherche universitaire touchant les langues régionales de l'Aquitaine, vont dans ce sens. Ces différents acquis, non négligeables, joints à une connaissance de plus en plus efficiente des personnes-ressources et du secteur associatif font probablement qu'il est temps de poser la question de la structuration de ces différents types d'interventions, les uns, il est vrai, plus ou moins suivis, les autres, plus ponctuels.

Sans chercher à entrer dans le détail des références techniques, nous pouvons dire que Région et départements, niveaux d'intervention que nous avons privilégiés dans cette approche, se trouvent placés face au choix d'entamer des processus décisionnels planifiés et contrôlés ou de continuer dans la voie peut-être plus pragmatique à certains égards mais aussi dépourvue d'outils conceptuels et techniques leur autorisant le bénéfice de la prévision. Prévision quant à la gestion des demandes présentes ou à venir, prévisions quant à une volonté politique - si celle-ci est intégrée par l'institution - de mettre en place une politique de protection et de promotion.

Pour cela, des modèles de dynamique décisionnelle existent évidemment. Sans entrer dans le détail et en sachant évidemment que seule la réalité peut continuer à les valider ou bien peut contribuer à les améliorer, nous retiendrons ici celui de J. Rubin dans sa version amendée par N. Labrie<sup>13</sup>. Cinq phases se succèdent comme suit : réalisations d'études, formulation de politiques, prise de décision, mise en oeuvre, évaluation, l'instance qui décide pouvant être distincte de celle qui formule les principes de politique linguistique ou de celle qui les met en oeuvre, et l'instance d'évaluation pouvant aussi intervenir au cours des phases précédentes. Toutefois l'instance qui décide doit assumer les dits principes ou leur mise en oeuvre par un autre organisme ; cela relève en fait de ses choix globaux en matière de politique linguistique et de sa stratégie planificatrice, soit de cette deuxième phase évoquée plus haut. Le fait, pour le Conseil régional d'Aquitaine, de tenir compte des langues régionales dans l'élaboration en cours de la *Charte régionale d'aménagement et de protection de l'espace aquitain* pourrait par exemple participer de cette deuxième phase. La place de la langue

<sup>13</sup> LABRIE, N. *La construction linguistique de la Communauté européenne*. Paris : Champion, 1993, p. 29-30.

comme élément autonome, objet d'une action spécifique, seule et/ou en relation avec le reste de la culture dite régionale relève de ce niveau d'analyse, d'autant plus que la langue, dans son aspect outil de création, pourra se situer à l'intérieur et à l'extérieur du contexte local. Si le travail d'inventaire et d'enquête, l'archivage et la "patrimonialisation" de la langue et de la culture régionale sont nécessaires, surtout quand ils n'existent encore qu'à peine, les matériaux qu'ils sont censés fournir sont aussi indispensables à la connaissance de ces langues qu'à leur protection et à leur rediffusion en tant qu'outil vivant, ou potentiellement tel, de communication et de création. Au-delà de cela, il s'agit bien entendu de songer à des procédures connues en matière de dynamisation de langues régionales minoritaires, soit donc les proposer à la société civile sous des formes actualisées.

Ces organismes en sont à ce moment à des phases de proposition et de discussion en vue de la formulation de politiques linguistiques posant, entre autres questions, celle de la coordination entre les différents niveaux administratifs et selon des modalités adaptées tenant compte des expériences acquises, pour le basque et l'occitan principalement. D'autres réalisations d'études, de type global, comme les sondages que nous venons d'évoquer, ou plus ponctuel, seraient évidemment utiles. Mais en attendant d'entrer dans la troisième phase, à moins que celle-ci n'intervienne rapidement, ce que nous pourrions nommer des initiatives normalisatrices, soit orientées, elles aussi, vers un but théorique de normalité d'usage des langues minorées, peuvent être prises à leur avantage. De fait, des initiatives orientées vers différents types de partenariat, Etat / Région, Région / départements, Région / Rectorat<sup>14</sup>, départements / Inspections Académiques, coordinations avec les nouveaux "pays" prévus par la loi n° 95-115 du 4 février 1995<sup>15</sup>. A noter, en liaison

<sup>14</sup> Ainsi que cela est prévu dans l'article 23 de la loi de décentralisation n°83-663 du 22/7/1983 et la circulaire Bayrou-Darcos n°95-086 du 7/4/1995 qui le rappelle, des conventions peuvent être signées entre la Région - ou d'autres collectivités d'ailleurs (départements, communes) - et l'Etat par l'intermédiaire d'un rectorat (ou d'une Inspection Académique au niveau d'un département). Ainsi, une convention fonctionne dans l'académie de Toulouse, entre le rectorat et la Région, depuis juillet 1994. Par ce biais, la Région Midi-Pyrénées contribue à l'amélioration de l'enseignement de l'occitan à l'intérieur de son aire administrative.

<sup>15</sup> Notons ainsi la création, en janvier 1997, du Pays "Pays Basque" dans le département des Pyrénées-Atlantiques, ainsi que le projet, en cours de discussion, de mise en place de celui de Béarn.

maintenant avec la création du pays "Pays Basque"<sup>16</sup>, l'expérience projetée d'un plan d'aménagement linguistique en faveur de l'euskara dans le cadre du Schéma d'aménagement et de développement du Pays Basque dont les conclusions ont été rendues publiques cette année<sup>17</sup> et qui résulte et annonce un partenariat entre l'Etat, la Région, le Conseil général, les autres collectivités territoriales et les représentants de la société civile.

Il ressort de cela qu'une structuration générale au niveau régional n'existe pas vraiment encore et que deux tendances pourraient, l'une et/ou l'autre, s'affirmer à l'avenir : celle de la délégation, c'est le cas de figure présenté par l'Institut Culturel Basque à Ustaritz et, quoique dans une configuration un peu différente, par l'Institut Occitan à Pau ; et celle de l'action propre que l'on pourrait sentir poindre à travers les initiatives de sondages sociolinguistiques prises par le Conseil général des Pyrénées-Atlantiques en 1994 ou par le Conseil régional d'Aquitaine en 1997. Dans le cas où une action propre s'affirmerait, celle-ci impliquerait-elle un traitement conjoint de l'occitan et du basque, tant d'ailleurs au niveau départemental actuel que régional, ou des modalités d'application du fait de la vitesse acquise par la formule de la délégation dans le cas du basque avec ICB qui fonctionne depuis déjà sept ans? Nous noterons enfin que la demande de la société civile

<sup>16</sup> Cf. Préfecture des Pyrénées-Atlantiques. Arrêté fixant le périmètre du pays "Pays Basque". Pau : 29/1/1997.

<sup>17</sup> Les quatre axes d'intervention mis en avant sont : l'enseignement du et en basque et l'alphabétisation des adultes ; la signalisation et la toponymie basques ; les médias bascophones ; la présence de la langue dans les services publics. Les documents où figurent les détails de ces propositions sont les suivants :

- Conseil de développement du Pays Basque. *Schéma d'Aménagement et de Développement du Pays Basque : Euskal Herriko Antolaketa eta Garapen Eskema. Orientations générales octobre 1996 : Norabide orokorrak 1996ko urria*. Bayonne : Conseil de développement du Pays Basque, 1997, p. 58-62.

- Conseil de développement du Pays Basque. *Schéma d'Aménagement et de Développement du Pays Basque : Euskal Herriko Antolaketa eta Garapen Eskema. Déclinaisons opérationnelles mars 1997 : Deklinabide eraginkorrak 1997ko martxoa*. Bayonne : Conseil de développement du Pays Basque, 1997, p. 23-26.

- Conseil de développement du Pays Basque. *Schéma d'Aménagement et de Développement du Pays Basque : Euskal Herriko Antolaketa eta Garapen Eskema. Cartes de synthèse : Karten bilduma*. Bayonne : Conseil de développement du Pays Basque, 1997, p. 23-26.

Il est à noter qu'il n'est pas fait référence dans ces documents, à ce stade de présentation du projet, de la langue occitane gasconne pourtant propre à une partie de l'ensemble administratif Pays Basque, soit au moins dans la zone maintenant urbaine de Bayonne-Anglet-Biarritz et dans le canton de Bidache.

souffre encore, en particulier du côté occitan - et nous rappelons que c'est aussi dû à la faiblesse de l'offre et de l'information - d'un manque de mobilisation et de structuration. Du côté basque, incontestablement, un effet d'entraînement venu du sud, où l'euskara est officiel, est utile pour travailler et où il constitue un élément fondamental de la cohésion socio-culturelle de la société, est propre à valoriser cette langue également côté français et à lui donner davantage d'atouts face à la modernité, contribuant ainsi à une perception plus dynamique en sa faveur que pour l'occitan.

novembre 1997

## Problemas político-lingüísticos en la Argentina contemporánea

Elvira ARNOUX y Roberto BEIN, Buenos Aires

### Abstract

Dieser Beitrag setzt sich mit gegenwärtigen sprachpolitischen Problemen Argentiniens auseinander und zeigt, wie die regionale Staatenunion Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) neue Entwicklungen bewirkt. Der Mercosur tritt in Konkurrenz zu einer von den USA beherrschten panamerikanischen Union auf; sprachpolitisch drückt sich dieser lateinamerikanisch-panamerikanische Identitätskonflikt in der Förderung des Portugiesischen oder des Englischen aus. Auch aufgrund der gegenwärtigen Schulreform, die Fremdsprachen in der 4., statt wie bisher in der 8. Klasse der öffentlichen Schulen einführt, stehen sich zwei Tendenzen gegenüber: Englisch als ausschließliche Fremdsprache oder "Plurilingualismus" (Etikett für verschiedenartige sprachpolitische Vorhaben). Bestimmungen der letzten Jahre über Indianersprachen sind kaum in Kraft getreten; die meisten Indianer sind bilingual. Die Integration hat auch Gesetzesvorschläge zur "Verteidigung" des Spanischen hervorgerufen, die zwar den englischen Einfluß bekämpfen wollen, in ihren Auswirkungen aber eher die Verbreitung des Portugiesischen beeinträchtigen würden. Neu ist auch das von Nichtlinguisten erfundene "neutrale Spanisch", eine "nicht argentinische", angeblich überregionale Varietät, für in andere spanischsprachige Länder exportierbare Fernsehserien und Filme.

Aus der Analyse der argentinischen (oder einer vergleichbaren) sprachpolitischen Situation folgt schließlich die Notwendigkeit der Hervorhebung oder Differenzierung einiger der üblichen Begriffe, wie Glottopolitik und gesellschaftliche Sprachvorstellungen, sowie auch die Notwendigkeit der Einbeziehung der Sprachpolitik anderer Länder in die Beurteilung.

### Introducción

Los temas de política lingüística que preocupan en la Argentina actual<sup>1</sup> se pueden agrupar en distintos órdenes -actitud respecto del portugués, de las lenguas extranjeras, de las lenguas amerindias y del español-, que si bien dependen del desarrollo de procesos históricos específicos, se ven afectados por tendencias mundiales que inciden en el espacio de las lenguas. Señalaremos a continuación los que nos parecen más representativos.

#### A. Problemas político-lingüísticos actuales

##### 1. Integración supraestatal y enseñanza de lenguas

La necesidad capitalista actual de crear integraciones regionales (supraestatales) ha dado lugar a la constitución, entre otras, del Mercosur, espacio económico formado por la Argentina, el Brasil, el Uruguay y el Paraguay, en el que posiblemente ingrese Chile, y luego, otros países de América del Sur. Igual que en el caso de la Unión Europea y el NAFTA, el Mercosur genera una nueva situación lingüística en sus países miembros. Sus cerca de 190 millones de habitantes se dividen en un 75 por ciento de lusófonos (los 145 millones de brasileños) y un 25 por ciento de castellanoparlantes (33 millones de argentinos, 3,5 millones de uruguayos y 4,5 millones de paraguayos). Casi todos los paraguayos son, además, bilingües castellano-guaraníes.

En el caso de los países castellanohablantes surge entonces la cuestión del lugar que ha de ocupar el aprendizaje del portugués y el del inglés. Es claro

<sup>1</sup> La Argentina, país de 35 millones de habitantes, es, en más de un noventa por ciento, de lengua materna castellana. Hay minorías indígenas generalmente bilingües -unos cien mil, sobre todo guaraníes, collas, mapuches, quechuas y aymaras-, y población biduallectal luso-castellana en la frontera con el Brasil. Varias comunidades de inmigrantes antiguos enseñan sus lenguas en escuelas privadas o en cursos extracurriculares: inglés, francés, alemán, italiano, idish (hoy día, más el hebreo), armenio, etc.; el inglés, el francés y, en pocos casos, el italiano, eran enseñados en la escuela secundaria pública hasta el año pasado. Ahora está en marcha una reforma escolar que incluye la enseñanza de lengua(s) extranjera(s) a partir del cuarto año de la escuela primaria; ha sido programada en varias provincias la enseñanza del inglés, en discusión con el portugués y el francés.

Unas pocas escuelas secundarias enseñan el latín, el cual forma parte, junto con el griego, de los planes de estudio de carreras humanísticas universitarias. Hay algunas comunidades de inmigrantes recientes, sobre todo del sudeste asiático; se estima que han llegado en los últimos veinte años unos treinta mil coreanos; la generación inmigrante habla poco castellano.

que el aprendizaje del portugués no es sólo una cuestión de utilidad instrumental para el fuerte intercambio comercial y las migraciones de trabajadores y profesionales entre el Brasil y la Argentina. En cambio, se trata sobre todo de la construcción de la identidad - latinoamericana o panamericana -, en la que el inglés no se reafirma por su carácter de lengua internacional sino que, en caso de impedir la enseñanza del portugués, asume el valor de símbolo de sumisión a la hegemonía de los Estados Unidos de América. Que esta tensión existe lo demuestran tanto los recientes esfuerzos, sobre todo brasileños, por consolidar el Mercosur e impedir la integración del Área de Libre Comercio de América (ALCA), como, en el terreno lingüístico, las manifestaciones de todos aquellos que intentan evitar que el único idioma extranjero enseñado en la escuela pública sea el inglés. En gran medida, la decisión dependerá, pues, del modelo de integración que elijan y puedan elegir los sectores dirigentes de la Argentina.<sup>2</sup> Con esto queremos decir que los procesos de integración se ven confrontados con problemas identitarios y hacen intervenir abundantemente aspectos ideológicos, los cuales influyen en las políticas lingüísticas.

Existen acuerdos intergubernamentales sobre la enseñanza del español en el Brasil y el portugués en los demás países; en el Brasil, especialmente en los Estados del sur y en grandes ciudades, como São Paulo y Rio de Janeiro, se ha multiplicado la enseñanza escolar del castellano. En nuestro país se ha declamado insistentemente la necesidad de la enseñanza del portugués, pero, comparándola con el avance en el campo de los intercambios económicos, su desarrollo ha sido muy escaso. Ha crecido el hasta ahora exiguo número de interesados en formarse como profesores de portugués, y ha habido, por ejemplo, en la provincia de Buenos Aires, declaraciones sobre la necesidad de la enseñanza del portugués en las escuelas, por ahora imposible de llevar a cabo por falta de docentes. Al mismo tiempo, esta cuestión de lenguas ha comenzado a debatirse en los medios masivos, aunque a menudo con las simplificaciones propias de estos debates.

<sup>2</sup> Los acomodamientos y las tensiones se manifiestan en el plano político y las fuerzas en pugna apelan a la memoria histórica tratando de apoyar ideológicamente ambos proyectos. Así, el presidente norteamericano Bill Clinton, en su visita a la Argentina del 16 al 18/10/97, consideró que la integración continental haría realidad el proyecto bolivariano. Con ello se apropió, desnaturalizándolo, del discurso sobre la unidad latinoamericana que remitía a las guerras de la Independencia y que había sido formulado, entre otros, por Simón Bolívar. Con ello intentó borrar el carácter latinoamericano del proyecto, que en diversas situaciones históricas incluso había acentuado su componente antinorteamericano.

Todas estas prácticas están atravesadas por representaciones sociolingüísticas contrapuestas. Si hasta hace pocos años el portugués era considerado un idioma "fácil", que se entendía sin necesidad de estudiarlo y era poco prestigioso frente al inglés, hoy día comienza a competir con este como lengua instrumental a la que se le adjudica potencialidad laboral en la situación de elevado desempleo.

## 2. Lenguas extranjeras<sup>3</sup>

Durante mucho tiempo, en la Argentina las lenguas extranjeras se caracterizaron por su relativa marginalidad en los planes de estudio, pero hoy constituyen el terreno en el que hay más polémicas sobre acciones político-lingüísticas concretas. La Unión Europea, por su parte, ha buscado intensificar las relaciones económicas con el Mercosur, para lo cual ha recurrido también a los vínculos culturales, haciendo intervenir la memoria de las distintas inmigraciones: española y portuguesa, en una primera etapa, italiana, francesa, alemana e inglesa, luego, y estimulando la enseñanza de lenguas extranjeras.

Aquí sólo nos ocuparemos de dos momentos de su tratamiento en el discurso oficial: el plan de estudios, con su fundamentación, elaborado en 1904 para la recién creada Escuela Normal del Profesorado en Lenguas Vivas - primera institución especializada en la formación de profesores de lenguas extranjeras-, y el que se desprende de los Contenidos Básicos Comunes (CBC) de 1994-95 elaborados para la reforma educativa en curso<sup>4</sup>, en el que se incluye por primera vez la enseñanza de lenguas extranjeras a partir del cuarto año de escolaridad (antes sólo en la escuela secundaria, que no es obligatoria, es decir, a partir del octavo año). La comparación de estos discursos que abren y cierran el siglo XX permiten reconocer fácilmente el cambio que ha experimentado el valor atribuido a la enseñanza de las lenguas extranjeras.

En el texto de 1904 aparece valorizada la lectura, "centro de la enseñanza de las lenguas modernas", frente a lo que se llama "el método oral y sus defectos" y su fin último es la "perfecta posesión del idioma extranjero y su literatura", que debe "inspirar a los alumnos el deseo de poseer la herencia literaria de una gran nación" (las "grandes naciones" a las que se refiere son Inglaterra, Francia, Alemania e Italia, como modelos de progreso para la

<sup>3</sup> Agradecemos a nuestra colega Lia Varela su colaboración en este punto.

<sup>4</sup> Esta reforma incluye, entre otros puntos, una ampliación de la escolaridad obligatoria, de siete a diez años (un año de preescolar y nueve de Enseñanza General Básica), y la reducción de la escolaridad secundaria de cinco a tres años (Ciclo Polimodal) con diversas especializaciones laborales.

cultura local). La lengua por excelencia es, por lo tanto, la lengua escrita, preferentemente la literaria. En ella reside el "espíritu" de la lengua, allí pueden "sorprenderse las palpaciones de la vida extranjera", la "observación de lo invisible, fuerzas y leyes que son la razón de las acciones y los elementos de dirección de un pueblo". Respecto de este núcleo esencia, la oralidad, las "acciones", son meros epifenómenos.

Además de mostrar la filiación con el romanticismo alemán, estas descripciones definidas implican una concepción de entidades homogéneas y clausuradas, cuya existencia e interrelación se dan por descontadas: la lengua, la nación (propia y extranjera), la cultura, el progreso, el pueblo y la verdad. El aprendizaje de una lengua extranjera constituye fundamentalmente un medio de "educación moral", que es una moral cívica, en tanto se corresponde con "sentimientos de respeto hacia la nación extranjera" y el "deseo de ser justos con el pueblo que se va conociendo por el estudio".

La "utilidad" del aprendizaje de una lengua extranjera se mide, entonces, en términos de su valor formativo (que se opone en el texto al valor práctico), ya que no sólo es medio de "educación moral", sino también de "disciplina mental" y de "cultura general", respecto de un sujeto cívico del que se espera que conozca y defienda los valores argentinos sin caer en los "prejuicios nacionales", puesto que debe ser capaz de aceptar lo que las "naciones modernas" pueden aportar a una nación que, si bien es democrática, es joven e imperfecta. Como se ve, la función principal de ese aprendizaje dista de ser la comunicativa, que comienza a aparecer en el discurso sobre lenguas extranjeras tan solo medio siglo después.

En la actualidad, las comunidades de inmigrantes antiguos no castellanohablantes mantienen sus escuelas privadas con bastantes dificultades, tanto por la sucesiva aculturación de las generaciones nacidas en la Argentina como por las desmejoradas circunstancias económicas de los sectores medios. En este nuevo contexto, en que la nación ya se considera consolidada, el objetivo fundamental de la enseñanza de la lengua castellana en la educación oficial ya no es la integración de los inmigrantes y la de lenguas extranjeras ya no es la delimitación de una "identidad nacional" a partir del conocimiento de otras culturas. Además, la escolaridad secundaria, aunque deba ampliarse, está mucho más generalizada que noventa años atrás. La síntesis un tanto heterogénea de aportes de diversos especialistas que constituye el discurso de 1994 es reflejo tanto de la intercomunicación del mundo actual como de los avances en las ciencias del lenguaje:

"Con una lengua se aprende a significar, a organizar el mundo y la propia interioridad. Por lo tanto, aprender lo más tempranamente posible una o más lenguas extranjeras significa apropiarse de uno o varios códigos, aprender estructuras y usos lingüísticos, aprender a comunicarse y con ello participar en la construcción de las interrelaciones sociales". (CBC)

En la enumeración de "logros" del aprendizaje también se pretende dar cuenta de las interacciones lingüísticas reales en sus diversos tipos y prácticas discursivos, aunque con distinto grado de exhaustividad y coherencia. Como contenidos conceptuales a alcanzar, por ejemplo, se citan "las funciones comunicativas y sus exponentes gramaticales, léxicos y fonológicos; conectores discursivos y elementos de cohesión textual; relaciones semánticas, pragmáticas e interactivas entre oraciones; macro-funciones del discurso", entre otros.

La lengua del texto de principios de siglo aparece hoy fragmentada en variedades (estilos, registros, géneros, "formatos"), competencias diversas (comprensivas y productivas), oraciones, textos y discursos; el antiguo par oral-escrito se ha trastornado con el advenimiento de lo audiovisual, cuya "lectura" figura entre los contenidos procedimentales.

En cuanto a la finalidad del estudio de las lenguas extranjeras, nos encontramos nuevamente frente a la idea de "utilidad", pero resignificada esta vez por el discurso neoliberal: las lenguas extranjeras son *útiles* "para el ejercicio laboral y para el acceso a la bibliografía especializada" o bien "La competencia comunicativa, el desempeño laboral y profesional en el mundo contemporáneo requiere (sic) del aprendizaje de una lengua extranjera". La finalidad ha completado, pues, su tránsito de lo formativo-moral a lo utilitario, con pasos intermedios<sup>5</sup>. Los enunciados de 1994 van delineando el sujeto individual del aprendizaje, "el alumno o la alumna", un sujeto de "necesidades" comunicativas y laborales.

Vemos que en los documentos de 1994 es la concepción misma de lengua como instrumento de comunicación, considerada heterogénea por esencia, no por razones sociohistóricas, la que más claramente responde a la nueva concepción de Estado, que declara su propia evanescencia y, por ende, la de su enunciador: se ha pasado del *citoyen* de la nación burguesa al individuo que, fuera de toda clase o nación, se relaciona más o menos eficientemente con

<sup>5</sup> En 1953, por ejemplo, las "Instrucciones" del Ministerio de Educación señalaban que "la enseñanza de las lenguas extranjeras tiene una finalidad doble: utilitaria y formativa. El profesor tendrá siempre presente esto en el desempeño de sus tareas."

"el mundo", un mundo que puede ser, por ejemplo, la institución escolar, la empresa, la jurisdicción, el país, el Mercosur o el planeta.

Además, esta nueva política se vio acompañada de fuertes discusiones públicas entre funcionarios y entre estos y asociaciones de profesores sobre cuáles lenguas enseñar. Mientras que todos invocaban el plurilingüismo sin mayor precisión de si se trataba de que se enseñaran varias lenguas extranjeras a los mismos alumnos o si las lenguas a enseñarse podrían ser diversas, de hecho competían varias posiciones: desde la de quienes propiciaban que la única lengua extranjera fuera el inglés y la de quienes tendían a respetar los acuerdos del Mercosur sobre la enseñanza del portugués junto con el inglés u otras lenguas, hasta la de quienes pretendían una elección más libre entre las lenguas extranjeras tradicionalmente enseñadas en la escuela pública argentina, fundamentalmente el inglés, el francés y el italiano, acompañadas, o no, por el portugués. De hecho, documentos posteriores del Ministerio de Cultura y Educación<sup>6</sup> proponían exclusivamente la enseñanza del inglés con propósitos de enseñarlo como "lingua franca", entendiendo por esto una variedad supradialectal y supraliteraria. Esta definición es simplemente errónea, puesto que la caracterización de una lengua como tal señala una función y no características lingüísticas, salvo si se considera "lingua franca" esa variedad básica (*basic English*) utilizada en los intercambios económicos, científicos o turísticos; pero en ese caso no es necesario enseñarla desde los primeros años de la escolaridad. Apareció entonces en diciembre de 1996 una tercera serie de documentos en los que, sin cambiarse la orientación general, se modificaron una serie de aspectos ("... se recomienda cambiar el término *lingua franca* por otro que carezca de connotaciones políticas").

### 3. Políticas respecto de las lenguas aborígenes

Sabemos que los procesos de integración -y los intereses económicos transnacionales que los promueven- actúan sobre los Estados nacionales debilitando las fronteras y acentuando las fisuras culturales internas. Esto ha llevado al "descubrimiento" de las lenguas e identidades regionales. En la Argentina, a pesar del bilingüismo generalizado en la mayoría de las comunidades aborígenes, cuyos mayores problemas se sitúan menos en el terreno idiomático que en el de la propiedad de la tierra, se han comenzado a

<sup>6</sup> En octubre de 1996, el Ministerio de Cultura y Educación presentó a los responsables de profesorado en lenguas extranjeras cuatro documentos con lineamientos sobre contenidos curriculares para la enseñanza de lenguas extranjeras en la Enseñanza General Básica y el Ciclo Polimodal y para la formación docente para esos ciclos.

desarrollar programas de educación bilingüe que exigen la normativización de esas lenguas, el desarrollo de una variedad escrita y su difusión escolar. Como varias de estas comunidades tienen hablantes a uno y otro lado de la frontera, estas acciones sobre las lenguas deberían contemplar acuerdos de la comunidad lingüística en su conjunto, lo que facilitaría la producción y circulación del material escrito. Si se observa la situación desde la perspectiva de la integración latinoamericana, las lenguas aborígenes enlazan distintos Estados y configuran en gran parte poblaciones mestizas, por lo cual los procesos señalados pueden adquirir otro sentido histórico.

Excedería el marco de esta nota tratar las iniciativas que ha habido sobre las lenguas aborígenes. Baste señalar aquí que en los períodos de gobiernos democráticos se presentaron en el curso de los últimos treinta años varios proyectos de leyes, tanto nacionales como provinciales, que en general apuntaban a preservar lo que se designaba como "tesoro cultural" mediante su enseñanza escolar. En algunos casos se contemplaba la enseñanza bilingüe-bicultural<sup>7</sup>. Algunos de esos proyectos fueron aprobados, pero por lo común no fueron reglamentados, con lo cual, salvo en casos excepcionales y durante algún tiempo (provincias de Río Negro, Misiones y el Chaco, entre otras), no llegaron a aplicarse. Además, otros factores, como la concentración de la tierra para la explotación agrícola-ganadera en pocas manos no indígenas, el cierre de ingenios azucareros y, últimamente, el libre ingreso de alimentos en el marco de los acuerdos del Mercosur, factores que impulsan la migración de población indígena hacia la periferia de grandes centros urbanos, como Buenos Aires y Rosario, sumados al mestizaje, están ejerciendo una presión glotofágica adicional. Dado que, a diferencia de lo que ocurre en el Perú, Bolivia o el Paraguay, en la Argentina la proporción de población aborígena es poco importante, tan sólo ahora se están planteando nuevamente de parte oficial los problemas de la escolarización de los niños aborígenes, por ejemplo con relación a la alfabetización inicial en su lengua materna o en castellano y a si esta última lengua debe ser enseñada con metodología de segunda lengua.

Un caso particular es el guaraní, hablado en algunas zonas del Brasil y de las provincias de Misiones, Corrientes y Formosa en la Argentina. Es, además, lengua cooficial y marca de identidad nacional en el Paraguay, donde tiene una larga tradición escrita, a pesar de las dificultades de establecer un

<sup>7</sup> Esta defensa de la identidad bicultural también está incluida en la nueva Constitución Nacional de 1994. La anterior, de 1853, había sido previa a la "Campaña del Desierto", que llevó a la apropiación de las tierras dominadas por los indígenas. En aquel momento de construcción del Estado nacional la única integración cultural pensable era la expansión del castellano y de la tradición europea.

estándar suprarregional y una grafía unánimemente aceptada, y donde el bilingüismo guaraní-español se extiende a distintas clases sociales. El desarrollo del Mercosur exigirá posiblemente una atención mayor a esta lengua, que vincula a tres de los países miembros.

#### 4. Proyectos de ley sobre el castellano

Producto, en parte, de los procesos de integración, existe un doble movimiento de apertura y de cierre respecto de la lengua propia. Con relación a la apertura, en el caso del español se han desarrollado mucho más intensamente que en épocas anteriores programas para su enseñanza como lengua extranjera, con el objetivo no sólo de difundirlo en el Brasil y en otros países no hispanohablantes, sino también entre los nuevos inmigrantes. Estos nuevos espacios han llevado a que se volviera a plantear la reforma ortográfica, a la que literariamente se refirió Gabriel García Márquez, como modo de simplificar el aprendizaje de la lengua.

El cierre defensivo se manifestó en proyectos de ley acerca de la oficialidad del idioma, que intentaban regular también el uso del español en los medios de prensa, en la actividad científica y educativa y en la publicidad.

En el curso de los últimos años aparecieron en la Argentina dos proyectos de ley destinados a la defensa del castellano. La constitución de nuevas entidades regionales y las transformaciones en las tecnologías de la palabra exigen repensar la relación entre lenguas y entre las variedades de una lengua, los problemas referidos a la enseñanza de aquellas y las necesidades en el campo lexicográfico y terminológico. Pero estas iniciativas legales se postulaban como formas de defensa de la lengua nacional amenazada por la invasión de las otras, esto es, como la reafirmación de una identidad en peligro.

Los proyectos de ley presentados fueron la "Ley del Idioma", del diputado Jorge Vanossi, en diciembre de 1992, y la "Ley de preservación de la lengua castellana", del ex-Secretario de Cultura de la Nación, Jorge Asís, en setiembre de 1994. Además, en diciembre de 1994 se aprobó una ordenanza municipal, proyecto del concejal de la ciudad de Buenos Aires Norberto Laporta, sobre la obligatoriedad del uso del castellano en la rotulación publicitaria.

Ambos proyectos de ley declaraban el castellano idioma oficial<sup>8</sup>. Esta declaración se producía en el momento en que hay una notoria reducción del

<sup>8</sup> El proyecto de J. Asís era una cuasi-traducción de la francesa Ley Toubon.

papel del Estado en la vida nacional y en que la desregulación neoliberal alcanza los ámbitos más diversos.

Además, ambos proyectos vinculaban la lengua con la identidad nacional. En un caso, articulando variedad argentina -como abstracción de las distintas variedades dialectales - y nación:

"La lengua castellana o española *con las características de uso perdurable en todo el territorio*<sup>9</sup> de la Nación es el idioma oficial y nacional de la República Argentina." (Vanossi)

y en el otro, asignándole a la nación los atributos -entre ellos, la lengua propia-, que constituyen a un individuo en sujeto de derecho:

"La lengua castellana, que se declara idioma oficial de la República Argentina, es un elemento fundamental de la *personalidad* y del *patrimonio* cultural de la Argentina, que debe ser *tutelado en su integridad*." (Asís)

¿Cuál es la amenaza? La introducción de términos extranjeros "que desdibujan el perfil mismo del idioma" (Asís). Ese temor se explicita en las fundamentaciones:

"Este proyecto constituye una respuesta ante un conjunto de realidades que vivimos cotidianamente, que muestran palpablemente de qué manera se están incorporando, a menudo innecesariamente, a la lengua oral y escrita *centenares* de términos y de formas gramaticales provenientes de lenguas extranjeras". (Vanossi)

El desarrollo tecnológico ha estimulado el campo de la terminología. Las razones que llevan a optar por préstamos o por raíces de la propia lengua son diversas. Las formas extranjeras se imponen por el prestigio que tiene el país de origen o por la rapidez de la extensión del avance tecnológico, caso en el que se debería impulsar la actividad de centros terminológicos que facilitarían la adaptación y la creación de nuevos términos. Pero nada de esto contemplan los proyectos de ley. Señalan como causa "la moda, la frivolidad o la imitación" o reconocen la necesidad de crear nuevos términos sobre una base científica, pero derivan de esto un planteamiento normativo que afecta

<sup>9</sup> Los subrayados en esta y las siguientes citas de los proyectos son nuestros.

fundamentalmente a los medios de comunicación. Vanossi resalta que "A los fines de una mejor utilización del *léxico* y las *normas gramaticales* de la lengua castellana o española en los medios de comunicación social, el Estado nacional deberá difundir información periódica y actualizada de los acuerdos que para la *defensa y enriquecimiento del idioma* produzcan las *instituciones rectoras* de su uso en el orden nacional y mundial". Es decir, que así como los procesos de integración generan el nacionalismo lingüístico, los problemas derivados del desarrollo tecnológico tienden a resolverse con el normativismo, en el que se vuelve a apelar, como en 1938 y 1943<sup>10</sup>, a instrumentos destinados a los medios de comunicación:

"El Estado nacional, por medio de sus organismos especializados, defenderá orientaciones básicas para el mejor desempeño de locutores, animadores, periodistas, guionistas, redactores y libretistas en los medios de comunicación orales y audiovisuales". (Vanossi)

La solución que se propone es la imposición masiva del castellano y la actuación del poder de policía en caso de transgresión (Asís).

El Mercosur exige una ampliación del bilingüismo español-portugués, pero una legislación como la propuesta afectaría más que al inglés, cuya fuerza de penetración en el castellano argentino es hoy tan inevitable como lingüísticamente irrelevante, al portugués: el artículo 5° del proyecto de Asís dice que "La lengua castellana es obligatoria en la enseñanza, los exámenes o concursos, así como en las tesis o monografías en los establecimientos públicos o privados de enseñanza, sin otra excepción que las intervenciones de profesores invitados o de aquellos establecimientos destinados a alumnos de

<sup>10</sup> En 1938 se habían sancionado las *Instrucciones para las Estaciones de Radiodifusión*, que prohibían no solo el lunfardo -germanía que luego se volvió registro popular característico del Río de la Plata-, sino también "toda variedad que se aparte de la norma escolar, como el cocoliche [híbrido de castellano e italiano hablado por los inmigrantes], el gauchesco y el rioplatense". Estas Instrucciones fueron reformuladas y ampliadas en 1946 en el *Manual de Instrucciones para las Estaciones de Radiodifusión*. Las representaciones de esas variedades que subyacían a esa política lingüística estaban determinadas por los "intentos gubernamentales de disciplinar a masas populares y / o migratorias, real o potencialmente "enemigas" de los poderes hegemónicos" (cf. Alejandra Vitale: "El problema de la lengua en la radiofonía argentina 1934-1946", inédito). Las medidas se dirigían especialmente contra las "obras de teatro o similares" transmitidas por radio que "aborden asuntos políticos, sociales o religiosos, en forma agravante para las convicciones de algún sector de los escuchas radiotelefónicos" y teatralicen "situaciones espeluznantes o amorales".

nacionalidad extranjera". Los afectados no serían, entonces, los colegios bilingües existentes, numerosos y en muchos casos de larga tradición, sino una educación bilingüe luso-castellana en el Mercosur.

En cuanto a las lenguas amerindias, hay un reconocimiento de estas en el texto de Vanossi ("Las lenguas prehispanicas que se hablan en el territorio de la Nación serán consideradas lenguas regionales preexistentes"), pero se oculta el grado avanzado de desaparición y la casi inexistencia de monolingües, ya que "será obligatoria la redacción bilingüe de los documentos oficiales toda vez que en ellos resulten involucrados grupos étnicos o minorías lingüísticas que no se expresen habitualmente en la lengua oficial de la República". En realidad este último artículo es expresión de otro fenómeno: las importantes migraciones de sujetos hablantes de otras lenguas (por ejemplo, los inmigrantes coreanos) que cambian el panorama lingüístico de los grandes núcleos urbanos. Pero al asimilarlos a las comunidades aborígenes se omiten los problemas lingüísticos generados por esta nueva situación.

La única iniciativa legal aprobada en los últimos años fue la ordenanza municipal del concejal La Porta, que se ciñó realísticamente al problema de la rotulación comercial. Así, en los considerandos señaló que "barrios enteros de nuestra ciudad son habitados por inmigrantes que habilitan sus comercios, y la indicación de rubro y nombre son escritos en su idioma de origen, lo cual crea un elemento de confusión entre quienes no conocen dicha lengua", y en la ordenanza sancionada se estableció

"la obligatoriedad de indicar en forma visible y en idioma castellano, en el ámbito de toda la Capital Federal, el rubro al que están autorizados los locales comerciales."

Los textos que presentamos, similares, además, a otros producidos en distintos países, muestran la desestructuración del espacio nacional propio de los procesos de integración supranacional. A esto responden los legisladores desde la identidad nacional, el purismo o la ética, impulsados por la necesidad de nuevas regulaciones del campo lingüístico, pero proponiendo medidas que los debilitados Estados actuales no pueden llevar a cabo. La necesidad de actuar y la imposibilidad de hacerlo por los caminos propuestos explican tanto la apasionada emergencia de estos proyectos como la conmoción, el rechazo oficial y la falta de apoyo que neutralizó, en el caso argentino, ambas iniciativas<sup>11</sup>.

<sup>11</sup> A Jorge Asís el proyecto le costó el puesto de Secretario de Cultura de la Nación.

## 5. Nuevas evoluciones en relación con las variedades del español

En los últimos diez años se está presentando por primera vez el paradigma verbal con el *voseo* (el uso del *vos*, en lugar del *tú*, como pronombre de segunda persona de singular y formas verbales propias) en gramáticas y manuales escolares. Sin embargo, persiste la visión de la variedad argentina como deformación del "verdadero" español incluso entre maestros<sup>12</sup>, aunque la inmensa mayoría de la población no reconozca los criptoargentinismos (palabras y giros del estándar argentino<sup>13</sup>).

Un fenómeno reciente es la creación, por parte de legos en la materia, de un supuesto "español neutro" (supradialectal) para algunos productos televisivos exportables a otros países latinoamericanos, como las llamadas telenovelas. En él, los personajes tutean, no vosean, y evitan argentinismos notorios, pero su fonética es argentina. El resultado es un híbrido que no responde a la práctica de ninguna comunidad. Resulta evidente que esa creación lingüística se basa en las representaciones sociolingüísticas de que el castellano argentino es una variedad bien delimitada y clausurada y que esa variedad es incomprensible para no argentinos, al menos para el sector cultural medio-bajo al que se destinan esas telenovelas. Esta imagen se muestra en que el grueso de la población se suele sorprender cuando se entera de que en realidad hay extremadamente pocos argentinismos, si tomamos como tales las palabras que se usan sólo en la Argentina y en toda la Argentina, que el castellano de gran parte del Uruguay es mucho más cercano al de Buenos Aires que éste al de otras zonas de la Argentina y que el *voseo*, aunque no con la misma sistematicidad ni extensión, también existe en Nicaragua y otros países latinoamericanos. Las nuevas tecnologías de la palabra, que facilitan notablemente el contacto con las distintas variedades, hacen innecesaria la construcción de un español neutro, y la comprensión de las pocas diferencias léxicas se resuelve fácilmente por el entorno, tanto más cuando viene acompañado de la imagen visual.

Las variedades sociolingüísticas del español están, como en otras lenguas, asociadas a representaciones acerca de los hablantes. En los casos en

<sup>12</sup> Así lo demuestra, por ejemplo, una encuesta realizada a estudiantes de magisterio del Gran Buenos Aires por un grupo de estudiantes de la Universidad Nacional de Lomas de amora bajo nuestra dirección en 1988.

<sup>13</sup> Por ejemplo, "heladera" (refrigerador), "alicate" (cortauñas), "rulemán" (rodamiento de bolas), "tratativas" (negociaciones), "hacer compras" (hacer la compra), "dar vuelta el disco" (darle la vuelta al disco), "garrafa de gas" (bombona), "cebador" (estárter), etc.

que, por diversas razones, se escogen determinados rasgos de una variedad, la elección depende de datos situacionales. Un caso interesante se da en el dominio religioso: mientras que la Iglesia católica oficial sigue, en muchos casos, el *tuteo* peninsular, percibido como más formal y adecuado a los géneros discursivos que utiliza, las sectas de fuerte predicamento entre los sectores más pobres de la población emplean el *voseo*.

## C. Otros problemas político-lingüísticos

Enumeraremos rápidamente otros aspectos que deberían ser tenidos en cuenta en una planificación del lenguaje en la Argentina.

- 1) Si bien hay una producción lexicográfica argentina bastante considerable desde hace más de un siglo, no ocurre lo mismo en el campo de la terminología, donde urge un desarrollo no sólo por los avances tecnológico-científicos del mundo actual, sino también por el incrementado intercambio comercial con el Brasil.
- 2) Han surgido en los últimos años varias iniciativas no gubernamentales de enseñanza de castellano para extranjeros, pero no existe ninguna reglamentación oficial sobre las competencias que deben tener o adquirir inmigrantes, funcionarios o estudiantes extranjeros.
- 3) Igual que en otros países, en la Argentina se multiplican las quejas sobre el escaso dominio de la lengua materna por parte de escolares, estudiantes y profesionales de la palabra, como periodistas, políticos y gremialistas. La reforma escolar intenta mejorar esta situación, tanto mediante nuevos contenidos para los educandos, como mediante la capacitación docente, pero, además de escollos políticos, se encuentra con los límites de una situación social crecientemente desigual<sup>14</sup>, lo cual redundará en una desigual distribución de lo que Pierre Bourdieu llamaría el "capital lingüístico", sumada a la insuficiencia del presupuesto educativo.

<sup>14</sup> Según el último informe del Ministerio de Trabajo y Seguridad Social de la Nación, de octubre de 1997, el 10 % más rico de la población percibe el 35,7 % del ingreso, mientras que el 60 % más pobre percibe el 27,5 %.

## D. Algunas reflexiones teóricas

Según se desprende de este rápido panorama, la Argentina no tiene una tradición de políticas lingüísticas oficiales explícitas al modo de los Estados que, como Francia, construyeron tempranamente su representación de nación con la lengua como uno de los elementos centrales y luego la trasladaron a sus colonias, o de los Estados pluriétnicos o plurinacionales donde, como en la Unión Soviética y en Austria, ya a principios de siglo la regulación del multilingüismo condujo a polémicas netamente políticas en el pensamiento socialista. Sin embargo, el proceso de castellanización fue efectivo y construyó una sociedad mayoritariamente monolingüe. Esto se logró a través de la acción de la escuela, de la confianza en la educación como ascenso social, de los ensayos acerca de la lengua y la identidad nacional de muchos intelectuales, de la importancia del teatro popular, que parodiaba las formas no legítimas, y de la acción de los medios. Pero sólo en los últimos años se ha considerado proponer y tomar medidas respecto a la presencia del castellano en la vida pública, de las lenguas extranjeras escolares y de las comunidades aborígenes. Tampoco hubo, hasta hace una década, un desarrollo de estas temáticas en la investigación o la docencia universitarias<sup>15</sup>. Hasta entonces, los problemas se discutieron, por lo común, bajo el influjo de las escuelas lingüísticas y metodologías prevalecientes en los distintos momentos (la filología española, en especial la estilística de Vossler y Amado Alonso, la dialectología, la sociolingüística variacionista), pero no en conceptos de la sociología del lenguaje. En los últimos años se han realizado diversas investigaciones, encuentros y transferencias al grado universitario. Los estudios han incorporado conceptos y teorías provenientes de las escuelas sociolingüísticas catalana y occitana, la glotopolítica francesa y el ordenamiento lingüístico canadiense, a la vez que han recogido y reanalizado las experiencias propias y de otros países latinoamericanos.

En este orden podemos mencionar algunas precisiones teóricas que quizá también se puedan aplicar a otras latitudes:

- 1) La validez del concepto de *glotopolítica*, a diferencia de los de políticas y planificación lingüísticas, incluye también las acciones no gubernamentales con repercusión pública sobre las lenguas y las prácticas discursivas a la vez

<sup>15</sup> El primer seminario sobre esta temática tuvo lugar en la Universidad de Buenos Aires en 1986.

que designa la interdisciplina en formación que tiene por objeto este campo. El concepto es tratado por L.-J. Calvet y por otros con cierto desenfado<sup>16</sup>. Sin embargo, si la situación lingüística de un país es la síntesis dialéctica entre la conducta lingüística espontánea y las acciones sobre las lenguas, en países con una política lingüística estatal débil, como ocurre en la Argentina, la influencia de las acciones no gubernamentales se acrecienta.

- 2) Al mismo tiempo, aumenta la *influencia de las políticas lingüísticas de terceros países*, posiblemente porque los Estados dependientes y debilitados en la época de las integraciones supraestatales, la globalización económica y el neoliberalismo no logran poner en práctica sus eventuales decisiones político-lingüísticas. La influencia de terceros, por lo demás, ya no se produce necesariamente a través de la imposición político-militar o ideológica (como en la Francia jacobina, la España de Franco o la Alemania nazi), sino también, acorde con los tiempos, a través de la cooptación económica y tecnológica de los responsables. Esto exige incorporar esta variable a los análisis político-lingüísticos.
- 3) Un concepto que requiere mayor estudio para explicar y comprender las políticas lingüísticas y para intervenir en ellas es el de *las representaciones sociolingüísticas*, varias de las cuales hemos ido enunciando grosso modo en este trabajo ("el portugués, idioma fácil", "el inglés, idioma útil", "el dialecto argentino, variedad deformada del verdadero español", etc.). El desarrollo de su conceptualización como pantalla ideológica<sup>17</sup> que se interpone entre las prácticas lingüísticas reales y la conciencia de esas prácticas e influye en ellas, y que como tal zona de la ideología está dotada de materialidad discursiva, permitiría no sólo dar cuenta más precisa de la influencia de los discursos de intelectuales, colectivos no gubernamentales y terceros países sobre la(s) lengua(s) en países con una política lingüística permisiva o débil. El estudio de sus condiciones sociales de emergencia, producción y circulación y de sus repercusiones también permitiría planificar mejor nuevas acciones glotopolíticas con consenso social.

<sup>16</sup> Dice Calvet: "En el mismo orden de ideas, el término *glotopolitique*, «glotopolítica», aparecerá en francés bajo la pluma de Marcellesi y Guespin, con definiciones vacilantes, [...] sin que esta innovación terminológica trastorne el campo conceptual considerado." (L.-J. Calvet, 1996. *Les politiques linguistiques*, París: P.U.F.; traducción de Lía Varela).

<sup>17</sup> Henri Boyer (en *Langues en conflit*, París: L'Harmattan, 1991) contrapone esta visión a la visión cognitivista de "representaciones sociales" de, por ejemplo, D. Jodelet (*Les représentations sociales*, París: P.U.F., 1989).

## Pigüé: le mythe de la langue Occitan, français et espagnol dans une petite ville argentine<sup>1</sup>

Georg KREMnitz, Wien

### 1. Pigüé

Pigüé est une ville en Argentine, dans la province de Buenos Aires. Elle se situe à 600 km environ au sud-ouest de la capitale, aux pieds de la Sierra de Cura Malal, au centre d'une vaste zone agricole dans la pampa sèche. Jusqu'au siècle dernier, cette zone appartenait aux peuples indiens, avant tout aux Mapuches, qui ont laissé leurs traces dans la toponymie (Pi-Hüé voudrait dire, en mapuche, "lieu de rencontre, lieu de pourparlers"). Mais les opérations militaires des années 70 ont pratiquement annihilé ces peuples, libérant le pays pour des colons européens (nous sommes au début de l'époque où l'Argentine ouvre ses portes aux immigrants européens). Dans le cadre de cette opération d'occupation de l'espace, la ville de Pigüé se fonde, selon la date conventionnelle, le 4 décembre 1884. Son fondateur véritable est Clemente (Clément) Cabanettes (1851-1910), un Rouergat qui fait venir une quarantaine de famille rouergates pour monter cette fondation<sup>2</sup>. A cette époque, les émigrés français en Argentine ne sont pas très nombreux, et Pigüé semble être la seule commune composée dans un premier temps essentiellement de Rouergats parlant occitan. Il est vrai qu'aux Aveyronnais initiaux se joignent d'autres immigrants d'origine française, en général provenant des pays d'Oc. Le

<sup>1</sup> Ce petit article doit beaucoup aux entretiens avec quelques habitants de Pigüé que je remercie de leur patience, avant tout Mesdames Alicia Gardes de Marcenac, Esther Imelda Andrieu, María Elena Sirimarco, Elisa Fox de Ayrinhac, Messieurs Enrique Meiller, Luis Ayrinhac, Emilio Alberto López et le maire de Pigüé, Alberto José Meiller. Mais avant tout je remercie Gastón Pomiés et Clara Valentín qui m'ont reçu de la façon la plus amicale et qui ont tout fait pour que je puisse un peu comprendre le fonctionnement de leur ville.

<sup>2</sup> Pour les détails de la fondation, cf. Andreu, Jean/Benassar, Bernabé/Gaignard, Romain (dir.), *Los averoneses en la pampa*. Fundación, desarrollo y vida de la colonia averonesa de Pigüé, Argentina, 1884-1974, s.l.: Ministerio de Economía de la Provincia de Buenos Aires, 1986 (trad. de *Les Aveyronnais dans la Pampa*, Toulouse: Privat, 1977, par Elisa Fox de Ayrinhac); je n'ai pu consulter que l'édition argentine; et, de façon complémentaire: Cabanettes, Emile/Gombert, Pierre, *Pigüé*. Ces Français devenus "gauchos", Rodez: Ed. du Rouergue, 1988.

caractère rouergat de la fondation se maintient pendant un bon moment, comme les va-et-vient entre l'Argentine et le Rouergue se font assez nombreux. Souvent, les jeunes gens rentrent pendant quelques années en France pour faire leur service militaire (et pour y trouver une compagne). Ce n'est que peu à peu, que d'autres groupes d'immigrés (italiens, espagnols) ou d'autochtones deviennent plus nombreux dans la ville. Il semble que la guerre de 1914-18 marque une coupure nette: tous ne suivent pas l'appel aux armes (et par conséquent n'iront plus jamais en France, craignant d'être considérés comme déserteurs<sup>3</sup>). Les liens se distendent, la plupart des descendants des familles françaises a fini par adopter son existence argentine<sup>4</sup>, l'expérience de la vie en France (Rouergue) vient à manquer. Les problèmes économiques des années trente contribuent à cette séparation de fait. Ce n'est que bien plus tard, quand les Européens découvrent le tourisme intercontinental et que l'Argentine sort peu à peu de sa crise profonde, que de nouveaux liens, bien différents des anciens, commencent à se tisser<sup>5</sup>. Aujourd'hui, les contacts entre la Région Midi-Pyrénées et Pigüé sont réguliers, tous les ans des Français assistent aux fêtes qui commémorent la fondation de la ville (l'inverse est beaucoup plus rare, à cause des différences de revenus), mais ces relations sont des relations entre membres de deux communautés différentes que relie des liens historiques mais rarement actuels<sup>6</sup>. Pourtant, il y a toujours eu des Rouergats qui ont gardé ce souvenir. Joan Bodon (1920-1975), le grand écrivain, a proposé, dans les années cinquante, une émigration massive d'Occitans à Pigüé (qu'il croyait encore plus ou moins de langue occitane) pour y fonder un îlot de langue et de culture occitanes.

Pigüé est aujourd'hui une ville assez prospère de 18 000 habitants, approximativement. C'est un centre de production agricole, et l'observateur a l'impression (confirmée par les interlocuteurs officiels et privés) qu'y règne une certaine aisance qui empêche cette misère noire que l'on voit dans certains

<sup>3</sup> Il semble que même en 1939 les autorités consulaires françaises ont essayé de retenir des gens de Pigüé en France, quand ils avaient, à côté de leur passeport argentin, la nationalité française (souvenir personnel de Mme Alicia Gardes de Marcenac).

<sup>4</sup> Là où les migrations se poursuivent, le sentiment de la double appartenance (et de la double pratique langagière) - on peut aussi dire de l'indécision - peut se maintenir beaucoup plus longtemps. J'ai connu des familles allemandes où pendant quatre ou cinq générations la question de l'appartenance s'est posée et reposée. Il est vrai que dans ces cas-là, les familles sont très mobiles et leurs membres ont une pratique courante des deux pays.

<sup>5</sup> Le livre de Cabanettes/Gombert décrit quelques étapes de cette reprise des relations.

<sup>6</sup> Il y a des exceptions, bien sûr.

quartiers de beaucoup d'autres villes argentines, de s'installer. La criminalité est insignifiante. Si l'on parcourt l'annuaire téléphonique, on voit toujours un grand nombre de noms de famille qui trahissent les origines occitanes (la plupart du temps rouergates), sans qu'ils forment cependant la majorité de la population<sup>7</sup>. Depuis l'année 1998, une antenne de l'Université du Sud, de Bahía Blanca, fonctionne à Pigüé, initiant ainsi une nouvelle étape de la vie intellectuelle de la ville.

De nos jours, qu'en est-il de l'occitan à Pigüé?

## 2. Sur la situation linguistique à Pigüé vers 1974

Pour répondre à cette question, nous disposons d'abord du rapport de l'équipe toulousaine de 1974, même si la partie sociolinguistique est assez succincte<sup>8</sup>. Ce travail pose un autre problème pour une appréciation globale: les auteurs ont voulu montrer le développement de la société locale, à partir des origines aveyronnaises. Par conséquent, ils ne s'intéressent guère aux autres contributions au développement de Pigüé. Cette façon de procéder permet de saisir les éléments de maintien de la culture d'origine, mais elle ne met en relief ni les résultats des rencontres avec d'autres groupes ni l'ensemble de la société locale. On ne peut donc pas savoir précisément quel est le poids des différents éléments, comparé à l'ensemble. Si l'héritage français et occitan est bien décrit, les autres éléments apparaissent - tout au plus - en creux, pour ainsi dire. On peut, par exemple, deviner que le Pigüé de 1974 est presque entièrement hispanophone, mais on ne sait pas, si d'autres langues ont pu se maintenir partiellement.

Le travail des Toulousains permet cependant de suivre très bien l'évolution linguistique du groupe rouergat. Les premiers colons parlaient tous occitan<sup>9</sup>, tandis qu'il n'est pas sûr qu'ils parlaient tous français<sup>10</sup>. En effet, il y

<sup>7</sup> Les prochaines colonies étaient initialement peuplées de Piémontais (Arroyo Corto) et d'Allemands de la Volga (Sauce Corto).

<sup>8</sup> Andreu/Benassar/Gaignard, 1986, pp. 207-211, 220-221 surtout.

<sup>9</sup> "Al principio de la colonización, todos los averoneses hablaban entre si el occitano [...]", Ibid., p. 220.

<sup>10</sup> Federico Issaly, un parent d'un des cofondateurs de la ville, François Issaly (1852-1934), qui en 1974 avait 87 ans, quitta la France et arriva en 1906 à Pigüé, où il reprit

avait quelques analphabètes parmi eux, et le niveau de scolarisation des autres n'était pas très élevé, en général. Au départ, les connaissances de l'espagnol devaient être rares. Ils n'avaient pas uniquement emmené leurs langues, mais en même temps les préjugés linguistiques que l'Etat Français leur avait inculqués: la dénomination pour l'occitan est toujours "patois", et ils savent que le patois risque de gêner l'avancement social. Par conséquent, ils se comportent comme le font leurs compatriotes qui sont restés en France: si les adultes parlent occitan entre eux, ils évitent de le transmettre à leurs enfants<sup>11</sup>; cela va jusqu'à l'interdiction aux enfants de l'utiliser. Donc, l'*auto-odi* joue, même au delà de l'Atlantique. Malgré cette attitude, l'occitan jouit même d'une présence modeste dans l'imprimé: jusque vers 1910 environ, on peut trouver dans la presse locale des textes en occitan<sup>12</sup>, en général des poèmes, parfois des historiètes. Après cette date, l'occitan semble disparaître de l'écrit, si nous nous fions aux auteurs. Il continuera cependant à être parlé.

L'assimilation à Pigüé se fait paradoxalement par un détour: ces Aveyronnais passent d'abord au français, avant de se familiariser vraiment avec l'espagnol. Faut-il d'abord acquérir les normes de la société d'origine avant de se familiariser avec celles du pays d'accueil? Il ne faut pas oublier que nous sommes vers 1880 à un moment où les campagnes s'intègrent peu à peu - avec presque un siècle de "retard" - à la *Nation Française*<sup>13</sup>. Cependant, ce qui peut être utile en France ne l'est pas nécessairement en Argentine. On pourra donc supposer que la première génération des immigrants a continué à se sentir avant tout comme Français. S'ils ont réussi une promotion sociale, ils se francisent, même si cette acculturation-là n'a plus beaucoup d'importance dans la société qui les entoure<sup>14</sup>.

l'habitude, abandonnée dans les villes de France, de parler occitan: "En Pigüé, en esta época, todo el mundo hablaba patois. El francés, lo hablaban muy mal.", Ibid., p. 210.

<sup>11</sup> "Los padres lo [el patois] hablaban entre ellos o con sus servidores de origen rouergano; pero se dirigían a sus hijos únicamente en francés o español.", Ibid., p. 208.

<sup>12</sup> Ibid., p. 207. La dénomination était en général "provençal".

<sup>13</sup> C'est ce que montre Eugen Weber dans son ouvrage important *La fin des terroirs*. La modernisation de la France rurale (1870-1914), Paris: Fayard, 1983 (original américain 1976).

<sup>14</sup> Il ne faut pas perdre de vue que c'est également une période où la société argentine se cherche très activement (surtout avec l'expérience de l'immigration massive) et où les positions s'affrontent souvent durement.

Du français, les habitants de Pigüé passent à l'espagnol. Si j'interprète bien le texte du livre, l'espagnol apparaît dans deux variantes successives, une neutre et conventionnellement apprise, et ensuite l'espagnol d'Argentine, avec les traits particuliers du pays de Rio de la Plata<sup>15</sup>. Ce mouvement se poursuit avec des vitesses très variables, donc même en 1974, on peut assister à des situations personnelles assez diverses. A ce moment-là, l'occitan n'a pas complètement disparu. Quelques personnes très âgées peuvent l'utiliser encore et elles le font avec le plus grand plaisir, quand elles en ont l'occasion. Mais ce sont des vestiges d'une situation du passé. Les auteurs du livre ont fait une enquête auprès de cinquante personnes d'origine rouergate<sup>16</sup>, dont 25 nées ou immigrées avant 1914, et 25 nées à Pigüé après 1914. Si 6 (=25 %) des premiers déclarent parler l'occitan<sup>17</sup> et 8 (=32 %) l'entendre, tous les autres en ayant un certain souvenir, seulement 5 (=20 %) des derniers disent l'entendre, 11 (=44 %) en ont entendu parler, mais 9 (=36 %) n'en savent rien du tout. 10 (=40 %) du premier groupe se souviennent que leurs parents le parlaient entre eux mais interdisaient aux enfants de l'employer, ce chiffre tombe à 5 dans le deuxième<sup>18</sup>. Parmi les locuteurs, qui en 1974 parlent assez bien occitan, il y en a qui n'ont jamais été en France<sup>19</sup>, d'autres montrent les étapes de l'assimilation<sup>20</sup>.

<sup>15</sup> "[...] muy pronto, debido a la nueva educación que era necesario dar a los niños y bajo la presión creciente del medio escolar (religioso o laico), ellos comenzaron a utilizar el francés y la 'castilla' (es así como llamaban al español) como lenguas de uso corriente. En lo más fuerte de la integración en los años 20 y 30, la 'castilla' cayó definitivamente en desuso y se afinó con el viento de la pampa para transformarse en el verdadero argentino, una lengua 'criolla' con sus entonaciones, sus pronunciaciones y su léxico particular [...]." Ibid., p. 220.

<sup>16</sup> Cette enquête ne peut donc pas être représentative, mais elle montre très bien les lignes d'évolution.

<sup>17</sup> Il n'est pas question d'écrire l'occitan dans cette enquête. On peut supposer que personne ne savait le faire.

<sup>18</sup> Ibid., p.209.

<sup>19</sup> Par exemple Elvira Issaly qui compte alors 87 ans; on écrit sur elle: "nació en Pigüé y no ha viajado jamás a Francia. Habla, sin embargo, un occitano muy puro que ella aprendió en su juventud." Ibid., p. 210.

<sup>20</sup> Emile Bessuejous, né à Pigüé, a alors 71 ans: "Sus padres hablaban el occitano entre ellos pero jamás con sus hijos. El occitano que llega a hablar Emile Bessuejous es el que él ha oído hablar en su infancia o a sus amigos como León Pomiés, pero que él no ha tenido sino raramente la ocasión de hablar. Tiene, a pesar de todo, un vocabulario bastante amplio en esta lengua que comprende sin dificultad." Ibid., p. 211.

Même en 1974, le français profite encore du détour que l'assimilation a pris. D'autre part, l'importance générale de la langue et le prestige dont elle a joui pendant très longtemps en Argentine<sup>21</sup>, renforcent cet effet. Donc, les connaissances du français sont plus généralisées, même si l'on devine l'annonce d'une baisse; là encore, les différences entre les deux groupes d'âge de l'enquête précitée sont sensibles. Tandis que dans le groupe des plus âgés 12 (=48 %) déclarent parler, lire et écrire le français, dans l'autre ils ne sont plus que 7 (=28 %). La même relation pour ceux qui disent le parler et le lire: 9 (=36 %) contre seulement 5 (=20 %). Parmi les plus âgés seulement 4 (=16 %) déclarent uniquement le comprendre, ce chiffre monte à 10 (=40 %) parmi les plus jeunes. Dans ce groupe, 3 (=12 %) disent qu'ils ne comprennent pas du tout le français<sup>22</sup>. Nous sommes donc en présence d'une situation où le nombre des locuteurs primaires diminue rapidement; cette baisse des effectifs ne semble pas être compensée par une augmentation du nombre des locuteurs secondaires<sup>23</sup>.

On voit qu'en 1974, 90 ans après la fondation de Pigüé, les connaissances des langues d'origines sont très modestes pour l'occitan - il ne subsiste que par l'existence de quelques témoins de la première période de la ville -, respectables mais en déclin rapide pour le français. Il n'est pas possible de donner une impression plus générale, voire numérique. Il ressort toutefois du livre de l'équipe toulousaine que la vie publique de la ville fonctionne à ce moment-là en espagnol, toutes les présences d'autres langues se limitent tout au plus au privé.

### 3. Aperçu de la situation linguistique à Pigüé en 1996/97

J'ai été à deux reprises à Pigüé<sup>24</sup>, lors des festivités pour l'anniversaire de la fondation de la ville<sup>25</sup>. La rapidité de mes passages ne m'a pas permis de

<sup>21</sup> On peut s'en rendre compte en lisant les récits autobiographiques de Hector Bianciotti, Argentin, né en 1930, qui est aujourd'hui écrivain de langue française (surtout *Ce que la nuit raconte au jour*, Paris: Grasset, 1992).

<sup>22</sup> Ibid., p. 221.

<sup>23</sup> On appelle locuteurs secondaires ceux qui ont appris une langue non en communiquant naturellement, mais par décision ultérieure, en général à l'école ou dans des cours particuliers.

<sup>24</sup> Du 3 au 5 décembre 1996 et du 3 au 5 décembre 1997.

mener une enquête représentative, j'ai cependant eu un certain nombre d'entretiens avec des habitants qui connaissent bien la situation locale. En plus, j'ai essayé de glaner le maximum d'observations à gauche et à droite qui me permettent d'avoir une impression générale quelque peu fiable.

Première constatation: la langue parlée dans la rue et dans toutes les occasions publiques est le castillan. Même au banquet pour la commémoration de la fondation de la ville, le 3 décembre 1997, les membres de l'association française locale parlent castillan entre eux. La plupart d'entre eux admet ne pas bien parler français, même s'ils comprennent un peu plus. Ils le regrettent. Il y a quelques Français qui sont venus en touristes et qui en général ne parlent pas un mot de castillan. On les place près des quelques habitants de Pigüé qui sont capables de soutenir une conversation en français.

J'ai un entretien (en français) avec la directrice de l'Alliance Française locale dont le bâtiment est situé dans la *calle de Rodez*<sup>26</sup>. Elle me dit compter avec une trentaine de personnes qui suivent plus ou moins régulièrement les cours et les manifestations de l'Alliance. Elle insiste sur le fait que l'année en cours a été bonne de ce point de vue<sup>27</sup>. Malheureusement, les investissements de l'Etat Français ont diminué considérablement, donc, elle a moins de possibilités d'améliorer le programme. D'autre part, elle craint la concurrence de l'anglais comme langue étrangère qui devient de plus en plus sensible, même à Pigüé<sup>28</sup>. Elle pense que les connaissances du français de ses concitoyens sont modestes. Quand ils vont en France (possibilité très limitée à cause de la situation économique), ils essaient d'améliorer des connaissances qu'ils ont ou

<sup>25</sup> J'ai évoqué quelques détails de mon premier passage dans: Georg Kremnitz, "Argentinische Impressionen", *Quo vadis, Romania?* (Wien), no. 9, 1997, surtout pp. 65-68.

<sup>26</sup> Sur le mur extérieur, on trouve une carte du département de l'Aveyron, avec les principales localités desquelles proviennent les habitants.

<sup>27</sup> En décembre, l'année scolaire et académique se termine en Argentine.

<sup>28</sup> La politique linguistique et scolaire de l'Argentine n'est pas très claire en ce moment. Il y a des courants politiques très influents qui favorisent à tout prix (et à l'exclusion de toute autre langue) l'anglais. Dans le cadre du MERCOSUR, il y a par contre des traités qui prévoient l'élargissement de l'enseignement des langues des pays partenaires, c'est-à-dire en Argentine du portugais (les Paraguayens demandent avec de plus en plus d'insistance que le guaraní soit reconnu à part égale). Et il y a finalement des groupes numériquement faibles d'intellectuels qui demandent d'élargir en général l'éventail des langues étrangères enseignées. La politique effectivement menée évolue entre ces courants, non sans contradictions.

d'en acquérir quelques bribes, mais rares sont les cas où cela débouche sur un intérêt plus suivi.

Par la suite, je pourrai vérifier quelque peu ces remarques synthétiques, évoluant avant tout dans un milieu qui est fier de ses origines françaises. Mes interlocuteurs aiment me montrer leurs connaissances en français, mais cela ne dépasse guère quelques phrases-témoin. Très rares sont ceux qui peuvent soutenir une conversation. La directrice du musée local parle volontiers en français avec une dame de Toulouse, mais elle s'excuse presque à chaque phrase de ses fautes; or, elle arrive bien à se faire comprendre, mais cela lui coûte visiblement un effort. Pourtant, les habitants aiment beaucoup parler de leurs voyages en France (s'ils ont pu en faire) et de leurs relations avec des Français. Les grandes exceptions sont les quelques personnes qui ont vécu en France. Celles-ci parlent couramment et sans aucun effort, avec un accent occitan plus ou moins accusé. J'ai toutefois l'impression que leur français est quelque peu vieilli, mais cela s'explique facilement. Une seule fois, j'avais l'impression qu'une dame parlait mieux français que castillan; elle m'a d'ailleurs demandé, si nous pouvions utiliser le français pour notre entretien. Pourtant, elle est née et elle a grandi à Pigüé, mais elle a fait ses études (de lettres) en France où elle a failli rester. Nos entretiens en français m'ont paru bien plus animés que ceux en castillan, et je pense que ce n'était pas uniquement dû au fait que nous avions fait un peu connaissance entre-temps. Mais elle est la grande exception, et elle est réputée pour sa maîtrise du français.

Dans la mesure où les gens ont une certaine connaissance du français, ils possèdent des revues et quelquefois des livres dans cette langue. Cela va de quelques magazines illustrés à de véritables bibliothèques. Mais je suppose que leur nombre est petit, se comptant sur les doigts des deux mains. Aujourd'hui, le français n'est plus une langue d'usage courant à Pigüé.

Si la position du français est si faible, il n'est pas surprenant que celle de l'occitan le soit davantage. A mon avis, personne à Pigüé ne parle plus occitan. Avant mon deuxième voyage, je m'étais adressé à la mairie pour savoir, si l'on y savait quelque chose sur des connaissances possibles de l'occitan. En réponse j'ai reçu une lettre très aimable de la directrice du musée<sup>29</sup>, qui contient entre autres les phrases suivantes: "Pigüé se fundó [...] por 40 familias venidas de la Región del Aveyrón que naturalmente hablaban francés y occitano, pero con

<sup>29</sup> Datée du 12 novembre 1997 et signée par Esther Imelda Andrieu.

el correr de los años y habitando en un país de lengua castellana se fueron perdiendo, principalmente el occitano [...]. El occitano se transmitió familiarmente y prácticamente ya quedan vivas muy pocas personas que lo entienden o hablen [...]. Je n'ai pas pu contacter toutes les six personnes qu'elle énumère par la suite, par contre j'ai pu m'entretenir avec quelques autres habitants de la ville à ce sujet, tous très fiers de leurs origines aveyronnaises. Mais je n'ai trouvé personne qui parle vraiment occitan. Pourtant, il y a des grandes variations en ce qui concerne la compétence par domaines. J'ai rencontré quelques personnes qui comprennent des phrases simples ou de brefs entretiens, d'autres qui lisent des textes. Tous m'ont répondu qu'ils connaissaient l'existence de la langue, bien que pour eux la dénomination de "patois" reste plus courante (il est vrai qu'ils ont tous une culture dépassant l'ordinaire). Tous ont connu quelqu'un qui - dans le temps - a parlé cette langue couramment<sup>30</sup>; c'est d'ailleurs par ce constat qu'a commencé mon bref entretien avec le maire de Pigüé. Si le contact se prolonge et que les relations sont un peu plus à l'aise, les personnes plus âgées pourront sortir quelques bribes de phrases ou des proverbes en occitan. Ce sont des souvenirs de jeunesse qui peuvent revenir (j'étais tout à fait étonné du nombre de phrases que dans le courant des trois journées Gastón Pomiés m'a citées). Mais je n'ai pas pu entamer une conversation en occitan; dans un entretien à trois, où la troisième personne présente était une Française d'origine aveyronnaise, mais vivant à Toulouse et parlant assez couramment l'occitan, elle a essayé de poursuivre à partir d'un certain moment l'entretien en occitan, mais cela n'a pas abouti. Je pense que l'interlocuteur de Pigüé qui comprenait sans problème les quelques phrases échangées lors de cette tentative ne se sentait pas assez sûr pour dire activement quelque chose. Tous mes interlocuteurs m'ont confirmé l'interdit qui pesait sur l'occitan: il ne fallait pas le parler, au moins à partir du moment où les enfants allaient à l'école. Gastón Pomiés m'a dit que quand il était enfant, on parlait souvent occitan chez lui<sup>31</sup>. Il avait cependant un frère qui bégayait un peu, à un certain moment, et quand les parents l'ont montré au médecin, celui-ci s'est informé des pratiques langagières de la famille. Quand il a appris qu'elle employait trois langues en même temps, il a conseillé de se limiter dorénavant au seul castillan. C'est à partir de ce moment-là que les enfants Pomiés sont devenus monolingues en castillan. J'ai d'ailleurs l'impression que Gastón aujourd'hui sait davantage

<sup>30</sup> C'est le renvoi au témoin préférentiel que l'on connaît bien de toutes les enquêtes dialectologiques contemporaines. Y intervient en même temps l'idéologie de l'"ailleurs" que nous connaissons depuis Montaigne.

<sup>31</sup> Cf. Andreu/Benassar/Gaignard, p. 210-211.

d'occitan que de français. Cet événement devrait se situer au début des années 30 environ, et il me semble que cela est à peu près le moment où la pratique de l'occitan comme langue de la maisonnée - maintenue alors dans quelques familles seulement - disparaît définitivement. Plus tard, ce ne sera plus qu'un souvenir d'enfance ou de jeunesse. Il est vrai que ces connaissances peuvent se réactiver quelque peu quand les gens vont en France. On m'a dit une ou deux fois que lors des voyages les gens avaient bien utilisé leurs bribes d'occitan pour communiquer en Aveyron, mais également dans d'autres parties des pays d'oc. Le cas n'est guère différent pour les quelques personnes qui ont grandi au moins en partie dans l'Aveyron, car là également l'interdit pesait. J'ai par conséquent rencontré une certaine compétence passive, allant de la compréhension orale plus ou moins bonne à une lecture un peu hésitante, mais je n'ai plus trouvé de compétence active. Je ne pense pas avoir raté la personne dont les connaissances dépassent ce cadre ...

Mais, si l'on ne pratique plus la langue, il y a des méta-connaissances. Quelques-uns de mes interlocuteurs possèdent quelques livres en occitan. En général, il s'agit de textes. La littérature occitane traditionnelle est bien représentée, par exemple Bessou. J'ai vu une fois le Dictionnaire d'Alibert. Madame Gardes de Marcenac est membre du Félibrige aveyronnais et de la Société des Lettres de l'Aveyron. Chez quelques personnes à Pigüé, l'occitan a donc dépassé le stade de "patois" et est devenu un objet de considération.

Il y a une autre présence de la langue: elle a laissé un certain nombre de traces, surtout lexicales, dans le castillan local<sup>32</sup>.

#### 4. L'occitan, un mythe?

S'il n'y a plus de pratique de l'occitan à Pigüé, de nos jours, la langue n'est pas absente de la conscience, de certaines personnes au moins. Certes, ma présence et mes questions ont activé ce souvenir. Mais, s'il n'y avait rien eu, je n'aurais pas pu avoir toutes les informations que l'on a bien voulu me donner. Chez la plupart de ces post-usagers<sup>33</sup>, il y a un souvenir quelque peu attendri

<sup>32</sup> Cf. Gardes de Marcenac, Alice, "La pollution linguistique dans la colonie aveyronnaise de Pigüé", *Procès-Verbaux des séances de la Société des Lettres, Sciences et Arts de l'Aveyron*, XLV, 1990, 609-612.

<sup>33</sup> J'emploie un terme que Robert Lafont a lancé au début des années 70: *Clefs pour l'Occitanie*, Paris: Seghers, 1971, pp. 56-57.

de cette langue qui se rattache à un passé qu'en général on considère comme ensoleillé. Il y a donc une sorte de sur-évaluation idéologique de la langue qui d'élément de la pratique sociale quotidienne est passée au symbole, voire à l'emblème. L'occitan est devenu un des éléments pour se souvenir des origines aveyronnaises des premiers colons. Il aide à créer des éléments d'une conscience commune de la part des héritiers des fondateurs qui depuis longtemps sont minoritaires dans la ville<sup>34</sup>. De ce fait, la conscience occitane des habitants de Pigüé n'est pas tellement différente de celle de beaucoup d'occitans vivant en Occitanie: elle sert à la distinction et elle contribue à maintenir le souvenir d'une histoire commune, dans notre cas le mythe de la fondation, de la victoire sur les conditions externes parfois très dures, surtout au départ, mais également d'une aisance matérielle acquise sur place et dont beaucoup d'entre eux ont pu garder les fruits, malgré les difficultés économiques que l'Argentine a subies dans ces dernières décennies. Par conséquent, c'est également l'histoire d'un grand succès sur lequel on peut facilement bâtir des mythes.

Du domaine de la linguistique descriptive et de la sociolinguistique, nous arrivons ainsi à celui de la psychologie, sachant que souvent les langues n'ont pas seulement des fonctions communicatives et démarcatives, mais également emblématiques, voire mythiques. Malheureusement, la linguistique actuelle n'ose pas souvent s'avancer dans ce domaine. Cependant, pour comprendre le fonctionnement des consciences collectives et des idéologies de groupes, l'étude de ces phénomènes pourrait être utile. Dans ce sens, ce croquis voudrait inciter à d'autres recherches semblables.

16.II.1998

<sup>34</sup> Il me semble d'ailleurs qu'on peut observer un changement dans leur comportement politique: alors que le livre d'Andreu/Benassar/Gaignard insiste à plusieurs reprises sur le fait que les Aveyronnais ne se sont pas beaucoup mêlés de la politique locale et régionale, j'ai pu constater que les maires récents avaient tous des noms occitans ou pour le moins français. Je ne sais pas, si cela est un fait du hasard.

## Der Name der Sprache und die wissenschaftliche Wahrheit Ein sprachpolitischer Erlebnisbericht aus der Republik Moldova<sup>1</sup>

Klaus BOCHMANN, Leipzig

Am 31. August feiert die Republik Moldova alljährlich den "Tag der Sprache". Welcher Sprache? Der Ursprung des Feiertags sollte eigentlich eine Antwort darauf geben können: Vor acht Jahren hatte der Oberste Sowjet der Moldauischen Unionsrepublik das Gesetz über die Staatssprache (nach 45 Jahren "moldauischer Nationalsprache" wieder als Rumänisch bezeichnet) und die lateinische Schreibung beschlossen, nachdem am 27. August 1989 die größte Demonstration, die das kleine Land zwischen Rumänien und der Ukraine in seiner Geschichte je erlebt hatte, diese Forderungen aufgestellt hatte. Lässt man jedoch die aktuellen Meinungsäußerungen in der Presse Revue passieren, sind Zweifel angebracht, ob alle dieselbe Sprache meinen.

Die Tageszeitung "Flux" vom 30. August 1997 lässt zunächst drei Schüler zu Wort kommen: der erste meint, bei "unserer Sprache" könne es sich nur um das Rumänische handeln, die zweite behauptet, im Lyzeum lerne sie sowohl Moldauisch als auch Rumänisch, die dritte wiederum, die im Ferienlager mit den anderen Kindern Rumänisch und "ein wenig Russisch" gesprochen hat, meint, vor 1989 habe es das Rumänische gar nicht gegeben (wohl als Unterrichtsfach). So naiv manches daran sein mag - die Meinungen der Acht- und Neunjährigen spiegeln nicht nur die neuen Orientierungen in der muttersprachlichen Bildung an den rumanophonen Schulen wieder,

<sup>1</sup> Die hier aufgeführten Beobachtungen ergaben sich anlässlich einer vom Verfasser sowie Jürgen Erfurt (Frankfurt/M), Larissa Schippel (Humboldt-Universität Berlin) und Sabine Krause (Leipzig) gemeinsam mit dem Institut für Linguistik der Akademie der Wissenschaften der Republik Moldova und dem Zentrum für Dialektologie der Universität Iași vom 25. August bis 5. September 1997 organisierten Sommerschule in Vadul-lui-Vodă (Republik Moldova) sowie in Iași und im Kloster Neamț (Rumänien). Die Sommerschule gehört zu den Massnahmen eines von der Volkswagenstiftung Hannover im Rahmen ihres Programms "Wege nach Europa" finanzierten Projekts "Anschub von Forschung und Lehre zum gesprochenen Rumänisch in der historischen Moldau". Vgl. dazu auch den parallelen Bericht von J. Erfurt in "Grenzgänge" 9 (1998).

sondern werfen auch ein Schlaglicht auf die sprachpolitischen Verhältnisse und Haltungen (vor allem der Lehrer und der Eltern).

Nicht weniger aufschlußreich sind die in derselben Zeitung veröffentlichten Interviews mit Russophonen. Die Angestellte der Gewerkschaft Valentina Legkun, die seit zwanzig Jahren in Moldova lebt, äußert sich zur Vergangenheit: "Soweit ich mich erinnern kann, hat nie einer von mir verlangt, Moldauisch zu sprechen." Die Rentnerin Antonina Sosnowskaja: "Ich könnte nicht sagen, dass es einen Druck gibt, dass uns jemand zwingt, Moldauisch zu sprechen. Ich habe mein Leben lang im Werk 'Signal' gearbeitet. Ich erinnere mich, dass es dort eine besondere Direktive gab: 'Wer schlecht Russisch spricht, soll nicht in unserer Abteilung angestellt werden'. Die Moldauer verhalten sich offenbar nicht so. [...] Ich glaube, wenn es darauf ankäme, würde ich auch Moldauisch sprechen können, aber das müsste mir erst einmal jemand erklären." Der 79-jährige Journalist Wassili Neretin: "Wie, sagen Sie, heißt der Tag auf Russisch? 'Nasch jasyk?' Ja, so ein Tag ist notwendig. [...] Ich kann zwar kein Moldauisch, aber ich weiß, dass es anders ist als Rumänisch, und das Volk hier muss seine Sprache haben. In den ersten Jahren nach der Annahme des Gesetzes über die Sprache gab es gegenüber den nationalen Minderheiten in Moldova andere Forderungen. Es wurden fortwährend Kurse zum Erlernen der Sprache organisiert, in der Presse und im Radio gab es eine andere Politik. Jetzt scheint alles wie erloschen, diese Aktivität ist an irgendeiner Stelle abgeblockt worden, und uns, die wir die Sprache nicht kennen, fällt es schwer, sie allein zu lernen. Gut immerhin, dass es diese internationale Sprache, das Russische, gibt und wir uns problemlos verständigen können." Der Linguistikprofessor der Universität Chişinău Anatol Ciobanu schließlich: "Artikel 7 der Verfassung wird nicht eingehalten, der besagt, dass die Anderssprachigen, die bestimmte Stellen einnehmen, die Staatssprache kennen müssen. Sie mussten diese Kenntnis nachweisen. Aber das Parlament und die Regierung Sangheli haben die Attestierung immer wieder verschleppt, und die jetzige Regierung hat ihr Wort dazu noch nicht gesprochen. Deshalb beobachten wir ein Wiedererstarken des Russischen. Um diesen Prozess zu stoppen, müssen Maßnahmen auf Staatsebene ergriffen werden. [...] Die Russen haben die moldauische Sprache nie gebraucht, Rumänisch hätten sie noch gelernt, aber Moldauisch..." Am 30. August kommen in derselben Zeitung andere Personen zu Wort. Der bekannte Dichter Grigore Vieru fragt: "Staatssprache? Nichts zu sehen davon [...] Aber ich verzweifle nicht. Wenn die Kinder in der Schule die Sprache haben, werden wir morgen-übermorgen auch einen Staat haben. [...]"

Damit die Rumänische [!] Sprache tatsächlich Staatssprache wird, müßte man den Staat auflösen. Und ihn neu aufbauen, als Nationalstaat." Der Schriftsteller Ion Ciobanu: "Formal hat die Republik Moldova eine Staatssprache, per Gesetz. De facto nicht. Weil die Staatssprache für alle einheitlich sein muss, vom Bischof bis zum Bauern. Aber wenn du anfängst, mit deinen Mitbürgern über den Dolmetscher zu sprechen, das ist doch nichts!"

Von der anderen Seite des Dnjestr her, aus dem Büro des Präsidenten der abtrünnigen transnistrischen Republik, meldet sich der Adjunkt des Präsidenten Smirnov, Alexandr Karaman, zu Wort: "Die Antwort fällt mir schwer, weil man sich dort [in Chişinău] bis jetzt nicht darüber im klaren ist - ist die Sprache nun Rumänisch oder Moldauisch. Es klingt vollkommen unsinnig: moldauische Sprache in lateinischer Schreibung. Ich zweifle nicht daran, dass es zwei Sprachen gibt, Rumänisch und Moldauisch, die einander ähneln, dieselben Wurzeln haben, aber verschieden sind. [...] Ich bin nicht für eine einzige Staatssprache. Bei uns in Transnistrien haben wir mehrere Volksbefragungen durchgeführt, und jetzt haben wir drei Sprachen - Russisch, Ukrainisch und Moldauisch, wobei die Menschen die Sprache sprechen können, die sie wollen."

So zufällig die Antworten sein mögen, sie geben die zwei gravierendsten sprachpolitischen Fragen wieder, welche die öffentliche Meinung spalten und in einer fragwürdigen Polemik Kräfte binden, die sich in der schweren Krisensituation Moldovas anderen Aufgaben stellen müßten: einerseits die Frage nach dem Namen der Staatssprache, also Rumänisch oder Moldauisch, andererseits die nach dem Verhältnis der Staatssprache und der bisher dominierenden Sprache Russisch in Staat und Gesellschaft.

Auf den ersten Blick scheint sich die Polarisierung der Meinungen hierzu in der Polarisierung der Parteien zu spiegeln. Die mächtigste politische Kraft ist derzeit die Demokratische Agrarpartei Moldovas PDAM, die bei den Wahlen 1994 von 104 Parlamentssitzen 56 gewann und absolut regieren kann.<sup>2</sup> Ihr folgt die Sozialistische Partei und die Minderheitenpartei "Einheit" (Mişcarea Unitate-Edinstvo), die ein Wahlbündnis geschlossen hatten und 22

<sup>2</sup>Zu diesen und den folgenden Angaben vgl. Anneli Ute Gabanyi, „Die Parlamentswahlen in Moldova vom 27. 2. 1994“, in: *Südosteuropa* (43)/1994, S. 468; ebenso Max Demeter Peyfuss, „Die Verfassung der Republik Moldova“, in: *Der Donauraum*, "Sonderheft Moldova", 1996 3/4, S. 64.

Sitze errangen. Alle diese Kräfte streben mehr oder weniger die Aufrechterhaltung enger Beziehungen zu Russland an und distanzieren sich entschieden von panrumänischen Ideen und Programmen; mehr oder weniger, denn in der PDAM ist mehr von der Unabhängigkeit Moldovas die Rede als in der kommunistischen PS, in welcher der Wunsch nach Wiederherstellung der Sowjetunion von nicht wenigen geteilt wird. In der Opposition und auf mehr oder weniger prorumänischer Position befinden sich die Christlich-Demokratische Volksfront (!) FPCD, der Block der Bauern und Intellektuellen und die erst 1995 vom früheren Präsidenten Snegur gegründete Partei der Wiedergeburt und Aussöhnung PRCM, die ein Fünftel der PDAM-Abgeordneten auf ihre Seite gezogen hat.

Die Polemik um die Sprachfragen, die um den Feiertag herum wieder in der Öffentlichkeit ausgetragen worden ist, aber in jedem Gespräch zu diesem Gegenstand mit rumanophonen Intellektuellen aufblitzt, lässt an Schärfe nichts zu wünschen übrig. Ein über Jahrzehnte angestauter Zorn angesichts der stalinistischen Sprachpolitik mit der systematischen Verdrängung des Rumänischen aus dem öffentlichen und geistigen Leben Bessarabiens und aus dem Bewusstsein seiner Einwohner, mit der Vernichtung und Vertreibung der rumanophonen intellektuellen Eliten, der Russifizierung von Staat, Gesellschaft und selbst der rumänischen Sprache - dieser Zorn hatte sich in den Demonstrationen von 1989 und dann wieder von 1994 nach der Rückkehr zur "moldauischen Sprache" in der Verfassung Luft gemacht und ist wieder zum beherrschenden Bewusstseins- und Gefühlssubstrat vor allem derjenigen geworden, für welche - Lehrer, Journalisten, Intellektuelle verschiedenster Profile und Niveaus, Studenten und Schüler - die Sprache das wichtigste Arbeitsinstrument ist.

Jenseits der Barrikade stehen die "Independentisten", "Souveränisten" oder "Moldovenisten", die unterschiedliche Motive vereint: vor allem die Furcht der Nichtrumänophonen vor einer Vereinigung mit Rumänien, ausgelöst dadurch, dass unionistische Initiativgruppen in den Jahren 1990-91 die staatliche Einheit beider Länder forderten, was wohl schon damals wenig realistisch war, dennoch aber als Vorwand für die Abspaltung der Dnjestr-Republik diente. Hinzu kommt die Ranküne der russischsprachigen Nomenklatura und Kader, auch auf der mittleren und unteren Ebene, die ihre allein durch ihre Herkunft bzw. Sprache bedingten Privilegien in der moldauischen Gesellschaft eingebüßt haben: die Weigerung, Flugpiloten einzustellen, die soeben ihre Ausbildung in Rumänien beendet haben, spricht

Bände darüber, wie stark der Kampf um die Bewahrung sprachlicher Vorherrschaft in Schlüsselbereichen ist. Und schließlich gibt es die Konservativen, die alles bewahren und wiedergewinnen möchten, was sowjetisch war. Nicht zu übersehen ist, dass die Koalition dieser Kräfte ihre politische Stärke zum großen Teil daraus bezieht, dass als nachhaltiges Ergebnis der brutalen stalinistischen Entnationalisierungspolitik in der Masse der moldauischen Bauern das Bewusstsein der Zugehörigkeit zum rumänischen Kulturkreis nicht besonders ausgeprägt ist, weshalb besonders diese der unerwarteten Öffnung des Landes nach Rumänien hin unvorbereitet und hilflos gegenüberstanden. Dem aufmerksamen Leser wird aufgefallen sein, dass in dem kaleidoskopartigen Meinungsbild über den "Tag der Sprache" die Stimme dieser größten sozialen Gruppe in Moldova fehlt. Ihre Meinung lässt sich, sicherlich mit Abstrichen, aus Gesprächen in einem Dorf (Slobozia-Duşca am Dnjestr-Ufer) rekonstruieren, in welchem die Lehrer, der Bürgermeister und die Angestellten der Gemeindeverwaltung zu Wort kamen. Während die Lehrer(innen) sich mehrheitlich eindeutig zur rumänischen Sprache bekannten, war es ersichtlich, dass der Bürgermeister, dessen Rede im übrigen mit auffälligen Russismen gewürzt war, der Frage keinerlei Bedeutung beimessen wollte. Dieser Gleichgültigkeit begegnet man im ländlichen Milieu häufig.

Die politische Klasse der Mehrheitspartei hat sich ihre Symbole geschaffen, mit denen sie ihre Politik legitimiert und propagiert: die neue Nationalhymne, die nicht mehr mit der 1989 eingeführten rumänischen identisch ist; den "Tag der Unabhängigkeit", der auf seine Weise den Zwiespalt in der öffentlichen Meinung - welche Unabhängigkeit? von Russland oder von Rumänien? - manifestiert, den "Tag der Sprache", der vom Publikum zögerlich wahrgenommen, von den führenden Kreisen aber ostentativ gefeiert wird. Ein Alibi, mit dem die Rücknahme des Sprachgesetzes und aller Maßnahmen zur Durchsetzung des Rumänischen als Staatssprache bemäntelt wird.

Ein Kampf um Symbole ist der 1994 ausgelöste Glottonymstreit. Die vehement vorgetragene Forderung, die Sprachbezeichnung "Moldauisch" zu officialisieren, die vom Staatsnamen ausgeht und parallel zum Ethnonym "moldauisches Volk" postuliert wird, muß diejenigen schockieren, welche die Geschichte des "Moldauischen" seit 1924 kennen<sup>3</sup>, und noch mehr diejenigen,

<sup>3</sup> Vgl. Klaus Bochmann, „Moldauisch“ oder „Rumänisch“. Linguistische, kulturelle und politische Aspekte der Amtssprache“, in: *Der Donauraum*, Sonderheft "Republik

die sie am eigenen Leibe erlebt haben. Hinter dieser von vielen nur als symbolisch beurteilten Haltung steht aber die in der Erklärung der "Patriotischen Bewegung 'Pro Moldova'" vom 9. August 1994 deklarierte Warnung vor einer "samtenen, raffinierten und zeitlich ausgedehnten Assimilierung der letzten Gruppe von Moldauern" durch Rumänien<sup>4</sup>, ein sprachpolitisches Programm also, das die mühsame Verbreitung der rumänischen Standardsprache, die in den Sphären der öffentlichen Kommunikation ein durch die frühere Vorherrschaft des Russischen entstandenes Vakuum ausfüllte, in Gefahr bringen könnte. Grotesk mutet die Beweisführung für das Glottonym an. Die historische Legitimation wird bei Autoren gesucht, die das Glottonym in vormodernen, pränationalen Zeiten benutzten, als die Herausbildung einer rumänischen Standardsprache noch nicht auf der Tagesordnung stand. Dabei wird nicht einmal vor Fälschungen Halt gemacht. Dumitru Gramă hat in einem Vortrag im August d.J. in Vadul-lui-Vodă nachgewiesen, dass im Titel des vielzitierten Gesetzbuches des Fürsten Vasile Lupu aus dem 17. Jahrhundert nicht von *limba moldovenească*, sondern von ... *limba românească* die Rede ist. Die Bewegung 'Pro Moldova' beruft sich in der zitierten Deklaration jedoch hauptsächlich auf die 1985 in London erschienene Dezimalklassifikation der Sprachen der Welt, wo Moldauisch und Rumänisch getrennt aufgeführt sind: als ob es nicht auf der Hand liege, dass diese damals den offiziellen sowjetischen Angaben folgte.

Von dieser Autoritätengläubigkeit sind die Vertreter des Glottonyms "Rumänisch" indessen auch nicht völlig frei, wenn sie auch nahezu die gesamte Zunft der Linguisten - auch außerhalb der rumänischsprachigen Länder - auf ihrer Seite haben. Niemand zweifelt ernsthaft an der "wissenschaftlichen Wahrheit" - ein gern gebrauchter Ausdruck - der Einschätzung, dass das Standardrumänische das Ergebnis einer kulturellen Entwicklung ist, zu welcher auch die historische Moldau ihren Beitrag geleistet hat und der moldauische Subdialekt schon vor der Entstehung des rumänischen Nationalstaats im Rumänischen aufgegangen ist. Wenn es an weiteren linguistischen Beweisen für die Rumänizität des Moldauischen fehlte - die von den sechziger Jahren an systematisch betriebene und stillschweigend geduldete Angleichung der sprachlichen Normen des Moldauischen ans

Moldova", 1996, 3/4, S. 95-102; Klaus Heitmann, „Probleme der moldauischen Sprache in der Ära Gorbacev“, in: *Südost-Europa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung*, 38 Jg., Heft 1, 1989, S. 28-53.

<sup>4</sup>Declarația Mișcării Patriotice „Pro Moldova“, in: „*Moldova Suverană*“ vom 10. 8. 1994

Rumänische<sup>5</sup> dürfte die Beweislage abrunden. Die Entwicklung war 1989 so weit gediehen, dass nach dem Übergang zum lateinischen Alphabet im schriftlichen Ausdruck praktisch kein nennenswerter Unterschied zu Texten aus Rumänien mehr zu erkennen war. Und sogar in der Mündlichkeit hatten es - freilich anfangs nicht sehr viele - gebildete Sprecher zu Ausdrucksformen gebracht, bei denen man durchaus vom Vorhandensein eines Bewusstseins von gepflegter Rede nach rumänischem Muster ausgehen konnte. In der Zwischenzeit ist dieser Sprecherkreis bedeutend angewachsen. So kommt es auch, dass die "Moldovenisten" sich davor hüten, sprachliche Fakten zur Beweisführung ihrer Behauptungen anzuführen.

Dennoch haben sowohl die "wissenschaftliche Wahrheit" als auch der "korrekte Name Rumänische Sprache", wie es neben manchen anderen der frühere Präsident Mircea Snegur ausdrückt,<sup>6</sup> ihre Tücken. Letzten Endes entscheidet die Sprecher Mehrheit darüber, was der "korrekte" Name ihrer Sprache ist, und selbst die "wissenschaftliche Wahrheit" ist unter dem Druck der politischen Verhältnisse oft genug zur Revision gezwungen worden. Sicher fällt es schwer, unter den heutigen veränderten Verhältnissen eine moldauische Sprache anzuerkennen, die, solange sie als stalinistische Erfindung galt, der allgemeinen Ächtung anheimfallen konnte. Aber da es keineswegs sicher ist, wie eine von den derzeit Regierenden ins Auge gefaßte Volksbefragung zum Glottonym ausgehen würde, muß es dahingestellt bleiben, ob man sich auf die offizielle Version auf lange Sicht einstellen muß oder ob es den Kräften, die auf die sprachlich-kulturelle Einheit mit Rumänien setzen, gelingt, ihren Standpunkt genügend zu verbreiten. Ein Jahrhundert zaristischer und fünfzig Jahre stalinistischer Sprachpolitik haben tiefe Spuren hinterlassen. Auch das Glottonym wird davon abhängen, welche intellektuelle Strömung in Zukunft eine dauerhafte Hegemonie, d.h. intellektuell-moralische Führung, in Moldova errichten wird.

Zu den Streitpunkten gehört die harsche Kritik, die an der Qualität der Sprache geübt wird. Die Sprachpolitik der Vergangenheit hatte abweichende regionale, poplarsprachliche und archaische Züge so stark in den

<sup>5</sup>Vgl. Alexandru Dîrul / Ion Ețcu, „Cum a fost impusă denumirea >limba moldovenească< la est de Prut și cum se încearcă astăzi a o impune“, in: *Revista de lingvistică și istorie literară* (Chișinău), 5 (161) 1995, S. 38-45; von 1962 bis 1989 erschienen 19 Broschüren unter dem Titel *Cultivarea limbii*, die dem genannten Ziel dienten.

<sup>6</sup>Vgl. Mircea Snegur, „Limba română este numele corect al limbii noastre“, in: *Eu cred în viitorul Moldovei*, Chișinău, (o. V.) 1996, S. 16-28.

Vordergrund treten lassen und dem Eindringen russischer Lexeme und Phraseologismen so weit die Tore geöffnet, dass die heutige Sprache im Munde Ungebildeter (zu denen nun auch Politiker gehören) von Linguisten, Kritikern, Schriftstellern und anderen Fachverwandten als "degradiert", "denaturiert", "verstümmelt", als "sprachlicher Mischmasch" usw. stigmatisiert wird. Das betrifft so gut wie ausschliesslich die mündlichen Formen. Die notwendige Sprachpflege zeitigt in der Regel aber erst nach längerer Zeit Früchte, und diese werden im vorliegenden Fall um so geringer ausfallen, als gegenwärtig der Staat dafür kaum Interesse zeigt. Mit der Rückwendung zum Moldauischen kann die systematische Verbreitung der rumänischen Standardformen ins Hintertreffen geraten. Der offizielle Kampf gegen die Verwendung der zahlreichen rumänischen Schulbücher deutet die Richtung an, in welche die gegenwärtig herrschenden Kreise die Entwicklung treiben wollen, und genauso die Weigerung der Behörden, die Veröffentlichung wichtiger sprachwissenschaftlicher, der linguistischen Fundierung der Sprachpflege dienender Buchmanuskripte zu finanzieren. Andererseits muss man sich auch fragen, ob es richtig ist, in einer Situation, in welcher die öffentliche Stellung des Rumänischen durchaus noch nicht gefestigt ist, diejenigen mit Kritik an ihrer Sprache zu entmutigen, die es in der Öffentlichkeit gebrauchen. Dass sie es tun, ist in einer möglicherweise längeren Übergangsphase sicherlich wichtiger als die Unterschiede im Vergleich zum Standard Rumäniens.

Eines wird in der Regel in allen diesbezüglichen Diskussionen übersehen: von der Lösung der Sprachfrage hängt die weitere Entwicklung der Demokratie ab. Eine Beteiligungsdemokratie, die sich also nicht darin erschöpft, dass alle vier Jahre das Parlament neu gewählt wird, braucht eine sprachlich gebildete Bevölkerung, die in der Lage ist, sich die Quellen politischer Information selbständig zu erschließen und in den öffentlichen Diskurs einzugreifen. Dahin kann aber die moldauische Bevölkerung nicht gelangen, wenn ihr der Rückgriff auf das Rumänische und seinen sprachlich-kulturellen Erfahrungsschatz nicht ausdrücklich zugebilligt wird.

Dabei sind die Fortschritte in der Verbreitung und im öffentlichen Gebrauch des Rumänischen unbestreitbar: es gehört heute im Gegensatz zu früher zum Straßenbild der Großstädte, ist jetzt die erste Sprache in der Politik und dominiert in der Öffentlichkeit. Während z. B. vor 1989 die Akten des Obersten Sowjets (und offenbar auch alle Reden) ausschließlich auf Russisch verfasst waren, sind sie heute wenigstens zweisprachig; die meisten

Parlamentsabgeordneten sprechen Rumänisch. Wurden früher 98 % der Gerichtsprozesse auf Russisch geführt, so heute die meisten auf Rumänisch. Die meisten Wissenschaftler, die bisher für ihre Arbeit nur Russisch gebraucht hatten, haben sich in der Zwischenzeit die rumänischen Fachsprachen angeeignet. Und in der rumänischen Schule gibt es große Fortschritte, die Jugend hat sich den in Rumänien gültigen Standard gut angeeignet. Nur ist die Verpflichtung zu seiner Kenntnis unter den Angestellten im öffentlichen Sektor zurückgenommen worden, so daß manche Russen immer noch einsprachig sein können, ohne Nachteile dafür zu erwarten. In den Behörden - bereits bei der Grenzabfertigung - trifft man nicht selten auch noch einsprachige Russen an. Die Russen haben überdies wirtschaftliche Abhängigkeiten geschaffen: beispielsweise wird im Bankwesen weit überwiegend Russisch gesprochen.

Die Sprachpolitik der Republik Moldova ist durch Ambivalenz gekennzeichnet, die sprachpolitischen Triebkräfte sind polarisiert. Machen wir uns nichts vor: das Land zwischen Pruth und Dnestr ist wegen seiner Bevölkerungsstruktur und seiner wirtschaftlichen Lage in einer Situation, die im politischen Handeln offenbar gar nicht mehr Spielraum als für Ambivalenz lässt, und in welcher ein Aufeinanderzugehen der Kontrahenten bitter nötig wäre. Das Bewusstsein einer Sprach- und Kulturtradition, die mit der rumänischen identisch ist, steht auf der einen Seite, ebenso wie der Gedanke, dass die Hinwendung zu Rumänien die besseren Voraussetzungen für die Annäherung an Europa schafft, zu welchem das Land historisch und kulturell unzweifelhaft gehört. Auf der anderen Seite stehen die starke russische und die ukrainische Bevölkerungsgruppen, die noch dazu traditionell die Führungsschicht stellt, die wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland und der Ukraine, und die militärische Erpressbarkeit auf Grund der Stationierung russischer Truppen in Transnistrien und des Aufbau einer starken transnistrischen Armee. Das ist ein geopolitischer Rahmen, der auch auf die Sprachpolitik durchschlägt.

## Aspecte ale bilingvismului româno-rus din Republica Moldova

Anna DIEZ, Wien

Cu mulți ani în urmă, savanți străini de frunte, între care și Ferdinand Lot, își puneau întrebarea, cum de a reușit să persiste insula de românitate prezentată de masa etnică românească în fața populațiilor migratoare, care timp de o mie de ani s-au succedat în valuri de la răsărit spre apus? Populația autohtonă dacoromână, mai târziu românească, a stat mereu acolo unde au trăit strămoșii lor traco-geto-dacii și au transmis generațiilor viitoare forme de civilizație, cultură și de limbă, ce scot în relief individualitatea poporului român. Și pentru că „România e o țară înconjurată de români“, după cum s-a exprimat Nicolae Iorga referindu-se la stările dinaintea de Marea Unire (constatare actuală, din păcate, și astăzi), românii de azi, la fel ca și străbunii lor încearcă să opună rezistență în fața politicii de deznaționalizare și luptă pentru restaurarea patrimoniului românesc în vechile lui hotare, pentru întărirea conștiinței de unitate și solidaritate națională, în sfera căreia unitatea limbii ocupă un loc de mare importanță.

O sută de ani de ocupație rusificatoare țaristă și încă multe decenii de mutilare națională sovietică au făcut ca limba română vorbită în Republica Moldova să piardă treptat din declaratul prestigiu social, cu toate acestea românii dintre Prut și Nistru și cei de dincolo de Nistru au avut mereu convingerea că sunt de același neam cu frații din România și că vorbesc nu în „limba moldovenească“ -noțiune falsă, rezultatul unui moft politic, ci, totuși, românește.

Analiza comunităților bilingve și multilingve din Republica Moldova, reliefaarea particularităților limbilor vorbite în condițiile funcționării acestora în cadrul unui bilingvism subordonat, stabilirea factorilor sociali, psihologici și lingvistici, care generează perturbații în sistemele limbilor contactante - toate acestea ar contribui la rezolvarea unor probleme lingvistice de interes practic. Trebuie să menționăm că, în procesul funcționării ei alături de limba rusă, limba română vorbită în Republica Moldova a fost supusă unei puternice influențe, ce are tendința de a restructura tiparele de uz prin apariția unor

elemente străine în diverse nivele ale limbii. Interferența lexicală româno-rusă, ca efect specific al contactului lingvistic, este unul dintre aspectele procesului de difuziune culturală și al aculturației, iar extensiunea ei este condiționată de intervenția unor factori atât structurali, cât și nonstructurali. Printre cauzele principale care împiedică funcționarea limbii române ca limbă de stat în Republica Moldova, este atât numărul insuficient de materiale didactice, manuale, dicționare de limbă română, pe de o parte, cât și absența unor constante activități colocviale în limba maternă a românilor din Basarabia în majoritatea sferelor vieții sociale, economice și culturale, pe de altă parte.

Se știe că până în anul 1989, când în Basarabia limba română a fost decretată drept limbă de stat și s-a reintrodus alfabetul latin, limba română era vorbită doar sporadic nu numai în toate localitățile urbane, ci și în unele localități rurale cu populație mixtă. Specialiști din diverse domenii nu au avut posibilitate până în 1989 să studieze disciplinele de profil în limba română.

Astfel în vorbirea lor este folosită o terminologie substituită, preluată din limba rusă și românată, de tipul: ucol în loc de injecție, *zandirovanie* în loc de sondaj, *vâpiscă* în loc de extras, praf în loc de proces - verbal, *sprafcă* în loc de adevăr înțeles s.a.m.d.

Nepracticarea limbii române în diferite sfere ale vieții sociale din Republica Moldova, în grădinițe de copii, școli, în multe instituții superioare de învățământ, instituții administrative și de stat, la diferite adunări, sesiuni, ședințe a dus la înstrăinarea, într-o măsură oarecare, a românilor basarabeni de propria lor limbă și cultură, iar disconfortul generat de un bilingvism subordonat a dus, în anii din urmă, la intensificarea luptei pentru lărgirea funcțiilor sociale ale limbii române în Republica Moldova, pentru mărirea rezistenței în fața fenomenelor de interferență și scoaterea din uz a unor apariții lexicale inutile.

Procesul de înviorare națională menținut în perioada anilor șizeci de Em. Bucov, L. Deleanu, N. Costenco, G. Meniuc și continuat, după o lungă perioadă de stagnare în anii 1987 - 1994, și-a găsit susținere din partea unor savanți din România, cât și a unor oameni de știință din Rusia și din alte țări, printre care C. Tagliavini și Kl. Heitmann.

Investigarea unui material factologic referitor la familiile mixte din Republica Moldova, apariția cărora a fost determinată și de fenomenul migrației în cadrul fostei Uniuni Sovietice, a demonstrat că majoritatea copiilor descendenți din astfel de familii au studiat în școli cu predare în limba rusă, formându-și conștiința apartenenței lor la cultura și spiritualitatea rusă. Formarea personalității copiilor într-un cadru bilingv, în cazul când acest bilingvism se desfășoară doar într-o singură direcție, se realizează adesea în mod problematic. Studiarea obligatorie la o vârstă fragedă a celei de-a doua limbi încă din grădiniță, când copilul încă nu și-a însușit suficient de bine sistemul limbii materne, inspiră copiilor sentimentul că limba lor maternă este o limbă subdezvoltată, iar atitudinea de indiferență și chiar ostilitate față de limba română, manifestată până în 1989 în societate, îi determina pe acești copii să parcurgă momente dificile în procesul constituirii personalității lor. Acestea sunt doar câteva dintre cauzele ce determină apariția unor „reprezentanți fără limbă și nație ai cosmosului vulcanic de peste Nistru“ și Prut, astăzi la fel ca și atunci, când marele Sadoveanu străbătea drumurile basarabene, admirând vechea și frumoasa Moldovă și căuta să se convingă, ca atâtea alții de-a lungul istoriei, de faptul că sângele apă nu se face.

## VARIA:

### Zur Übersetzung der deutschen Modalverben ins Spanische und Katalanische dargestellt am Beispiel „sollen“<sup>1</sup>

Richard GROSS, Barcelona

I. Das Thema dieses Beitrags läßt sich mit zwei Fragen umschreiben:

1. Wie werden die Modalverben *müssen, sollen, können, dürfen, wollen* und *mögen* ins Spanische und Katalanische übersetzt?
2. Wie oder worin unterscheiden sich die verschiedenen Übersetzungsmöglichkeiten?

Diese Fragen sind motiviert durch den unbefriedigenden Wissens- und Forschungsstand auf dem Gebiet des deutsch-spanischen und deutsch-katalanischen Modalverbvergleichs. Die gängigen zweisprachigen Wörterbücher - Slaby / Grossmann, Langenscheidt, Amador, Tollhausen für das Spanische, Vogel, Guàrdia / Ritter sowie der *Diccionari der Enciclopèdia Catalana* für das Katalanische - weisen im Bereich der Modalverben einerseits Lücken auf und spiegeln andererseits den realen Textgebrauch der verzeichneten Ausdrucksmittel nur unzureichend und verzerrt wider. Dasselbe gilt für die mir greifbaren kontrastiven Studien - Moral (1969)<sup>2</sup>, Beldarraín Jiménez (1979)<sup>3</sup>, Hamacher (1979)<sup>4</sup>, Arnegger (1989)<sup>5</sup>, alle für das

<sup>1</sup> Schriftliche Fassung eines mündlichen Vortrags über das gleichnamige Dissertationsprojekt. Der Vortragsstil wurde weitgehend beibehalten.

<sup>2</sup> Moral, M., 1969. "Los verbos modales alemanes y su traducción al español", in: *Idioma* 6, 296-304.

<sup>3</sup> Beldarraín Jiménez, R., 1979. "Intento de descripción confrontativa de los verbos modales en alemán y en español", in: *Fremdsprachen* 23, 271-277.

<sup>4</sup> Hamacher, J., 1979. "Zur Übersetzung der deutschen Modalverben ins Spanische", in: *Lebende Sprachen* 24, 32-34.

<sup>5</sup> Arnegger, M., 1989. *Modalität im Deutschen und Spanischen*. Eine linguistische Studie zu den Modalverben im Vorfeld einer kontrastiven Grammatik. Magisterarbeit. München [Ludwig-Maximilians-Universität]

Sprachenpaar Deutsch-Spanisch, eine einschlägige deutsch-katalanische Untersuchung ist mir nicht bekannt. Sie sind erstens unvollständig, präsentieren zweitens selbstfabrizierte Beispielsätze stehen und unterschlagen drittens - ebenso wie die genannten Wörterbücher - die stilistisch-pragmatischen Gebrauchsangaben, die für jeden nicht-muttersprachlichen Sprachbenützer bzw. Sprachmittler unverzichtbar sind. Wer beispielsweise den Satz "Soll ich diesen Vortrag halten?" in eine der hier interessierenden Zielsprachen übersetzen will, weiß nach Befragung der genannten Studien und Nachschlagewerke nicht, welche zielsprachliche Form die Intention dieser Frage in kommunikativ adäquater Weise wiedergibt. Soll er / sie, wenn die Übertragungsrichtung Deutsch-Spanisch vorliegt, sagen.

## Beispiel (1)

- a) ¿Debo dar esta conferencia?
- b) ¿Tengo que dar esta conferencia?
- c) ¿He de dar esta conferencia?
- d) ¿Doy (o no doy) esta conferencia?
- e) ¿Quieres / quiere que dé esta conferencia?
- f) ¿Yo? ¿Dar esta conferencia?

Die zitierte Literatur gibt darüber keine Auskunft. Ich erspare mir / euch die katalanischen Übersetzungsvarianten, da sich die Verhältnisse dort ähnlich darstellen. Ziel meiner Untersuchung ist es, alle katalanischen und spanischen Modalverbentsprechungen durch das Verfahren des Textvergleichs zu erfassen und frequenzmäßig relevante Entsprechungen unter der Perspektive ihrer Textverwendung zu beschreiben. Ein Fernziel dieser Arbeit könnte in der übersetzungsunterrichtlichen Nutzbarmachung der zu gewinnenden Ergebnisse liegen. Eine entsprechende didaktische Aufarbeitung wäre somit einer im weitesten Sinne des Wortes translationslinguistisch gestützten Auffassung von Übersetzungsunterricht verpflichtet, einer Auffassung, die die genaue Kenntnis der jeweiligen zielsprachlichen Mittel als unabdingbare Voraussetzung für den Aufbau translatorischer Kompetenz ansieht.

Deutsche Modalverben und ihre spanischen und katalanischen Textentsprechungen. Damit ist ein Gegenstandsbereich vorgegeben, dem man sich von zwei Seiten annähern kann. Von der Seite der vergleichenden Sprachwissenschaft und von der Seite der Übersetzungswissenschaft. Insofern, als die Modalverben und ihre anderssprachlichen Äquivalente Teile der

jeweiligen Sprachsysteme sind, fallen sie in den Forschungsbereich der primär systemorientierten konfrontativen Linguistik. Indem die verglichenen Sprachformen aber in ihren jeweiligen ausgangs- und zieltextuellen Einbettungen untersucht werden, könnten (oder sollten) sie das Forschungsinteresse einer rede- oder diskursorientierten Translatologie verdienen. Ich werde auf das Verhältnis dieser Disziplinen zueinander und die sich daraus für meine Arbeit ergebenden Implikationen jetzt nicht eingehen. In der anschließenden Diskussion werde ich dazu gewiß Gelegenheit haben.

II. Ich komme zur Methode. Für eine Fragestellung dieser Art bietet sich die in der konfrontativen Linguistik entwickelte Methode des unilateralen oder einseitig zielgerichteten Vergleichs<sup>6</sup> an. Was heißt das? Es ist ein Verfahren, das zum Beispiel bei der Erstellung von zweisprachigen Wörterbüchern angewandt wird. Man geht von der Polysemie eines Wortes der Sprache A aus und sucht nach den Entsprechungen, die die verschiedenen Seme dieses Wortes in der Sprache B haben. Das Verfahren besteht aus drei Phasen:

1. einer semasiologischen Phase, in der die ausgangssprachliche Form in ihre semantischen Komponenten / Bedeutungsvarianten / Funktionen zerlegt wird. Um es am Beispiel von *sollen* zu zeigen: *Sollen* übernimmt verschiedene Funktionen wie

## Beispiel (2)

- a) die Imperativwiedergabe ("Du sollst mir endlich zuhören!"),
- b) die vermittelte Rede ("Mehrere Zuhörer sollen während des Referats eingeschlafen sein"),
- c) Finalität ("Der Blickkontakt mit dem Publikum soll den Vortragenden davor bewahren, in einen monologisierenden Redeton zu verfallen."),
- d) Plan / Vorhaben ("Das Romanistikinstitut soll ins alte AKH übersiedeln") u. a.

Die semantische Analyse erfolgt in Anlehnung an die vorliegenden Modalverbbeschreibungen (Grammatiken, Einzelstudien, Lehrbücher für Deutsch als Fremdsprache) und berücksichtigt, in Ergänzung dazu, eigene korpusgestützte Beobachtungen.

<sup>6</sup> Sternemann, R., 1983. *Einführung in die konfrontative Linguistik*. Leipzig, 58ff.

2. Die zweite Phase ist onomasiologisch orientiert, d.h., auf der Grundlage der ausgangssprachlichen Bedeutungsvarianten / Funktionen werden jene Formen ermittelt, die in der Zielsprache als Träger dieser Bedeutungen auftreten. Dabei gibt es drei Arten von Beziehungen:

- a) Eins-zu-eins-Beziehungen, d.h. einer ausgangssprachlichen Bedeutung steht genau eine zielsprachliche Form gegenüber (selten);
- b) konvergente Beziehungen, bei denen zwei oder mehreren ausgangssprachlichen Bedeutungen eine zielsprachliche Form entspricht (häufig);
- c) divergente Beziehungen, die dann vorliegen, wenn einer ausgangssprachlichen Bedeutung mehrere zielsprachliche Formen gegenüberstehen (Regelfall). Es sind vor allem oder fast ausschließlich diese Beziehungen, mit denen sich meine Arbeit befaßt. Sie seien daher am Beispiel der sollen-Funktion "vermittelte Rede" kurz illustriert:

Beispiel (3)

"Mehrere Zuhörer sollen während des Referats eingeschlafen sein."

- a) "Diuen que durant la seva ponència es van adormir diversos oients."
- b) "Sembla que durant la seva ponència es van adormir diversos oients."
- c) "Durant la seva ponència es van adormir diversos oients."
- d) "Durant la seva ponència s'haurien adormit diversos oients."

Die Besonderheit dieses Verfahrensschrittes besteht darin, daß für die Ermittlung der Zielsprachenkorrelate ausschließlich Übersetzungen verwendet werden. Das erweist zwei Vorteile. Übersetzungen spiegeln erstens die Vielfalt der real vorkommenden Redekorrelate wider und erleichtern zweitens - als Produkte konkreter Sprachverwendung - das Ableiten von kommunikativ-pragmatischen Aspekten der ermittelten Redekorrelate.

3. Um die kommunikativ-pragmatischen Aspekte geht es in der 3. Phase des Vergleichsverfahrens, der semasiologischen Analyse im Bereich der Zielsprache. Sie besteht darin, die Zielsprachenkorrelate gegeneinander stilistisch, d.h. kommunikativ-pragmatisch abzugrenzen, ihre Gebrauchsbedingungen zu bestimmen. Hier liegen die größten Schwierigkeiten der Untersuchung, zumal hier ein Terrain betreten wird, das, wie ich eingangs angedeutet habe, weitgehend unerforscht ist. So mangelt es sowohl im Spanischen als auch im Katalanischen an binnenkonfrontativen

Studien zu den jeweiligen Übersetzungsäquivalenten der deutschen Modalverben. Dieses Defizit wird verständlich, wenn man sich bewußt macht, daß sich eine Binnenkonfrontation der Übersetzungsäquivalente aus der Perspektive des Hispanisten / Katalanisten nicht aufdrängt, da die Übersetzungsäquivalente großenteils in heterogene grammatische und semantische Kategorien fallen und folglich von einem nicht sprachvergleichend arbeitenden Linguisten nicht als zusammengehörig betrachtet werden. Der Komparatist muß sich in so einem Fall in hohem Maße auf die eigene Beobachtung verlassen, mit all den Gefahren, die eine solche induktive Vorgangsweise birgt: von der voreiligen einseitigen Schlußfolgerung bis zur Gefahr als Nichtmuttersprachler Stildifferenzierungen in der Fremdsprache vorzunehmen.

Es geht also in der 3. Phase um die semantisch-stilistische Abgrenzung der zielsprachlichen Ausdrucksmittel. Abgrenzung setzt voraus, daß Grenzen vorhanden sind und namhaft gemacht werden können, was nichts anderes heißt, als daß sich Kriterien angeben lassen, nach denen ein Ausdrucksmittel A in einem bestimmten Kontext Z durch ein Ausdrucksmittel B nicht bedeutungsbewahrend substituierbar ist. Anders gesagt: daß es bei Anlegung strenger Kriterien keine absolute Synonymie gibt. Ich gehe von dieser Annahme aus, ja ich muß davon ausgehen, da die Untersuchung auf die Aufdeckung von Unterschieden und nicht auf deren Verwischung abzielt. Die gegenteilige Annahme wäre sinnlos. Nach Durchsicht des bislang erhobenen Datenmaterials habe ich folgende Differenzierungskriterien aufgestellt:

1. Distributionskriterium: es gibt a) Ausdrucksmittel, die in bestimmten Umgebungen oder Kotexten nicht vorkommen und b) Ausdrucksmittel, die nur in bestimmten Umgebungen oder Kotexten vorkommen. Ein Beispiel für den letztgenannten Fall wäre Beispiel 3c. Diese Äußerung ist nur in einer Sequenz von Äußerungen der vermittelten Rede möglich, sie ist an das Vorhandensein eines die vermittelte Rede kennzeichnenden Elements im vorausgehenden Kontext gebunden, wie etwa ein redeeinleitendes Verb vom Typus "diuen" oder eine formelhafte Fügung von der Art "segons diuen". Die Vermitteltheit der Aussage muß in jedem Fall im Kotext signalisiert sein. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, statt Einzelsätzen Textsegmente zu vergleichen.

2. Textsortenkriterium: Es gibt Ausdrucksmittel, die für bestimmte Textsorten einschlägig sind. Äußerung 3d) mit dem *condicional* der Distanzierung ist typisch für die Textsorte "Pressemeldung" oder "Zeitungsbericht".

3. Variationskriterium: Die Variation der Ausdrucksmittel ist in spanischen und katalanischen Übersetzungssegmenten höher als in den entsprechenden Originalpassagen. Dazu ist zweierlei zu sagen. Erstens: Diese Beobachtung betrifft nicht nur die Wiedergabe von Modalverbsequenzen, sie gilt auch für andere sprachliche Elemente. Es dürfte sich hierbei um eine allgemeine Stiltendenz wenn nicht des Katalanischen und des Spanischen insgesamt, so doch der katalanischen und spanischen Übersetzer handeln, die wie die meisten Übersetzer kein natürliches Verhältnis zur Sprache haben / haben können. Dieser Hang zur stilistischen Abwechslung wäre gewiß einer gesonderten Untersuchung wert. Zweitens unterstreicht diese Beobachtung die schon weiter oben aufgezeigte Wichtigkeit des Textsegmentvergleichs gegenüber dem Satzvergleich. Ich vergleiche Satz- und Äußerungsfolgen und nie Einzelsätze bzw. -äußerungen. Als Beispiel für das Variationskriterium könnte man 3a) und 3b) anführen, dann nämlich, wenn eine der beiden Formen (z. B. "diuen que") im Satzumfeld steht und ihre Wiederholung vermieden werden soll.

4. Sprechhandlungskriterium: Die einzelnen Übersetzungsvarianten korrespondieren häufig mit unterschiedlichen Sprechhandlungen. Bedeutsam sind in diesem Zusammenhang die Einstellung der Sprecher und die Beziehung der Sprecher zueinander. Durch die Äußerungen 3a) und 3b) kommen unterschiedliche Sprechereinstellungen zum Ausdruck. (3a) "Diuen que durant la seva ponència es van adormir diversos oients" ist die objektive Wiedergabe einer fremden Aussage in Form indirekter Rede. Das Hauptsatzverb und der Subjunktoren weisen die Aussage als nicht vom Sprecher kommend aus. Die Einstellung des Sprechers zur referierten Proposition ist neutral. Es handelt sich um das, was Austin in seiner Klassifikation von Sprechakten (1979) expositive Äußerungen nennt (dazu gehören: behaupten, feststellen, bemerken, erwähnen u. a.).<sup>7</sup> Anders verhält es sich mit (3b) "Sembla que durant la seva ponència es van adormir diversos oients." Es ist die inferentielle Wiedergabe eines Sachverhalts. Die Aussage des Nebensatzes wird nicht als aus einer fremden Quelle stammend angezeigt. Es gibt für den Sprecher Hinweise,

<sup>7</sup> Austin, J. L., 1979, *Zur Theorie der Sprechakte*. Stuttgart, 180ff. Englisch Original: *How to do things with words?* Oxford 1962.

Indizien, es hat für ihn gewissermaßen den "Anschein", daß die subjungierte Proposition zutrifft. Es handelt sich hier um das, was Austin verdiktive Äußerungen nennt, zu denen er Äußerungen wie schätzen, bewerten, taxieren, beurteilen u. a. zählt.<sup>8</sup>

III. Ich komme zum dritten Teil des Referats, in dem ich das vorgestellte Verfahren auf eine konkrete Funktion des Modalverbs *sollen* anwenden möchte, nämlich auf seine Funktion in rhetorischen Ergänzungsfragen. Der methodologischen Stringenz halber muß ich, um zu rhetorischen *soll*-Ergänzungsfragen zu gelangen, das Verfahren in folgender Weise abändern:

1. Die semasiologische Phase in der Ausgangssprache wird nach dem formalen Kriterium "Satzart" in vier Teilphasen aufgegliedert. Untersucht wird die Funktion von *sollen* in Aussagesätzen, in Fragesätzen, in Aufforderungssätzen und in Wunschsätzen. Dieser methodologische Schritt korrespondiert mit zwei Tatbeständen:

- a) den je nach Satzart unterschiedlichen Wiedergabemitteln in jeder der beiden Zielsprachen;
- b) den unterschiedlichen Häufigkeiten bei gleichen Wiedergabemitteln in den Zielsprachen.

Ein Beispiel für a): Die Wiedergabemittel für referierendes *sollen* kommen nur in Aussagesätzen (seltener in Fragesätzen), nicht aber in Wunsch- und auch nicht in Aufforderungssätzen vor:

"Er soll über eine Stunde gesprochen haben." - "Diuen que va parlar més d' una hora." (oder ein anderes Verb des Sagens) / "Sembla que va parlar més d' una hora."

Ein Beispiel für b): Die katalanische Verbalperiphrase "haver + infinitiu" kommt als Ausdrucksmittel für Wünsche seltener vor als in deklarativer Funktion:

"Er soll dafür bestraft werden!" - "Ha de ser castigat!" bzw. - häufiger - "Que el castiguin!"

<sup>8</sup> ebda., 170ff.

2. Die Fragesätze werden in echte und in scheinbare Fragen geschieden, d.h. in Informationsfragen und in rhetorische Fragen. Hier setzt die semasiologische, bedeutungsdifferenzierende Phase ein. In der Literatur zum Modalverb *sollen* wird diese Differenzierung nicht vorgenommen, wie überhaupt die Verwendung von *sollen* in Fragesätzen noch nicht in das Blickfeld germanistischen Forschungsinteresses gerückt zu sein scheint. Die Auswertung meines Korpus hat ergeben, daß 80% der *soll*-Fragen rhetorischen Wert haben. Sie unterscheiden sich von den echten Fragen in der Art und in der Vorkommenshäufigkeit der Wiedergabemittel:

Die spanische Verbalperiphrase "ir a + infinitivo" ist nur in rhetorischen, nicht aber in echten Entscheidungsfragen ausgewiesen. Und in Ergänzungsfragen weist dieselbe Verbalperiphrase unterschiedliche Häufigkeiten auf: sie tritt 100mal in rhetorischen Ergänzungsfragen (von insgesamt 313 Belegen) auf, hingegen nur 4mal in echten Ergänzungsfragen (von insgesamt 40 Belegen) - d.h., sie ist in der echten Ergänzungsfrage einer starken Selektionsbeschränkung unterworfen.

3. Der dritte Teilschritt führt zur rhetorischen Ergänzungsfrage. Ich trenne sie von der rhetorischen Entscheidungsfrage und begründe die Trennung wiederum durch die empirisch belegten Unterschiede in der Vorkommensfrequenz der erhobenen Wiedergabemittel. Ich möchte nur einen von mehreren stark divergierenden Vergleichswerten angeben: die spanische Verbalperiphrase *tener que + subjuntivo* erscheint in der rhet. Ergänzungsfrage 9mal in 313 Belegen (= 2,8%), in der rhetorischen Entscheidungsfrage 20mal in 88 Belegen (= 24,5%).

Damit komme ich zur zweiten, zur onomasiologischen Phase des Verfahrens, den spanischen Entsprechungen für *sollen* in rhetorischen Ergänzungsfragen. Die Auswertung von 312 Belegen hat die folgenden Formen mit den nebenstehenden Vorkommensziffern erbracht:

Ir a + infinitivo	100	Vorkommen
Poder + infinitivo	60	"
Haber de + infinitivo	43	"
Querer que + subjuntivo	29	"
Unmodalisiertes Vollverb	20	"
Vollverb im Futur	14	"
Infinitivo	13	"
Umwandlung in neg. Assertion	12	"

Tener que + subjuntivo	9	"
Vollverb im condicional	8	"
Deber + infinitivo	3	"
Hay que + subjuntivo	1	"

Zwei Worte zum Korpus. Das Korpus der spanischen *soll*-Fragen-Entsprechungen insgesamt (= echte Fragen und rhetorische Fragen zusammengenommen) umfaßt 530 Belege, die 37 Übersetzungen - darunter einige Mehrfachübersetzungen - deutschsprachiger Texte des 20. Jahrhunderts entnommen sind. Die Übertragungen stammen von 24 Übersetzern, sie entstanden durchwegs zwischen 1960 und 1990. Als Verlagsorte der Übersetzungen scheinen Barcelona, Madrid und Buenos Aires auf. Regiolektale Unterschiede in der Wiedergabe der *soll*-Fragen konnten nicht festgestellt werden - was nicht heißt, daß es solche Unterschiede nicht gibt. Bei den Texten handelt es sich um 19 Dramen, sieben Kunstprosa- und zwei Sachprosaerwerke. (Ich erspare mir die Aufzählung der Titel). Der Überhang der dramatischen Werke ist durch das erhöhte Auftreten des Untersuchungsobjekts in fingierter gesprochener Sprache zu begründen (Modalverben treten in Dialogen häufiger auf als in Monologen). Soviel zum spanischen Korpus, auf das sich die bislang gewonnen Erkenntnisse beziehen. Aus Zeitgründen, und weil ich mich hier auf die Konfrontation Deutsch-Spanisch beschränken möchte, sei zum katalanischen Korpus nur gesagt, daß es weniger Texte umfaßt. Die Übersetzungsliteratur in katalanischer Sprache weist einen historisch bedingten bzw. veranlaßten Fehlbestand auf, was nicht bedeutet, daß sich ein repräsentatives Arbeitsmaterial nicht zusammenstellen ließe.

3. Der dritten Phase des Verfahrens, der Kontrastierung der Wiedergabemittel möchte ich eine kurze Beschreibung der involvierten Begriffe - *sollen* und rhetorische Frage - voranstellen.

Die Bedeutung von *sollen* ist auf ein fremdes Wollen zurückzuführen. "Ich soll endlich zur Sache kommen" heißt, daß ein anderer (z.B. ein Zuhörer) von mir will, daß ich eine bestimmte Handlung wie "zur Sache kommen" vollziehe. *Sollen* impliziert mithin eine dreifache pragmatische Wertigkeit. Es enthält: erstens, einen extrasubjektiven zielsetzenden Aktanten, der ein Handlungsziel vorgibt; zweitens, den subjektiven, weil im Subjekt des Satzes stehenden Aktanten (auch Handlungsadressat genannt), dem das Handlungsziel vorgegeben wird; und drittens ebendieses vorgegebene Handlungsziel, das durch *sollen* gekennzeichnet ist. Zu den pragmatischen

Bedingungen von *sollen* gehört weiterhin, daß der zielsetzende Aktant vor der Einleitung der *soll*-Handlung überprüft, ob der Handlungsadressat das Handlungsziel realisieren kann, bzw. daß er Gründe für die Annahme haben muß, daß auf Seiten des Adressaten eine Realisierungsmöglichkeit besteht.<sup>9</sup> Anders gesagt: Es soll nicht sein, was nicht sein kann. Dazu ein Zitat von Kelsen:

"Eine Norm, die vorschreiben würde, daß etwas geschehen solle, wovon man von vornherein weiß, daß es notwendigerweise kraft Naturgesetz immer und überall geschehen muß, wäre ebenso sinnlos wie eine Norm, die vorschreiben würde, daß etwas geschehen soll, von dem man von vornherein weiß, daß es kraft Naturgesetz überhaupt nicht geschehen kann."<sup>10</sup>

Zur rhetorischen Frage: Eine Frage ist dann rhetorisch, wenn der Sprecher keine Antwort erwartet, sei es weil a) er selber die Antwort nachliefert, sei es weil b) die Antwort nach Meinung des Sprechers bereits in der Frage enthalten ist und der Sprecher nur die Zustimmung des Angesprochenen oder Befragten will. Dabei steht die Frage zu der in ihr enthaltenen Antwort, die eine Aussage, eine Assertion ist, im Verhältnis einer entgegengesetzten Polarität, sie ist entgegengesetzt markiert:

Einer Fragestellung wie - Beispiel (5) - "Wer hält im Juni schon gern ein Referat?" entspräche die negative Aussage "Keiner hält im Juni gern ein Referat", während umgekehrt der Frage in Beispiel (6) "Wer hält im Juni nicht gern ein Referat" die positive Assertion "Jeder hält im Juni usw." entspricht. Ich betrachte die rhetorische Frage - und das ist jetzt wichtig - als den einen Pol dessen, was ich als Fragespektrum oder Fragekontinuum bezeichnen möchte. Den anderen Pol bildet die eigentliche oder Informationsfrage, bei der die Antwort in der Vorstellung des Sprechers, des Fragenden nicht-determiniert oder offen ist. Dazwischen liegt ein weites Spektrum an Übergangstypen, die eine mehr oder weniger offene, mehr oder weniger festgelegte bzw. in eine bestimmte Richtung gelenkte Antwort hervorrufen (sollen). So läßt der letzte Beispielsatz auch eine weniger apodiktische Paraphrase zu wie "Ich bezweifle, daß im Juni niemand gern ein Referat hält." Ausschlaggebend für die Wahl der Paraphrase dürfte der Intensitätsgrad des

<sup>9</sup> Ehlich, K. / Rehbein, J., 1972. "Einige Interrelationen von Modalverben", in: D. Wunderlich, Hg., *Linguistische Pragmatik*. Frankfurt (Main), 322ff.

<sup>10</sup> Kelsen, H., 1967. *Reine Rechtslehre*. Wien, 11.

rhetorischen Pathos sein, der an der Intonationskurve abzulesen ist. Ich kann aus Zeitgründen hierauf nicht weiter eingehen.

Auch rhetorische *soll*-Fragen sind einer Umwandlung in unterschiedlich nuancierbare Aussagesätze zugänglich. Sie erweisen zudem die Besonderheit, daß das Modalverb *sollen* bei der Umwandlung in die Assertion durch *können* oder *werden* ersetzt werden muß. Beispiel (7): "Wer soll das denn verstehen?" ist umzuformen in "Niemand kann / wird das verstehen.", nicht aber in "Niemand soll das verstehen." Dies muß berücksichtigen, wer die katalanischen und spanischen Wiedergabemittel für rhetorische *soll*-Fragen kontrastiert.

Damit bin ich bei der Kontrastierung der spanischen Korrelate von rhetorischen *soll*-Ergänzungsfragen angelangt. Ich beschränke mich auf die Kontrastierung der Verbalperiphrasen *ir a + infinitivo* und *poder + infinitivo*. Nicht nur aus Zeitmangel, sondern auch und vor allem weil ich sie als paradigmatisch betrachte, weil die anderen Formen sich ihnen zuordnen lassen.

Es gibt

- a) Fälle, in denen *poder + infinitivo* nicht vorkommt
- b) Fälle, in denen *poder + infinitivo* und *ir a + infinitivo* in unterschiedlicher Bedeutung / Funktion auftreten können
- c) Fälle, in denen *ir a + infinitivo* nicht vorkommt

Die Verbalperiphrase *poder + infinitivo* tritt als Entsprechung zu rhetorischen *Sollen* in bestimmten satzinternen Umgebungen nicht auf.

1. Nach bestimmten Fragewörtern:

- a) In Fragesätzen, die durch *por qué* oder *para qué* eingeleitet sind:

Beispiel (8)

Schmitz: Und wenn er auf die Idee kommt, die Polizei zu rufen? [...]  
Der Andere: Langsam! Langsam... Halt. [...] Wieso soll er die Polizei rufen?  
Schmitz: Wieso nicht?  
Der Andere: Weil er selber strafbar ist. (M. Frisch, *Biedermann und die Brandstifter*, S. 111/112)

SCHMITZ. -¿Y si se le ocurre llamar a la policía? [...]  
 EL OTRO. - Despacio..., despacio... ¡Alto! [...] ¿Por qué va a llamar a la Policía?  
 SCHMITZ. -¿Por qué no?  
 EL OTRO. -Porque también él puede ser castigado. [...] (M. Frisch, *Biedermann y los incendiarios*, S. 525)

## Beispiel (9)

EDGAR: [...] Ich will kein Bauer sein, der in einem isolierten Raum sitzt, vor sich eine Tastatur mit tausend Zeichen, und Frühling, Sommer, Herbst und Winter, das liest er vom Bildschirm ab. Warum soll ich mir einen Buchstaben in die Idiotensprache vom Computer übersetzen: ja-nein-nein-ja, wenn es ihn gibt! (F. X. Kroetz, *Nicht Fisch Nicht Fleisch*, S. 103)

EDGARDO: [...] No quiero ser campesino que está sentado en un cuarto aislado, frente a un teclado con mil signos que digan: primavera, verano, otoño e invierno, palabras que aparecen también en la pantalla. ¡Para qué voy a traducir una letra que ya existe, al lenguaje idiota del computador! (F. X. Kroetz, *Ni Carne ni pescado*, S. 213)

b) Nach *cuánto* in den Verbindungen *cuánto más*, *cuánto tiempo* und *cuántas veces* als Äquivalente für die Fragewörter *wie oft* (*noch*), *wie lange* und *wieviel*:

## Beispiel (10)

FEDERZONI: [...] Wie oft soll ich euch noch sagen, daß ich nicht die Bücher lesen kann, sie sind in Latein. (B. Brecht, *Leben des Galilei*, S. 123/24)

FEDERZONI: [...] ¡Cuántas veces les voy a repetir que no puedo leer los libros porque están en latín! (B. Brecht, *Vida de Galilei*, S. 164)

2) In negativen Fragesätzen:

## Beispiel (11)

JOHANNA: [...] Natürlich, wenn jeder seinem Nächsten wegen einem Stückchen Schinken aufs Brot mit einer Axt über den Kopf hauen muß, damit er es ihm vielleicht abtritt, was er doch braucht zu seines Lebens Notdurft, und der Bruder ringet mit dem Bruder um das Nötigste, wie soll da der Sinn für das Höhere nicht ersticken in des Menschen Brust? [...] (B. Brecht, *Die Heilige Johanna der Schlachthöfe*, S. 72/73)

JOHANNA: [...] Naturalmente, cuando todo el mundo tiene que partir la cabeza a su vecino para tener un pedacito de jamón sobre su pan, y para que tal vez le ceda lo que necesita para vivir, y cuando el hermano tiene que pelear con su hermano por lo más necesario, ¿cómo no va a ahogarse en el pecho del hombre el sentido de lo elevado?! [...] (B. Brecht, *Santa Juana de los mataderos*, S. 81/82)

3) Die Verbalperiphrase *poder* + *infinitivo* wird - aus Gründen des sprachlichen Wohlklangs - dann gemieden, wenn *poder* selbst im Infinitiv des Modalsyntagmas steht.

## Beispiel (12)

Siehst du ... du kannst es nicht. Natürlich nicht. Wie solltest du es auch können. (P. Süßkind, *Das Parfum*, S. 97)

¿Cómo ibas a poder? (P. Süßkind, *El perfume*, S. 74)

\* ¿Cómo podrías (podías) poder?

4) *Poder* + *infinitivo* wird zur Wiedergabe von *sollen* nicht verwendet, wenn in der Umgebung ein zweites *poder* - meist als Entsprechung für *können* - mit bedeutungsdifferenzierender oder konkurrierender Funktion auftritt. Das folgende Beispiel ist der Gruppe der rhetorischen Entscheidungsfragen entnommen, da das Korpus der Ergänzungsfragen keinen einschlägigen Beleg aufweist.

Die Verhältnisse dürften aber analog sein.

## Beispiel (13)

Und der Briefträger und die kleine Frau Wilke aus der vierten Etage mußten Riesenschritte machen, wie die Störche im Salat, um Sieg und Niederlage nicht zu gefährden. Sie stiegen vorsichtig über Freund und Feind hinweg, und ich merkte es gar nicht. Denn ich war der Frontgeneral und der Generalstabschef für beide Armeen. Von mir hing das Schicksal aller beteiligten Jahrhunderte und Völker ab. Da hätte mich ein Postbote aus Dresden-Neustadt stören sollen? Stören können? (E. Kästner, *Als ich ein kleiner Junge war*, S. 46)

[...] Pasaban con cuidado por encima de amigos [sic] y yo no me daba cuenta de nada, pues yo era el general del frente y el jefe del Alto Estado Mayor de los dos ejércitos. De mí dependía el destino de todos los siglos y pueblos participantes. ¿Me iba a haber molestado un cartero de Dresde-Neustadt? ¿Me hubiera podido molestar? (66/67)

Die Ersetzung von "me iba a haber molestado" durch *poder* - "¿Me podría haber molestado un cartero de Dresde-Neustadt?" - würde den Bedeutungsunterschied verwischen und das Spannungsgefälle zwischen den Sätzen einebnen, ja der letzte Satz würde sinnlos und damit überflüssig werden.

Ich möchte nun von den distributionellen Restriktionen, deren Aufzählung keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Geschlossenheit erhebt, abschwenken und zur Kontrastierung der zu besprechenden Verbalperiphrasen übergehen. Ich beginne mit der Frage: Warum läßt sich eine rhetorische *soll*-Frage mit *poder* + *infinitivo* wiedergeben? Wir finden die Antwort auf diese Frage in den oben skizzierten pragmatischen Bedingungen von *sollen*. *Sollen* enthält, sagte ich, die Komponente "können", ein durch *sollen* deklariertes Handlungsziel hat zur Voraussetzung, daß es auch erreicht, realisiert werden kann. Sehen wir uns noch einmal das Beispiel Nr. 13 an, es ist geeignet, diesen Zusammenhang zu erhellen. Darin heißt es: "Da hätte mich ein Postbote aus Dresden-Neustadt stören sollen? Stören können?" "Stören können" bewirkt eine Erweiterung und eine Steigerung der vorangehenden Frage. Eine Steigerung insofern, als der Akzent im Unterschied zum Akzent der ersten Frage nicht auf dem MV-Komplement

"stören", sondern auf dem MV selbst liegt; und eine Erweiterung, weil die Ergänzung der Ellipse "Stören können?" zu ihrem vollständigen Wortlaut die Einfügung von "überhaupt" gestattet - "Hätte er mich denn überhaupt stören können?" - , einer Modalpartikel, die nach Helbig's Lexikon der deutschen Modalpartikeln auf etwas Allgemeines, Übergeordnetes oder Grundsätzliches abzielt.<sup>11</sup> Was durch "Stören können?" hinterfragt (= negiert) wird, ist die Voraussetzung für die schon im Vordersatz in Frage gestellte Annahme eines "Störens", ist der Bedingungsrahmen für die Probabilität oder Plausibilität dieser Annahme. Anders ausgedrückt: In Zweifel gezogen = negiert wird hier die Möglichkeit des "Störens", ergo ist die auf einer angezweifelten = negierten Möglichkeit fußende Annahme / Vermutung eines "Störens" sinnlos. Es soll nicht sein, was nicht sein kann. Was Kästner hier macht, ist nichts anderes als die Herausstellung der Possibilitätskomponente von *sollen*, die in rhetorischen Fragen in den Fokus der Mitteilungsintention rücken kann.

Damit läßt sich die Frage "Warum kann man eine rhetorische *soll*-Frage mit *poder* übersetzen" einer Antwort zuführen. Eine rhetorische *soll*-Frage erlaubt eine Wiedergabe mit der *poder*-Periphrase, weil *poder* / *können* einen in der Frage fokussierungsfähigen Teil der semantisch-pragmatischen Konstitution von *sollen* ausmacht.

Daran anschließen muß die für meine Arbeit vorrangige Frage: Wann bzw. in welchen Kontexten wird eine *soll*-Frage mit der *poder*-Periphrase übersetzt? Antwort: Die *poder*-Periphrase stellt sich in rhetorischen Fragen dann ein, wenn es darum geht, auf die Nichtexistenz der für die Zielrealisierung notwendigen sachlich-objektiven Bedingungen abzuheben. Mit *poder* wird das konditionale Umfeld des von außen gesetzten Handlungsziels ins Visier genommen. Der Grundtypus der Frage wäre in etwa: Wie kann denn p (= propositionaler Inhalt) sein / geschehen / gemacht werden, wenn mir mein Wissen von der Welt keine Anhaltspunkte dafür gibt, daß p sein / geschehen / gemacht werden kann? Der Urheber des Handlungsziels (Forderung, Aufforderung, Annahme, Behauptung), der zielsetzende Aktant also - und das scheint mir entscheidend zu sein - wird bei der *poder*-Periphrase ausgeblendet, er wird von der Intention der Frage nur indirekt berührt.

Darin liegt m. E. der kardinale Unterschied zur Periphrase mit *ir a* + *Infinitivo*. Sie nimmt über die Infragestellung der Handlungsbedingungen den

<sup>11</sup> Helbig, G., 1990. *Lexikon deutscher Partikeln*. Leipzig, 222ff.

zweiten fokussierbaren Teil der sollen-Semantik in den Blick, nämlich den handlungszielsetzenden Aktanten. Wie leistet sie das? Die *ir a* - Periphrase besitzt neben der futuralen und inchoativen Funktion (Ausdruck zukünftigen Geschehen und Kennzeichnung eines Handlungsbeginns) auch einen modalen, einen volitiven Wert, sie dient zur Formulierung von Absichts-, Willens- oder Entschlußäußerungen. Mit der Formel - Beispiel (14) - "Voy a acabar" - "Ich will zum Schluß kommen" bekundet z. B. ein Referent seinen Willen zur umgehenden Herbeiführung des Endes seines Referats. "Voy a acabar" heißt "Quiero acabar", es ist sprecherbezogen, der Sprecher weist sich selbst als Träger des Willens aus. Anders verhält es sich mit dem Willensträger in der rhetorischen Frage. Nehmen wir an, in einem anfangs gespannt lauschenden Publikum werde nach einer gewissen Zeit Unmut vernehmlich, der sich in dem Zwischenruf - Beispiel (15) - "¡Acaba ya!" - "Aufhören!" artikuliert. Und der Vortragende, nicht gewillt, der Aufforderung Folge zu leisten, entgegnet: "¿Cómo voy a acabar si apenas he llegado a lo esencial de mi ponencia?" - "Wie soll ich aufhören, wo ich doch gerade zum Kern meines Referats gelangt bin?" Der mit "¿Cómo voy a acabar si...?" repliziert, ficht selbstredend nicht seinen eigenen, subjektiven Willen an. Das wäre absurd, und eine entsprechende Substitution durch *querer* in der ersten Person, also "¿Cómo quiero acabar si apenas...?" macht es deutlich. Für "¿Cómo voy a acabar si...?" eintreten kann nur ein *querer* in der zweiten Person, ein "¿Cómo queréis que acabe si...?", das auf den außersubjektiven Willen des zielsetzenden Aktanten gerichtet ist. Das bedeutet nichts anderes, als daß der Sprecher mit der *ir a* - Periphrase sein Gegenüber ins Auge faßt, indem er das an ihn herangetragene Handlungsziel an dieses Gegenüber zurückweist und im selben Zug negiert.

Was folgt daraus für den Gebrauch dieser Periphrasen?

1. Wenn *ir a + infinitivo* ein von außen kommendes Ansinnen zurückweist, dann ist es naturgemäß auch rückverweisend oder anaphorisch. Es setzt einen vorangegangenen Sprechakt voraus und nimmt auf diesen Bezug. Demnach erweist sich diese Periphrase als das in Dialogen bevorzugte Wiedergabemittel für rhetorische *soll*-Fragen. Die Beispiele hierfür sind Legion: (Beispiel (16))

FRAU OBERMÜLLER: [...] - geh doch rasieren, du wirst ja noch nich mal mitm Rasieren fertig!

OBERMÜLLER: Fertig fertig fertig, wie soll ich denn fertig werden, wenn überhaupt alles versagt, wo bleibt denn Fanny? (C. Zuckmayer, *Der Hauptmann von Köpenick*, S. 275)

SEÑORA OBERMÜLLER. - [...] Vete a afeitarte, ¡no vas a acabar nunca!

OBERMÜLLER. - Acabar, acabar, acabar, ¿cómo voy a acabar si todo son impedimentos? ¿Dónde está Fanny? (C. Zuckmayer, *El capitán de Köpenick*, S. 490/91)

Demgegenüber findet sich die nicht rückverweisende *poder*-Periphrase vorzugsweise in monologischer Rede.

Beispiel (17)

Ich sah in das Coupé zurück. Gegenüber las ein Herr die Národní Listy vom letzten Sonntag, ich sah dort ein Feuilleton von Ruzena Jesenská, borge es mir aus, fange es nutzlos an, lasse es liegen und sitze nun da genau mit Deinem Gesicht, wie es beim Abschied auf dem Bahnhof war. Eine Naturerscheinung war das dort auf dem Perron wie ich sie noch nie gesehen habe: Sonnenlicht, das nicht durch Wolken, sondern durch sich selbst trübe wird. Was soll ich noch sagen? Die Kehle folgt nicht, die Hände folgen nicht. (F. Kafka, *Briefe an Milena*, S. 83)

[...] ¿Qué más puedo decir? La voz no me obedece, las manos no me obedecen. (F. Kafka, *Cartas a Milena*, S. 478)

2. Wenn mit *ir a + infinitivo* ein Ansinnen zurückgewiesen wird, darf auf seiten des zurückweisenden Sprechers hinsichtlich der Unbilligkeit des Ansinnens kein Zweifel durchscheinen. Die *ir a* -Periphrase indiziert oder suggeriert einen hohen Gewißheitsgrad des Sprechers in bezug auf den propositionalen Gehalt der Frage. Sie tritt daher häufig in Kookurrenz mit anderen Gewißheit anzeigenden Signalen auf. Solche Signale können sein:

a) die explizite Negation einer Realisierungsmöglichkeit:

Beispiel (18)

DIE FANT: [...] Aber meine vierzehn Spiegel hat er mir alle aus dem Haus getragen. Vierzehn Spiegel! Meine vierzehn Spiegel! Wie sollen meine Mädchen arbeiten ohne Spiegel? Das ist kein Arbeiten.

So kann man nicht arbeiten. Meine Mädchen sind verzweifelt. (E. Canetti, *Komödie der Eitelkeit*, S. 84)

LA BISOÑO: [...] Lo que sí ha hecho es llevarse todos los espejos de mi casa. ¡Catorce espejos! ¡Mis catorce espejos! ¿Cómo van a trabajar mis chicas sin espejos? ¡Eso no es trabajo! ¡Así no se puede trabajar! ¡Mis chicas están desesperadas! (E. Canetti, *La comedia de la vanidad*, S. 92)

b) die implizite Negation einer Realisierungsmöglichkeit:  
Beispiel (19)

DOKTOR: Ich kann nicht sehen, wenn ich ein Tuch über dem Kopf habe. Das bin ich nicht gewohnt. Wie soll ich gehen, wenn ich keinen Boden sehe! (M. Frisch, *Andorra*, S. 301)

MEDICO. - No veo nada con la cabeza tapada con un paño. No estoy acostumbrado. ¿Cómo voy a caminar si no veo el suelo? (M. Frisch, *Andorra*, S. 731)

c) lexikalische Intensifikatoren wie "seguro", "naturalmente" "absolutamente" u. a. (Beispiele unter 20)

Donna Inez: Sie täuschen sich ganz gewiß, Donna Elvira. Was soll ein Mensch in dieser Finsternis? [...] (M. Frisch, *Don Juan oder die Liebe zur Geometrie*, S. 9)

DOÑA ANA. - Os equivocáis, doña Elvira, seguro. ¿Qué va a hacer un hombre en medio de esta oscuridad? [...] (M. Frisch, *Don Juan o el amor a la geometría*, S. 411)

DER ERSTE GOTT (gierig): [...] Berichte uns genau, was du gehört hast!  
SUN (triumphierend): Ein Schluchzen, Euer Gnaden, ein Schluchzen!  
DER DRITTE GOTT: Und das erkanntest du wieder?  
SUN: Unbedingt. Sollte ich nicht ihre Stimme kennen? (B. Brecht, *Der gute Mensch von Sezuan*, S. 136/37)

DIOS 1.º - (...) Explícanos todo lo que oíste.

SUN. (Triunfante.) -- Varios sollozos, señorías, varios sollozos!

DIOS 3.º -- ¿Y la reconociste?

SUN. - Absolutamente. ¿Cómo no iba a reconocer su voz? (B. Brecht, *La persona buena de Sezuán*, S. 111)

PRIMER DIOS. - (Con interés.) Entonces ¿vive? Cuéntenos exactamente lo que oyó.

SUN. - (Triunfante.) ¡Un sollozo, Excelencia, un sollozo!

PRIMER DIOS. - ¿Y... reconoció usted su voz?

SUN. - ¡Naturalmente! ¿Cómo no iba a reconocerla? (B. Brecht, *El alma buena de Sechuán*, S. 122)

Diese Beispiele lassen sich zwei Untergruppen der antiken "interrogatio" zuschlagen, die Lausberg in Anlehnung an Quintilian mit "quod negari non possit" und "ubi respondendi difficilis est ratio"<sup>12</sup> umschreibt, d. h. was nicht zu leugnen ist bzw. worauf schwer zu antworten, zu erwidern ist.

Der nicht rückverweisenden und nicht zurückweisenden *poder*-Periphrase dagegen fehlt das Merkmal "hoher Sicherheitsgrad" auf der Sprecherseite. Sie eignet sich mithin zum Gebrauch in der *communicatio*, nach Lausberg ein "fiktiv-deliberatives Umratfragen hinsichtlich der (in der Vergangenheit, der Gegenwart oder Zukunft) einzuhaltenden Handlungsweise".<sup>13</sup> Der Sprecher fragt, wie er sich in einer bestimmten Situation hätte verhalten sollen, und liefert oft selber die Antwort nach.

Beispiel (21)

Don Juan: Wäre ich nicht so sonderbar müde gewesen, so daß ich bis zum Morgengrauen schlief, Ehrenwort, ich hätte euch diese große Veranstaltung erspart. Was sollte ich tun? Es war zu spät. Ich hörte die Posaunen und wußte keinen andern Rat, ich dachte: Ich werde einen Meineid schwören. (M. Frisch, *Don Juan oder die Liebe zur Geometrie*, S. 33)

<sup>12</sup> Lausberg, H., 1960, *Handbuch der literarischen Rhetorik*. München, 380.

<sup>13</sup> ebda., 384.

DON JUAN. - [...] Pero ¿qué podía hacer? Ya era tarde. De repente, han sonado las trompetas. No tenía otra salida. Y he decidido presentarme y jurar en falso. (M. Frisch, *Don Juan o el amor a la geometría*, S. 436)

3) Mit dem soeben Gesagten sind zwei Feststellungen verbunden: a) daß die poder-Periphrase die Fragefiktion aufrecht erhält und von der echten Frage bisweilen nicht eindeutig zu unterscheiden ist; b) daß sie in ihrer Funktion als *communicatio* oft eine mitleidheischende Intention im Sinne der Quintilianischen *miseratio*<sup>14</sup> hat.

#### Beispiel (22)

PEACHUM [...] Wenn du dich aber noch einmal blicken läßt, dann wird die Säge angewendet, verstehst du?

Filch: Bitte, Herr Peachum, bitte. Was soll ich denn machen, Herr Peachum? Die Herren haben mich wirklich ganz blau geschlagen, und dann haben sie mir Ihre Geschäftskarte gegeben. Wenn ich meine Jacke ausziehe, würden Sie meinen, Sie haben einen Schellfisch vor sich. (B. Brecht, *Die Dreigroschenoper*, S. 11)

PEACHUM [...] Pero si te dejas ver otra vez por allí utilizaremos el serrucho, ¿comprendido?

Filch: Sí, sí, señor Peachum. ¿Pero qué puedo hacer entonces, señor Peachum? Aquellos señores, después de haberme sacudido de lo lindo, me dieron su tarjeta comercial. Si me quitase ahora la chaqueta, pensaría usted que estaba delante de un bacalao. (B. Brecht, *La ópera de cuatro cuartos*, S. 13)

Die der Frage zugrundeliegende Assertion wäre in beiden Fällen mit einem Verb abzuschwächen, das Unsicherheit, Ratlosigkeit, Skepsis anzeigt: "No sé qué puedo hacer", "Dudo que pueda hacer nada", "No creo que pueda hacer nada."

Das Gegenteil ist bei der rhetorischen Frage mit der *ir a*-Periphrase der Fall. Sie läßt dem Zweifel keinen Raum, denn sie ist, wie festgestellt, eine Zurückweisung, eine Entgegnung, die einen hohen Gewißheitsgrad anzeigt. Der Frage "¿Y qué voy a hacer?" entspricht ein kategorisches "No puedo hacer

<sup>14</sup> ebda., 380.

nada", punktum! In dem Maße, in dem die Zurückweisung / Entgegnung das Gegenüber / den Gegner treffen soll und der Zurückweisende seine Gewißheit deutlich unterstreicht, befördert die *ir a*-Periphrase auch eine expressiv-emotionale Ladung, die unterschiedliche Formen annehmen kann: Wut, Zorn, Ärger, Empörung, Entrüstung, Bestürzung, Staunen und andere. Die rhetorische Frage mit *ir a* + *infinitivo* übernimmt die Rolle der antiken "indignatio", einer Unterfunktion der - so Lausberg - "ungeduldpathetischen" "interrogatio".<sup>15</sup> Daß es sich dabei nicht um eine Frage, sondern um einen Ausruf, eine Exklamation handelt, wird zumal dann offenkundig, wenn statt des Fragezeichens ein Rufzeichen steht:

#### Beispiel (23)

MAC: Also, ihr wollt kein Lied singen, nichts, was den Tag verschönt. Es soll wieder ein so trauriger, gewöhnlicher, verdammter Drecktag sein wie immer? Steht überhaupt einer vor der Tür? Das soll ich wohl auch selber besorgen? Soll ich mich an diesem Tage selber vor die Tür stellen, damit ihr euch hier auf meine Kosten vollstopfen könnt?

[...]

JIMMY: [...] Ich gehe ja schon raus. Wer soll denn hierher schon kommen! (B. Brecht, *Die Dreigroschenoper*, S. 25)

MAC. Así que no queréis cantar alguna canción, algo que haga este día más bonito. ¿Tendrá que ser un día de mierda triste, corriente, tan condenado como siempre? ¿Hay alguien por lo menos en la puerta? ¿Es que tengo que ocuparme yo también de eso? ¿Tendré que ponerme yo en la puerta para que vosotros podáis atiborraros a mi costa?

[...]

JIMMY. [...] Iré yo. ¡Pero quién va a venir aquí! (B. Brecht, *La ópera de cuatro cuartos*, S. 27)

Warum habe ich die rhetorische Frage mit *ir a* + *infinitivo* dann nicht unter die Exklamations- oder Ausrufesätze gereiht? könnte man einwenden. Damit bin ich bei der letzten, ich hoffe rhetorischen Frage, des Referats angelangt und möchte mir ihr schließen.

<sup>15</sup> ebda., 379ff.

## REZENSION:

Häntzschel, Hiltrud, Hadumod Bußmann, Hgg., 1997. *Bedrohlich gescheit: Ein Jahrhundert Frauen und Wissenschaft in Bayern*. München (C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung)

Die erste Irritation ereilt die potentielle KäuferIn dieses Buches beim Lesen des Untertitels. Wie läßt sich Frauenforschung, traditionell eine interdisziplinäre und internationale Angelegenheit, also grenzüberschreitender Natur, mit freistaatlich-lokalpatriotischer Eingrenzung vereinbaren?

Prompt begegnet uns im Vorwort schon die erste Rechtfertigung dieses Vorhabens, eine Wissenschaftsgeschichte der Frauen in Bayern zusammenzustellen: Die Autorinnen wollen mit diesem Band u.a. eine rezeptionsgeschichtliche Korrektur vornehmen und ins Gedächtnis rufen, daß die deutschen Universitäten keine einheitliche und gemeinsame Vergangenheit haben, es folglich viele Universitätsgeschichten gibt, nicht nur eine preußisch / norddeutsche.

Ein weiterer Grund für die Begrenzung ist ganz pragmatischer Natur. Der vorliegende Band ist, zumindest was die beiden Herausgeberinnen betrifft, eine "Eigenproduktion" der Universität München, die, wie wir der Danksagung entnehmen können, diesem Vorhaben kräftig unter die Arme gegriffen hat. Ein bißchen Heimatliebe muß da schon drinnen sein...

Inhaltlicher Ausgangspunkt des Buches ist die Universitätssituation um die Jahrhundertwende. Es studierten und promovierten bereits die ersten Frauen an (bayerischen) Universitäten, doch ihr Schicksal und Werdegang war vollkommen dem willkürlichen Erlaß einer ministeriellen Ausnahmegenehmigung und dem *good-will* der einzelnen Professoren überlassen, die die inoffiziellen Studentinnen jederzeit von ihren Vorlesungen ausschließen konnten. Denn das Recht auf Immatrikulation stand Frauen erst ab 1903 zu. Die internen Regelungen waren bis dahin von Universität zu Universität und von Fakultät zu Fakultät verschieden.

Zu dieser Zeit studierten Frauen ganz regulär in der Schweiz (seit 1864) und in Baden (seit 1900) und Marie Curie hielt bereits den Nobelpreis für Physik in Händen. Freilich läßt sich anmerken, daß, was die innerdeutschen

universitären Verhältnisse betrifft, es sich hier nicht um grundlegend unterschiedliche Universitätsmodelle und Entwicklungen handelt, sondern "nur" um ein paar Jahre der Verzögerung bei der offiziellen Zulassung von Frauen zum Studium.

*Bedrohlich gescheit* beginnt mit einem Aufsatz von Ilse Costas (Göttingen), der einen Überblick über die Situation von Frauen an den Universitäten im Frankreich, England, Amerika und Deutschland des 19. Jahrhunderts gibt. Er dient als eine Art Leitfaden durch das Buch und erleichtert die Lektüre der ersten beiden von vier thematischen Blöcken des Sammelbandes. Alle folgenden Aufsätze konzentrieren sich auf die Universitäten in Bayern (Erlangen, Würzburg und München).

Im Weiteren umschreibt der erste Block die Diskrepanz zwischen rechtlichen und tatsächlichen Entfaltungsmöglichkeiten für Frauen im Bildungsbereich. Beleuchtet wird die Entwicklung des Mädchenschulwesens und der Universität von der Jahrhundertwende bis zum ersten Weltkrieg. In je einem eigenen Aufsatz untersucht Hiltrud Häntzschel die Diskriminierungsfrage anhand jüdischer Frauen an der Universität und in einer 'Geschichte der Frauenhabilitation'.

Der zweite Block beschäftigt sich mit dem Anteil von Frauen an den Studierenden und der Situation in den einzelnen Studienrichtungen samt (außer-) universitären Berufschancen. Der Betrachtungszeitraum reicht hier bis in die 40er Jahre. Das Spektrum der Artikel ist recht weit gestreut. Es wird sowohl die sehr unterschiedliche Lage von Ärztinnen, JuristInnen und Gymnasiallehrerinnen in Beruf und Ausbildung betrachtet, als auch die Situation in den Naturwissenschaften, der Nationalökonomie und an der Technischen Hochschule.

Die allgemeinen Verhältnisse, die in den beiden vorangehenden Teilen geschildert wurde, wird im dritten Block anhand von sechs Kurzbiographien verdeutlicht. Hier zeigt sich besonders deutlich, daß Frauen, wie die Philologin Eva Fiesel und die Ärztin Rachel Straus, trotz ihrer Qualifikation keine breitere Anerkennung fanden, geschweige denn eine Chance hatten, einen angemessenen Anstellung zu erhalten. Eine annähernde Erfüllung ihrer Wünsche und Erwartungen zeichnete sich erst nach ihrer Flucht nach Amerika bzw. Palästina ab. Diesen beiden Exilantinnen wird u.a. die nationalsozialistische Pädagogin Auguste Reber-Gruber gegenübergestellt. Sie stand voll und ganz hinter dem rassistischen Frauenbild ihrer Partei, kämpfte aber dennoch vehement für das Recht von Frauen auf (Aus-) Bildung und auf Zugang zum Beruf.

Der vierte und letzte Block des Bandes umfaßt lediglich einen Aufsatz, den der Sprachwissenschaftlerin und Frauenbeauftragten der Universität München, Hadumod Bußmann. Sie beschreibt die Entwicklung der Situation der Frauen an der Universität von 1945 bis heute. Neben dem Aufzeigen dieser Entwicklung wird insbesondere der Objektivitätsmythos Universität problematisiert. Diesbezüglich kritisiert sie v.a. die mangelnde Wahrnehmung der Diskriminierung von Frauen und fordert u.a. eine neue Universitätspolitik, die die familiären, insbesondere erzieherischen Funktionen von (meist) Frauen z.B. bei der Stellenvergabe berücksichtigt.

Kurz gesagt ist *Bedrohlich gescheit* nicht nur eine Geschichte der Diskriminierung von Frauen an (bayerischen) Universitäten. Wir bekommen auch eine Reihe von Wissenschaftsgeschichten erzählt, die einigen Aufschluß für den status quo geben (z.B. Geschichte der Frauenhabilitation, Frauen in der Justiz und Medizin) und machen die Bekanntschaft mit den Biographien einiger eindrucksvoller Absolventinnen und Wissenschaftlerinnen. Diese beiden Arten von Wissenschaftsessays sind das reizvollste und lebendigste an diesem Band. Anhand von ihnen wird einerseits der schleppende Emanzipationsprozeß der Männerbastion Universität und andererseits das ganze Spektrum an Diskriminierung deutlich.

So treten die Argumente, die zu Beginn des Jahrhunderts gegen die Zulassung von Frauen zum Studium verwendet wurden, wieder auf, um die ersten Frauenhabilitationen ablehnen zu können.

Diejenigen Artikel, die die Situation an den bayerischen Universitäten und ihren Instituten beschreiben, liefern die grundlegenden Informationen, an denen die anderen Aufsätze anknüpfen. Allerdings überschneiden sich die ersten drei Aufsätze des ersten Blocks, was die Zulassung von Frauen zum Studium betrifft. An manchen Stellen gehen die Basis-Artikel im ersten und zweiten Teil sehr ins universitäts- und institutsstatistische Detail, so daß hier ab und zu genauere Vergleichsmöglichkeiten mit den allgemeinen Zuständen an den Universitäten im deutschsprachigen Raum wünschenswert wären, um eine etwaige Besonderheit der Situation der bayerischen Universitäten beurteilen zu können. Wenn wir den Band mit seinen 19 Artikeln aber als Ganzes betrachten, läßt sich bei der Fülle von Information das ein oder andere oberbayerische, mittel- und unterfränkische Spezifikum leicht überlesen...

Daniel Winkler